

Willkommensmonitor Thüringen 2017

Abschlussbericht des gleichnamigen Lehrforschungsseminars an der
Bauhaus-Universität Weimar, Fakultät Architektur und Urbanistik

Leitung: Prof. Dr. Frank Eckardt

Belvederer Allee 4, 99425 Weimar, Tel. 03643-582646, Frank.Eckardt@uni-weimar.de

unter Mitwirkung von Lena Schildbach, Tom Levin Schöps, Maria Skivko, Paul Döhrer, Doreen Kursawe, Hans-Jacob Reinhold, Justus Pleil und Karina Acosto.

Weimar, Dezember 2017

Inhaltsangabe

1. Vorwort
2. Lokale Integrationsberichte in Deutschland
3. Willkommensmonitor Thüringen
4. Ergebnisse
5. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Anhang:

Ergebnisprotokolle der geführten Interviews

1. Vorwort

Wie entwickelt sich die Integration in Thüringen? Vor zwei Jahren hatten wir an der Bauhaus-Universität Weimar ein Lehrforschungsprojekt unternommen, bei dem wir uns in sechs Kommunen mit der Frage der Aufnahme von Flüchtlingen auseinandergesetzt haben.¹ Mit dem jetzigen „Willkommensmonitor“ wollen wir an das frühere Projekt anschließen und in gewisser Weise eine Aktualisierung vornehmen.

Im Gegensatz zu 2015 stellen sich viele Themen der Integration von Flüchtlingen anders dar. Damals schien der Begriff „Integration“ noch nicht bedeutsam zu sein, weil man vor Ort vor allem mit der Regelung der allernötigsten Bedürfnisse – vor allem die Bereitstellung von Unterkünften – beschäftigt zu sein. So verständlich diese Haltung zu jener Zeit war, so erforderlich erschien es schon in jenen Tagen, dass diese Aktionen in eine nachhaltige Perspektive einzubinden ist. Doch wie sollte diese aussehen?

In einem weiteren Lehrstudienprojekt 2016 haben wir eine Broschüre entwickelt und an alle Landkreise und Interessierte zugeschickt, mit der aus den verschiedenen Lebensbereichen wie Arbeiten, Bildung, Wohnen, Sport, Kultur, Internet und vieles mehr Beispiele aus Thüringen und über die Landesgrenzen hinaus vermittelt wurden, die für die lokale Integration Anregungen geben sollten. Damit wollten wir auf manche Nachfrage reagieren, die uns insbesondere außerhalb der Großstädte Thüringens einen gewissen Informationsbedarf zu diesem Thema signalisiert hatten.

Zugleich hatten wir von Anfang feststellen können, dass es nicht nur vielerorts einen konkreten Informationsbedarf zu Integrationsfragen gibt, sondern auch der Überblick über die unterschiedlichen Wege, die Kommunen und Landkreise im Freistaat eingeschlagen haben, um eine für sie passende Weise zu finden, die Integration von Migranten und Flüchtlingen zu gestalten.

Mit dem hier vorgelegten „Willkommensmonitor“ soll der Versuch gestartet werden, einen solchen Überblick zumindest ansatzweise herzustellen. Ziel des Vorhabens war, vor allem auch die Landkreise miteinzuschließen, die wir in unseren Berichten davor nicht aufgenommen hatten. Aber wir hatten im Laufe der zwei Jahre gelernt, dass eine Verständigung über die Integrationspolitik insbesondere dort wichtig erscheint.

Wir haben für dieses Lehrforschungsprojekt den Titel „Monitor“ gewählt, ohne damit weitergehende Vorstellungen über ein „Monitoring“ im streng wissenschaftlichen Sinne zu verfolgen. Mit dem Monitor verbinden wir einfach nur die Absicht, etwas von den Integrationsprozessen in Thüringen in

¹ Eckardt, F., Steigemann, A. und F. Werner (2015) Willkommensstädte. Studienprojekt der Werkstatt Sozialraumanalyse. Abschlussbericht. Nachzulesen unter: https://www.uni-weimar.de/fileadmin/user/fak/architektur/professuren_institute/Stadtforschung/Dokumente/Projekt_Willkommenssta__dte_Abschlussbericht_27_7_2015.pdf

Sicht zu bringen. Veränderungen – Fort- wie Rückschritte – könnte man nur bei einer (regelmäßigen) Wiederholung erkennen. Ohne eine solche systematische Betrachtung kann nicht erkennbar werden, ob lokalpolitische Maßnahmen auch wirklich integrationsfördernd wirken.

Während wir als Wissenschaftler/innen eine solche Beurteilung nur bei intensiverer Forschung berechtigt sind zu vollziehen, können wir aber sehr wohl darauf verweisen, dass es ohne eine systematische Diskussion über die Situation von Einwanderern und Flüchtlingen keine Basis für eine zielgerichtete Integrationspolitik geben dürfte. Zu dieser Erkenntnis sind in Deutschland inzwischen viele Städte gekommen, die eine solche Selbstverständigung über ihre Integrationsleistungen durch lokale Integrationsberichte angestrebt haben.

Mit unserem Projekt haben wir uns an diesen Berichten orientiert und versucht anhand einer systematischen Auswertung der von uns gefundenen 31 Integrationsberichte zunächst eine Auswahl der fünf wichtigsten Felder der Integration zu identifizieren. Zu diesen fünf Integrationsfeldern haben wir Fragen aufgestellt, mit denen die lokale Situation in Thüringen vergleichbar dargestellt werden kann. In der Zeit von Mai bis Juli 2017 haben wir Interviews (zumeist telefonisch) mit den in den Kommunen und Landkreisen zuständigen Integrationsbeauftragten geführt, die im Anhang dokumentiert sind und die die Basis für die Auswertung in diesem Projektbericht darstellen.

Im Folgenden soll zunächst anhand der Analyse der Integrationsberichte in Deutschland das gängige lokale Verständnis von Integration herausgestellt werden (Kapitel 2), um dann dieses für den durchgeführten Willkommensmonitor in Thüringen (Kapitel 3) umzusetzen. Anschließend soll im Vergleich der wichtigsten Ergebnisse aus den geführten Interviews Schlussfolgerungen und Empfehlungen formuliert werden.

Allen, die uns bei der Durchführung des Projekts geholfen haben, insbesondere allen Interviewpartnern möchte ich an dieser Stelle für die Unterstützung sehr danken. Hoffentlich ermöglicht dieser Bericht die Fortsetzung der notwendigen Kommunikation, wie vor Ort die Integration von Flüchtlingen weiter gefördert werden kann.

Weimar, 10. Oktober 2017

2. Lokale Integrationsberichte in Deutschland

Seit Beginn der 2000er Jahre haben Städte in Deutschland angefangen, lokale Integrationsberichte aufzustellen. Seit den 2010er Jahren scheint sich aber die Anzahl dieser Berichte erheblich gesteigert zu haben. Eine systematische Übersicht über diese Entwicklung gibt es nicht. Nach unseren Recherchen haben in den letzten 15 Jahren mindestens 40 Städte einen lokalen Integrationsbericht in der einen oder anderen Form vorgelegt. Dabei handelt es sich um Großstädte wie Frankfurt oder aber auch Kleinstädte und Landkreise, die sich mit dem Erstellen eines solchen Berichts beschäftigt haben. Manche Städte haben bereits mehrere Berichte erstellt, die meisten allerdings bis lang nur einen.

Unter „Integrationsberichten“ wird im Einzelfall sehr unterschiedliches verstanden. Manche Berichte werden auch als Monitoring bezeichnet.² Die Unterschiede werden aber nicht begründet, so dass an dieser Stelle auch auf eine sprachliche Unterscheidung verzichtet wird. Die meisten Berichte werden von den Verwaltungen eigenständig erarbeitet, in wenigen Fällen werden akademische Einrichtungen beauftragt oder beratend herangezogen. Die Berichte werden zumeist durch einen Beschluss des betreffenden Bürgermeisters oder Stadtrats beschlossen und auch dann angenommen. Leider ist nicht bekannt, inwieweit es hierbei auch um konzeptionelle Diskussionen oder über Schlussfolgerungen aus den Berichten kommt. Damit ist im Allgemeinen unklar, welchen Beitrag der Bericht zur Umsetzung der lokalen Integrationspolitik leistet. Oftmals haben die betreffenden Städte auch ein Leitbild, ein Integrationskonzept o.Ä., das sie zum Bericht in Bezug setzen oder der die Berichterstellung motiviert. Eine solche Koppelung zwischen politischer Zielsetzung (Integrationskonzept) und administrativer Umsetzung (Integrationsbericht) erscheint sinnvoll und die Hintergrundargumentation für die Berichte zu sein, die allerdings selten explizit so auffindbar ist.

Die zunehmende Anzahl lokaler Integrationsberichte kann als ein Indikator der gesellschaftlichen Reflektion über das Thema Integration insgesamt gesehen werden, wonach die Zunahme einen gewachsenen Anerkennungsgrad des Handlungsbedarfs in der Integrationspolitik oder zumindest der grundsätzlichen Existenz von Migration (Stichwort: Deutschland als Einwanderungsland) bedeutet.³

Annähernd allumfassend werden im Bericht der Bundesregierung 14 Handlungsfelder (Rechtsstatus, Frühkindliche Bildung und Sprachförderung, Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarktintegration, Soziale Integration und Einkommen, Gesellschaftliche Integration und Beteiligung, Wohnen, Gesundheit, Demographie, Mediennutzung, Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der Sozialen Dienste, Politik, Kriminalität, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit) aufgeführt, die für lokale Integrationsberichte in diesem Umfang nicht umgesetzt werden können. 2006 entwickelte der Innovationszirkel „Wir-

² Vgl. Filsinger, Dieter (2016) Integrationsmonitoring. In: Heinz Ulrich Brinkmann und Martina Sauer (Hrsg.) Einwanderungsgesellschaft Deutschland: Entwicklung und Stand der Integration. Wiesbaden: Springer VS, S. 117-143.

³ Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2008). Indikatorenset zum Integrationsmonitoring. https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/2009-07-07-indikatorenbericht.pdf?__blob=publicationFile

kungsmessung in der Integrationsarbeit“ der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) auf Grundlage des Wiesbadener Integrationskonzepts ein Set von 27 möglichen Indikatoren – diese wurden an alle Kommunen verteilt und dienen zur Entwicklung eigener Systeme. Auch die Bundesländer haben die Einführung lokaler Integrationsberichte unterstützt und z.B. hat Hessen ein Netzwerk von Modellkommunen eingerichtet, an denen sich Städte freiwillig beteiligen können.

Obwohl durchgängig Integration als eine Querschnittsaufgabe verstanden wird, erscheint die Umfänglichkeit der verschiedenen Arbeitsbereiche, die durch die Integrationsaufgaben berührt werden, schwer vollumfänglich abzudecken zu sein. Insbesondere Kleinstädte kommen auch ressourciell hier an ihre Grenzen und beschränken sich eher auf bestimmte Bereiche, die sie für relevant und auch darstellbar halten. Verbunden mit dieser Problematik lassen sich zwei weitere Grundprobleme von Integrationsberichten identifizieren. Zunächst fällt erstens auf, dass jede Kommune ihr eigenes Integrationsverständnis entwickelt und darstellt. Dabei wird auf einen relativ begrenzten Diskussionsstand der Migrationsforschung zurückgegriffen und dem Begriff „Integration“ eine eigene Bedeutung gegeben, wenn auch durchaus manchmal mit Zitaten oder Hinweisen auf Forschungsliteratur. Die Schwierigkeit, das Thema angemessen zu beschreiben, wird dann zweitens noch verschärft, wenn es um die Definition von zentralen Begriffen wie „Migranten“ geht. Obwohl viele Begriffe sich der Sichtweise angeschlossen haben, dass es angemessen erscheint, nicht nur Menschen nach ausländerrechtlichen Kriterien und eher als „Menschen mit Migrationshintergrund“ zu beschreiben, wird diese Entscheidung spätestens bei der Datenauswahl schwierig.

Die meisten Berichte wollen sich vor allem auf quantifizierte Daten verlassen, die mit eindeutigen Kategorisierungen Aussagen über die Entwicklung der Integration mit Bezug auf wichtige Felder der Integrationspolitik beziehen. Da aber kaum Statistiken mit der Kategorie „Menschen mit Migrationshintergrund“ erhoben werden, fallen die Berichte auf die Kategorie „Ausländer“ zurück. In Anbetracht der vorhandenen Erkenntnis, dass damit viele Menschen, für die die Integrationsthematik relevant ist, damit aus dem Sichtfeld von Politik und Verwaltung verschwinden, haben einige Berichte auch die Mühe unternommen, dieses Defizit durch die mangelnde Datenlage durch eigene qualitative oder quantitative Erhebungen ansatzweise zu ergänzen. Angesichts des damit verbundenen Aufwands, verbleiben dies aber Ausnahmen. Damit werden Integrationsberichte durch den Rückzug auf vorhandene statistische Daten potentiell durch die demographische Entwicklung, die am Besten quantitativ beobachtet wird, prioritär anhand von der Anzahl der anwesenden Menschen mit Ausländerstatus wahrgenommen. Der Aufbau vieler Berichte folgt der Logik, erst die statistischen und quantifizierten Daten zu präsentieren, um dann zu den vermeintlich „softeren“ Daten fortzuschreiten, so wie etwa im Indikatorenset der Bundesregierung Fremdenfeindlichkeit an letzter Stelle steht. Eine politisch begründete, durch die wahrgenommene Wichtigkeit der Probleme hergestellte Reihenfolge wird somit ausgeschlossen und verleugnet damit den Sinn dieser Berichte, auf den Stand der Integration nach selbst formulierten Prioritäten (Integrationskonzept) zu reagieren.

Es fällt auf, dass die Integrationsberichte nur in einem begrenzten – wenn überhaupt – Maße auch die Sichtweisen der Stadtgesellschaften aufnehmen. Auch dies kann über die Logik der Priorisierung der „harten“ Daten begründet werden. Damit vergeben sich die Kommunen allerdings die Chance, die Erstellung eines Integrationsberichts als Möglichkeit zur Kommunikation mit der Zivilgesellschaft und vor allem auch mit den Migranten zu nutzen. In den Vorworten zu den Berichten wird der Wunsch formuliert, mit dem Bericht einen Beitrag zur Diskussion über die lokale Integration zu leis-

ten. Inwiefern dies bereits bei der Erstellung des Berichts der Fall ist, kann pauschal nicht beurteilt werden. Insbesondere bei Berichten, die eine qualitative Forschung berücksichtigt haben, kann dies zu einem bestimmten Grad angenommen werden. Die Rolle der Zivilgesellschaft und der Migranten als „Befragte“ dürfte aber kaum ausreichen, um mittels des Integrationsberichts auch eine Diskussion anzuzetteln, bei der auch Fragen an Politik und Verwaltung gestellt werden können.

3. Willkommensmonitor Thüringen

Vieles spricht dagegen, dass einzelne Kommunen im Freistaat einen lokalen Integrationsbericht aufstellen. Zu nennen wäre die Überbelastung der Verwaltungen und der für Integration beauftragten Personen, die geringe Bewohnerdichte der Landkreise und die Vielzahl der Klein- und Kleinststädte in Thüringen und vielerorts auch die geringe Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund. Wenn man der Argumentation aus Kap. 2 folgt, dann macht ein Bericht auch nur Sinn, wenn es einen politischen Zielhorizont gibt, der in einem Integrationskonzept politisch definiert werden müsste. Davon sind die meisten Städte noch entfernt, auch wenn an Integrationskonzepten vielerorts durchaus gearbeitet wird oder diese zu Diskussion stehen.

Trotz dieser Gegenargumente spricht jedoch einiges dafür, dass Instrument der lokalen Integrationsberichte auch für Thüringen vermehrt zu entwickeln. Zu nennen ist vor allem, dass die Thematik der Integration eine zentrale gesellschaftliche Bedeutung hat und diese auch (gesellschafts-)politisch nur vernünftig diskutiert werden kann, wenn ein möglichst klares Bild von der Situation vor Ort bekannt ist.

Aus der Analyse der lokalen Integrationsberichte in Deutschland insgesamt, ließen sich für einen Thüringer Willkommensmonitor einige Schlussfolgerungen ziehen, die in dem vorgelegten Bericht unsererseits allerdings nur ansatzweise umgesetzt werden konnten. Hauptgrund dafür sind vor allem die oben schon aufgeführten konzeptionellen Schwierigkeiten, wobei insbesondere ein Konsens über die Ziele einer Integrationspolitik weder im Freistaat noch lokal vorausgesetzt werden können. Ausschlaggebend für die begrenzte Umsetzung insgesamt sind die geringen Ressourcen, die wir für dieses Lehrforschungsprojekt mit acht Studierenden einbringen konnten. Dies hatte zur Folge, dass wir unsere Erkundung der lokalen Situation auf eine erste Befragungsrunde beschränken mussten. In den Monaten Mai bis Juli 2017 wurden, zumeist telefonisch, 15 Integrationsbeauftragten der Städte oder Landkreise interviewt. Die Gespräche dauerten im Durchschnitt eine Stunde. Die Protokolle der Gespräche (s. Anhang) wurden den Interviewten zur Autorisierung vorgelegt. Leider ist es nicht gelungen, Erfurt und Gera miteinzubeziehen. In Erfurt fand im Befragungszeitraum ein Stellenwechsel statt. In Gera ist uns trotz mehrfachen Versuchs, die Kontaktaufnahme nicht gelungen.

In Anbetracht fehlender Integrationskonzepte in Thüringen, an denen wir uns hätten orientieren können, haben wir uns einerseits an den ausgewerteten, recherchierten 31 Berichten aus ganz Deutschland gehalten und andererseits uns migrationswissenschaftlich der Integrationssoziologie von Hartmut Esser angeschlossen. Esser legt in seiner Arbeit den Fokus auf die individuelle Integrationsleistung des einzelnen Migranten, wobei er zwischen struktureller und systemischer Integration unterscheidet.⁴ Die sogenannte strukturelle Integration fokussiert auf die Anpassung des Individu-

⁴ Der Anschluss an die Theorie von Esser wird aus pragmatischen Gründen vollzogen, weil diese in der Regel in der außerwissenschaftlichen Debatte stark rezipiert wird und durch den individualistischen Ansatz ein einfaches Methodensetting erlaubt. Angemessen wäre allerdings eher ein stadtsoziologisches Integrationsverständnis, das allerdings ein anspruchsvolles Setting erfordert. Siehe hierzu Wolf-Dietrich Bukow (2012) Multikulturalität in der Stadtgesellschaft. In: Frank Eckardt (Hg.) Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: Springer VS, S. 527-550.

ums in den Arbeits- und Bildungssektor. Erweitert wurde diese Perspektive durch soziale und kulturelle Aspekte der Integration.

Die Interviews waren leitfadenbasiert und in folgende fünf Bereiche geclustert:

1. Allgemeine Situation der Flüchtlinge (Anzahl, Verlauf, Nationalitäten, Familien/Alleinstehende, Arbeitssituation)
2. Wohnsituation (Gemeinschaftsunterkünfte, Privatunterkünfte, Sozialwohnungen, Konzentration in bestimmten Nachbarschaften, Zusammenleben untereinander/mit Deutschen, Betreuung)
3. Integration in das Bildungswesen (Angebote, Nachfrage, Sprachkurse, Integrationsklassen, Probleme, Erfolge, berufliche Ausbildung, Integrationskurse, frühkindliche Bildung)
4. Soziale Integration (Angebote, ehrenamtliches Engagement, Vereine, religiöse Angebote/Bedürfnisse)
5. Kulturelle Integration (Lokale Integrationspolitik, interkulturelle Verwaltung, Kontakte und Konflikte im Zusammenleben, Fremdenfeindlichkeit/ Rassismus)

Außerdem wurden vorab nach der Position des Befragten, seine Stellung in der Verwaltung, Aufgabenbereiche, Befugnisse und Vernetzung gefragt.

Nach unserem Verständnis sind „Beauftragte“ in einem vagen Sinne eine Art Fürsprecher für die jeweilige Gruppe von Menschen, für die sie „beauftragt“ sind. Wir gehen deshalb davon aus, dass die Interviewten bis zu einem bestimmten Grad ein solches Amtsverständnis teilen und somit im Sinne der Flüchtlinge auch deren Perspektive mitberücksichtigen in ihren Antworten. Eine solche Vorannahme ergibt sich aus einem Allgemeinwissen, das aber vor Ort nicht gelten muss. Wir sind uns der Unsicherheit dieser Annahme bewusst und halten daher eine weitere Befragungsrunde mit anderen Akteuren aus dem Bereich der Flüchtlingsintegration und mit Flüchtlingen selbst für im Grunde zwingend.

4. Ergebnisse der Befragung

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Befragung anhand der fünf Fragenkomplexe in systematischer Form als Tabellen dargestellt und zusammengefasst. An dieser Stelle werden die Antworten aus den geführten Interviews aus den lokalen Kontexten herausgelöst, um einen themenbezogenen Vergleich durchzuführen und um zunächst einen Überblick über die Situation in Thüringen im Allgemeinen zu verschaffen und daraufhin Unterschiede und Gemeinsamkeiten benennen zu können.

4.1 Die Rolle des Integrationsbeauftragten

Die Rolle des Integrationsbeauftragten stellt sich in Thüringen lokal unterschiedlich dar. Es ergibt sich insgesamt folgendes Bild:

Die überwiegende Zahl der Befragten ist auf die eine oder andere Form der Verwaltung der Stadt oder dem Landkreis zugeordnet. Nur in drei Fällen sind die Beauftragten einer sozialen Organisation angegliedert beziehungsweise wird die Aufgabe ehrenamtlich erfüllt. In den Verwaltungen sind sie zumeist in die Behördenstruktur integriert, d.h. etwa der Ausländerbehörde oder dem Bürgermeisteramt direkt unterstellt. Das Förderprogramm des Freistaats Thüringens für die Etablierung von Integrationsmanagern folgt diesem Rollenverständnis, wobei in der Praxis zwischen Integrationsmanagement und Integrationsbeauftragung nicht unterschieden wird. Unterschiede der Benennung beider Funktionen werden von den Interviewten nicht vorgenommen und erscheinen irrelevant. Die überwiegende Anzahl der Befragten hat Verwaltungserfahrung und kommt teilweise aus anderen Verwaltungspositionen zur Übernahme dieser Aufgabe. Die Beauftragung von Externen war die Ausnahme.

Es werden überwiegend Aufgaben mit der Rolle des Integrationsbeauftragten verbunden, die als koordinierend beschrieben werden. Dabei handelt es sich im Einzelfall jedoch durchaus um unterschiedliche Aufgaben, die man einmal als mehr strukturierend und vernetzend und ein andermal als eher kommunikativ beschreiben kann. Auf der einen Seite sind Integrationsbeauftragte mit der Strukturierung und Koordination von vorhandenen Aktivitäten in der Stadt oder im Landkreis beschäftigt, auf der anderen Seite sehen sie sich durchaus auch als direkte Ansprechpartner für Flüchtlinge. Es gab Interviewpartner, die einen deutlichen Schwerpunkt in ihrer Arbeit eher auf den einen oder anderen Aspekt gelegt haben und manche, die versuchen, sowohl Ansprechperson für Flüchtlinge als auch Koordinatoren der Integrationsaktivitäten zu sein. Vermutet wird sowohl ein Zusammenhang mit der Position innerhalb der Verwaltung und den damit vorgefundenen Handlungsmöglichkeiten, wie aber auch mit den persönlichen Kompetenzen und Präferenzen der Integrationsbeauftragte. Hinsichtlich der koordinierenden Aufgaben wiederum wurde deutlich, dass auch hierbei wiederum Unterschiede hinsichtlich des Themenspektrums zu finden sind, wie auch hinsichtlich der Frage, ob die Koordination eine Strukturentwicklung beinhaltet, bei der etwa neue Aktivitäten angestoßen werden oder eine inhaltliche Beteiligung an der Entwicklung des lokalen Integrationskon-

zepts miteingeschlossen sind. Nach unserer Einschätzung sind vor allem die größeren Städte in dieser Hinsicht strukturkonservativ.

Auffallendes Ergebnis der Befragung ist die weitgehende Nicht-Beantwortung der Frage nach Kompetenzen. Bei weiterer Nachfrage sind hierzu vage oder abweisende Äußerungen gemacht worden. Es lässt sich daraus schlussfolgern, dass entweder keine Befugnisse in einer expliziten Form der Position zugeordnet sind oder dass die Interviewten selbst hierzu keine Kenntnisse haben.

Kontakte zu anderen Organisationen, Flüchtlingen, Politik: Alle Befragten bestätigten, dass sie in vielerlei Hinsicht mit anderen Akteuren der Flüchtlingsintegration vernetzt sind. Die Breite der Vernetzung ist von allen Befragten teilweise sehr ausführlich geschildert worden und erscheint überzeugend. Über die Tiefe der Kooperation hingegen kann anhand der Befragung kaum etwas ausgesagt werden. Es wurden vereinzelte Statements aufgenommen, die ein differenziertes Bild vermuten lassen. Hierzu gehört, dass bestimmte Akteure mehr und öfter genannt wurden und andere weniger. Die Ausländerbehörden und das Jobcenter können auf diese Weise als wichtige Akteure identifiziert werden, andere wie etwa die Schulen werden seltener und eher nachrangig genannt. Gleiches gilt für die Ehrenamtlichen, die teilweise nur auf Nachfrage genannt wurden. Die Qualität der Kontakte wird als gut dargestellt und Konflikte mit einzelnen Akteuren wurden im Prinzip nicht erwähnt.

Inwieweit die gefundenen Unterschiede zwischen den Kommunen relevant sind und diese für die Integration von Flüchtlingen andere Ergebnisse mitverantworten, kann nur nach einer weitergehenden Erforschung beantwortet werden. Sie begründen aber immerhin die Hypothese, dass das Rollenverständnis, die zugeordneten Aufgaben, aber vor allem auch die verwaltungsorganisatorische und lokalpolitische Position und die (fehlenden) Befugnisse die Reichweite der Integrationspolitik durch die Beauftragten beeinflussen. Hierbei zeichnen sich unterschiedliche Modelle ab, bei denen sich Skalen von mehr oder weniger Handlungsspielraum, mehr oder weniger Vernetzung und Eigenständigkeit aufzeigen lassen. Es wird vermutet, dass eine größere Eigenständigkeit des Integrationsbeauftragten mit zugesicherten Befugnissen am ehesten die Möglichkeit eröffnet, die Aufgabe eines Fürsprechers für Integration und für Flüchtlinge zu ermöglichen. Damit wird nicht ausgeschlossen, dass eine solche Rolleninterpretation nicht auch in eher abhängigen Positionen eingenommen wird. Es ist aber der Eindruck entstanden, dass eine stärkere institutionelle Kompetenz und Eigenständigkeit dies wahrscheinlicher macht. Es ist daher davon auszugehen, dass die Positionierung des Integrationsbeauftragten – einschließlich einer transparenten und nachhaltigen Befugniszuweisung – maßgeblich für eine pro-aktive Gestaltung der lokalen Integrationspolitik ist und die auch eine Innovation und Professionalisierung der vorhandenen Aktivitäten und Netzwerke ermöglichen könnte.

	Position in der Verwaltung	Aufgabenbereich	Befugnisse	Vernetzung
Jena	direkt dem Oberbürgermeister unterstellt. Mitglied des Teams Integration.	strukturell-kordinierende Aufgabe		Koordination Netzwerk Flüchtlinge, Querschnittsaufgabe
LK Greiz	Integrationsbeauftragte über den Behindertenverband Greiz	Koordination, Begleitung und Unterstützung bei der Integration	Vermittlung, Schlichtung, Information, Koordination	Vielfältige Kontakte zu Akteuren (ehren- und hauptamtlich)
Suhl	Leiter der Ausländerbehörde	Ausländerbehörde (Aufenthalt, Asylverfahren, freiwillige und nichtfreiwillige Heimreise) Ansprechpartner für Familiennachzug		Netzwerk für Integration, Konferenz „Integration in Suhl“
Weimar	Verwaltungsangestellter, Der Volkshochschule zugeordnet	Organisation von Veranstaltungen um die Themenräume 'Flucht, Integration, Menschenrechte', individuelle Beratung, Ansprechpartner für alle Akteure der Migrationsarbeit, Integrationskonzept der Stadt Weimar		Thematische Kontakte, Kooperationsvereinbarung mit Bildungskordinatorin, Jobcenter und Sprachkursanbietern seit 2015.
LK Eichsfeld	Ausländerbeauftragter	Beratung und Vermittlung		Bildungsträger, Ausländerbehörde - alle vier Wochen finden Treffen statt)
LK Kyffhäuser Kreis	Stelle als Migrationsbeauftrag-	war bis 2015 ehrenamtlich, Netz-	der Landrätin unter-	Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit,

	ter und für den Jugendschutz (je 20h/Woche)	werkerarbeit: Verwaltung, Trägern, Migranten, Ehrenamtlichen, Frau Kruppa, Integrationslotsen und Bildungskoodinator (Bund)	geordnet -> ist eine Querschnittsaufgabe	BAMF, Ärzte, Träger von Bildungskursen, Jugendhilfe; Zusammenarbeit verläuft gut aber ausbaufähig
LK Unstrut-Hainich	gehört zum Landratsamt, arbeitet seit 40 Jahren dort, hat gute & viele Kontakte, Erfahrung in Zusammenarbeit und Bürokratie	Ausländerbeauftragte, Senioren und Familienbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte	direkten Kontakt zu Fachdiensten, nimmt an Workshops teil, Fachkonferenzen etc.	Miteinander e.V. (Interkulturelle Woche, ehrenamtliche Patenschaften), Raduga (Russlanddeutsche Integration), Bildungsträger wie Thüringer Wirtschaft & Multipotenzial (Anerkennung der Bildungsabschlüsse)
LK Weimarer Land	Geschäftsführer des Förderkreises zur sprachlichen, beruflichen und kulturellen Integration in Thüringen e.V., seit 25 Jahren im Förderkreis, zurzeit ehrenamtlich tätig, 12 Mitarbeiter im Förderkreis tätig	Beratung (Bildung und Arbeit, Schnittstelle zu kultureller und sozialer Integration) und Verwaltung, Status der Betreuten ist egal		Diakonie, Kirche, Deutsche Rote Kreuz, Kitas und Schulen im Kreis, lokal eingebundene Organisationen
LK Ilmkreis	direkt der Landrätin untergeordnet,	Ansprechpartnerin in Einzelfällen, mehrere Funktionen – Gleichstellungs-, Behinderten- sowie Ausländerbeauftragte		Zusammenarbeit mit verschiedenen Stellen, Einmischung in alles
LK Schmalkalden-Meiningen	der Ausländerbehörde zugeteilt	Wiederbelebung und Koordinierung des Integrationsnetzwerkes, Erstellung eines Integrationskonzeptes und einer Orientierungshilfe für Neuzugewiesene		Enge Zusammenarbeit mit Bildungskoodinator und Armutsbeauftragten
LK Saalfeld-Rudolstadt	Integrationsmanagerin über ThILIK	Vernetzung der Angebote im Landkreis, regionale Netzwerke und Arbeitskreise unterstützen, Verantwortlichkeiten abgrenzen, Stadtteilprojekte und -feste, Öffentlichkeitsarbeit, Frauentreff,		Zusammenarbeit u.a. mit Jobcenter, Sozialamt, Jugendhilfe, Ausländerbehörde, Ehrenamtlichen, Ehrenamtskoodinatoren, Ehrenamtskoodination des Landes, Thüringer Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge

		Koordination der Ehrenamtsstrukturen, Fortschreibung Integrationskonzept des Landkreises		
LK Saale-Orla	Doppelfunktion als Integrationsbeauftragte und als Integrationsmanagerin (ThILIK-Programm)	Strukturen für kommunale Integrationskonzepte, Maßnahmen und Projekte, Netzwerkarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Integrationsprozess, Diskussionen anstoßen und am Laufen halten, Platzierung in den Medien, Kommunikationsprozesse		Kontakte zu anderen Organisationen, Flüchtlingen, Politik: Landrat, hausinterne Abteilungen, Immobilienmanagement, Ausländerbehörde, andere Migrationsbeauftragte, Bürgermeister, Ehrenamtliche, TöBs, Polizei
LK Sonneberg	Ehrenamtliche (einzigartig in Thüringen) Kommunale Ausländerbeauftragte	Bindeglied zwischen LRA, Flüchtlingen, Jobcenter		Landratsamt, Ausländerbehörde Jobcenter private Kontakte zu Flüchtlingen
LK Altenburg	Stabsstelle – direkt der Landrätin unterstellt	Aufklärungsarbeit zwischen allen Bürgern des LK; Initiieren und halten von Fortbildungen; Gremienarbeit; Leitung des Beirates für Migration und Integration; Koordination und Initiierung von Projekten; Teilnahme an der Landesarbeitsgruppe der Migrationsbeauftragten; Öffentlichkeitsarbeit; Stellungnahmen für Kreistag,		Ansprechbarkeit für Bürger, Behörden etc. im LK; Koordinierung Migrationsbeauftragte des LK; Unterstützung des Ehrenamtes
Wartburgkreis	im Dezernat 3 (Sozialdezernat), Stabsstelle, direkt der Dezernentin unterstellt	Schnittstelle zwischen den Neuzugewanderten und den Einheimischen; Gestaltung von Projekten mit Vereinen und verschiedenen Institutionen		koordinierende Stelle innerhalb der Verwaltung, die Ämter betreffend wird in allen Bereichen immer dann aktiv, wenn Neuzugewanderte, Migration, Integration in der Verwaltung ein Thema sind/ist

4.2 Die allgemeine Situation der Flüchtlinge

Mit der Umsetzung der bundesgesetzlichen Residenzpflicht hat sich teilweise die Ansiedlungsdynamik von Flüchtlingen in Thüringen verändert. Dies wird insbesondere für Gera von den umliegenden Landkreisen vermutet. Für Jena wird zwar auch ein gewisser Zuzug berichtet, der aber durch Weg- und Umzüge gegenbilanziert und lokal nicht dramatisiert wird. Umzüge in andere Bundesländer scheinen seitdem weitgehend an Bedeutung verloren zu haben. Die Zahl der anwesenden Flüchtlinge wird daher von den Befragten weitgehend für die Zukunft als konstant angesehen, wobei das Thema Familiennachzug von den meisten Befragten angesprochen wurde und als wahrscheinlicher Faktor für eine weitere Zunahme der Flüchtlingszahlen angesehen wird. In der Zusammensetzung der Flüchtlingsgruppen kann man hinsichtlich der Nationalitäten oder der ethnischen Gruppen keine Konzentrationen auf der Ebene der Landkreise oder zwischen den Städten auffinden (gleichwohl innerhalb der Städte, s. 4.3.). Die prozentuellen Anteile der einzelnen Flüchtlingsgruppen spiegeln sich in der landesweiten Verteilung mehr oder weniger ausgeglichen wieder. Dem Wunsch mancher Landkreise entsprechend befinden sich dort vorzugsweise viele Familien, weil hierbei angenommen wurde, dass die Integration leichter sein soll. Im Umkehrschluss leben vor allem in den größeren Städten überdurchschnittlich viele Alleinstehende. In der übergroßen Mehrheit handelt es sich dabei um junge Männer. Ungeachtet des Familienstatus wird die Integration in den Arbeitsmarkt durchweg als schwierig eingestuft. Landkreise wie Städte haben dabei alle in Kooperation mit der IHK, Berufsschulen und der lokalen Wirtschaft Aktivitäten unternommen, um die Arbeitsmarktintegration zu fördern. Im Ergebnis sind dabei durchaus Flüchtlinge in Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse gelangt, jedoch handelt es sich hierbei um eine sehr geringe Zahl. Als Haupthinderungsgrund für eine bessere Arbeitsmarktintegration werden nach wie vor zumeist die fehlenden Sprachkenntnisse angegeben. Jedoch wird auch deutlich, dass eine Fokussierung nur auf bessere Deutschkenntnisse nicht das strukturelle Problem löst, dass die meisten Flüchtlinge für den anspruchsvollen deutschen Arbeitsmarkt auch bei vorliegender professioneller Ausbildung im Heimatland nicht über ein entsprechendes Allgemeinwissen verfügen.

	Anzahl der Flüchtlinge	Verlauf	Nationalitäten	Familie/Alleinstehende	Arbeitssituation
Jena	Etwa 2.559	Moderaten Zuwachs	Syrer (1.450), Afghanen (450) Irak (350), Somalia/Eritrea (130), West-Balkan (100)	1/3 Minderjährige, 1/3 18-27-Jährige, 1/3 älter. 1/3 alleinstehende Männer, 2/3 leben in Familienverbänden.	Schwierig. 180 kommen ohne staatliche Transferleistungen aus. 150 Vermittlungen in den Arbeitsmarkt.
LK Greiz	411 anwesende, 87 Abwesende > 14 Tage (289 Anerkannte)	Geschätzt ziehen 2/3 nach Gera	Mehr als 24 Nationalitäten	etwa in einem Verhältnis von 50:50	234 erwerbsfähige Leistungsbezieher, etwa 3,5 % gehen einer Erwerbstätigkeit nach
Suhl	Nur Flüchtlinge in der Erstaufnahme (anfangs 2000, jetzt weniger) Ca. 70 UMAs	Flüchtlinge kommen teilweise nach Suhl zurück	Rumänien (296), Polen (223), Afghanistan (108), Syrien (98), Bulgarien (87), Slowakei (72), Vietnam (72)	vorwiegend UMA's und ein paar Erwachsene bzw. Familien	
Weimar	Ca. 900 Geflüchtete 2016 (Viele mittlerweile anerkannt), 282 Geflüchtete erhalten Leistungen nach AsylbLG,	Ungefähr ausgeglichen, seit März 2016 keine Gruppen Geflüchteter mehr zugewiesen, nur Familiennachzug	110 aus Irak, Afghanistan, Syrien, Eritrea, Somalia; 122 aus Ländern des Westbalkans; 40 aus der russ. Föderation	160 Geflüchtete Unter 25 Jahren; 122 Geflüchtete über 25 Jahren; 58,9% Männer, 41,1% Frauen	486 erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) mit Fluchthintergrund (10,7% aller ELB), davon: (91% der ELB unter 35 Jahren und überwiegend männlich) 79 Pers. arbeitslos, 303 Pers. arbeitssuchend

LK Eichsfeld	3778 Asylbewerber + EU-Bürger		Syrien, Balkan, Irak, Eritrea, Russland, Afghanistan		
LK Kyffhäuser Kreis	2300 Ausländer davon 1115 Flüchtlinge	Wegzug nur mit Arbeit möglich, schwierig andere Wohnungen zu finden: 18 Personen haben den LK verlassen (davon 9 wegen Familienzusammenführung)	20-25 Nationalitäten: Afghanistan, 2. Syrien, 3. Irak/Eritrea, 4. Russische Föderation	überwiegend in Familien -> war der Wunsch der Akteure, vereinzelt auch Einzelpersonen (meist jüngere Männer)	8 haben eine Ausbildung gefunden, 29 eine Arbeit (z.B. im Bäckerhandwerk, in der Produktion tätig); Problem: Nachweise der Abschlüsse, Sprachniveau zu niedrig
LK Unstrut-Hainich	1208	70% bleiben, 30% ziehen weg, 57% anerkannt	Syrer, Afghanen, Eritrea (wenige), Iraker	⅔ alleinstehende Männer	seit 2015 sind Geflüchtete im BVJS (Berufsvorbereitendes Jahr-Sprache). Viele haben Praktikum, aber noch keine Arbeit
LK Weimarer Land	1200 Flüchtlinge	wenige Wegzüge; meist nach Gera	Somalia, Eritrea, Syrien, Staatenlose, Rumänien, Türkei, (RU Föderation), Albanien, Kosovo	ca. 50% wohnt mit der Familie	Arbeitssuche schwierig wegen mangelnder Sprachkenntnisse
LK Ilmkreis	etwa 1000 Geflüchtete	Bis erstes Halbjahr 2015 häufig schneller Wegzug, seit dem neuem Integrationsgesetz Wegzug schwieriger und seltener, Wegzug in die Ballungszentren in ganz Deutschland	Mehrheit Syrer (etwa 700), größte Gruppe aller Ausländer	bis 2015 überwiegend Familien – war so mit der Landesverwaltung abgesprochen – ab Herbst 2015 auch vermehrt Einzelpersonen	oft schwierig wegen Sprachbarriere und Anerkennung der Abschlüsse

LK Schmalkalden-Meiningen	etwa 800 Geflüchtete		Afghanistan (239), Syrien (136), Irak (118), Anzahl der vom Balkan kommenden hat sich im letzten Jahr verringert, kaum noch Personen, dafür verstärkt Personen aus Eritrea	Familien überwiegen gegenüber den Alleinstehenden	Viele sind willig zu Arbeiten aber schaffen es aufgrund der Deutschkenntnisse nicht
LK Saalfeld-Rudolstadt	Insgesamt 2750 Ausländer, davon 823 Flüchtlinge mit humanitären Aufenthaltsstatus, 45 durch Familiennachzug, 410 Asylbewerber	Zahl hat abgenommen, waren schon mal mehr; nach Erhalt des Aufenthaltstitels Wegzug vor allem nach Erfurt, Jena und Gera, aber großer Teil bleibt im LK durch Arbeit des Wohnungskoordinators	hauptsächlich aus Syrien, Afghanistan, Irak, Eritrea, Somalia	hauptsächlich Einzelpersonen, aber auch einige Familien; keine Übersicht wie oft Familiennachzug vorkommt	Kooperationen zwischen IHK, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Jobcenter, z.B. Jobspeeddating; Sprachniveau bisher als Problem für die Vermittlung in qualifizierte Jobs; Maßnahmen zum Dazuverdienen vom Jobcenter; Arbeitskreis „Arbeit und Ausbildung“ zur individuellen Vermittlung in Arbeit

LK Saale-Orla	Fast 3000 Ausländer, davon 360 Asylbewerber, 39 UMAs, 400 Personen anerkannte asylberechtigte/Schutzberechtigte	Wegzüge lassen sich schwer ermitteln; ca. 200 neue Flüchtlinge als Prognose, Erfurt und Jena beliebt, allerdings schwierig durch angespannten Wohnungsmarkt, daher v.a. Nach Gera (Community)	stärkste Gruppen: Afghanen (lange Verfahren), Russen, Serben, Albaner, Syrer (mittlerweile nicht mehr Hauptgruppe), Iraker (schnelle Verfahren)	vorwiegend Familien (auf Wunsch des LK, da bessere Integration möglich)	Wenige Auszubildende, einer aber sogar Medizinstudium in Uni Jena; nur wenige haben eine Berufsausbildung; Arbeitgeber sind schon interessiert, Bewerber oftmals aber noch nicht reif (Sprache), anspruchsvolle Berufe sind gewünscht (z.B. Mechatroniker) => Sprache als Voraussetzung; geringe Bezahlung bei Ausbildungen schreckt ab, wollen lieber schnell viel Geld verdienen
LK Sonneberg	600 Flüchtlinge	zuvor über 1000	hauptsächlich Syrer und Afghanen, ansonsten Somalier, Eritreer, Serben, Iraker	zu Beginn hauptsächlich alleinstehende Männer, mittlerweile ausgeglichen	es gibt einige wenige Betriebe (einer ist PWG, stellt Plastikteile her), die sich stark engagieren, Initiative zeigen, Praktika anbieten, ca. 60 Flüchtlinge eingestellt

LK Altenburgerland	ca. 1450 Geflüchtete (anerkannte + geduldete) davon 1230 in Altenburg (Stand 31.5.17)	Zahl ca. konstant zu letztem Jahr, durch Integrationsgesetz nur noch bei SVP-Anstellung Wegzug möglich, fast keine Neuankömmlinge	1. Syrer, 2. Afghanen, 3. Eritrea, 4. Somalia, 5. Irak	Anfangs viele männl. Singles – mittlerweile auch viele Familien sehr viele Kinder (ca. 30%), konstant ca. 60 unbegleitete Minderjährige, Mehrheit der Leute sind zwischen 0-21/22/23 Jahren	Arbeitssituation noch unbefriedigend, etwa 15% der anerkannten haben Arbeit oder Praktikum - schwierig mit Sprache oder Anerkennung (auch von Abschlüssen)
Wartburgkreis	akt.: ca. 850-900 Personen, + ca. 50 unbegleitete Minderjährige	Wegzüge werden Gefühlt weniger, aber die Menschen wollen in die Städte	Syrien, die meisten Afghanistan, Eritrea, Somalia, Iran; Balkan extrem zurückgegangen	Gefühlt 50/50 Alleinstehende und Familien, weniger Alleinstehende	vor Anerkennung Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen die über Agentur finanziert werden damit die Leute arbeiten können und auch gesehen werden; es gibt viele offene Lehrstellen, viele Chancen

4.3 Die Wohnsituation der Flüchtlinge

Mit dem Prinzip der dezentralen Unterbringung hat die Landesregierung von Beginn an Deutlichkeit geschaffen, wie sie sich die wohnliche Integration von Flüchtlingen in Thüringen vorstellt. Das Prinzip der „Dezentralität“ bedarf jedoch der jeweiligen Umsetzung in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Wie in großen Teilen der öffentlichen Debatte, so folgt die politische Steuerung hier der Idee, dass eine möglichst schnelle räumliche Mischung integrationsförderlich ist.

Die dezentrale Unterkunftsperspektive bedeutet jedoch nicht, wie die Umfrage ergeben hat, dass Flüchtlinge heute bereits zum größten Teil über die jeweiligen Wohngebiete verstreut wohnen. Nach wie vor leben die meisten Flüchtlinge, insbesondere wenn das Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, in Gemeinschaftsunterkünften (GU). Tendenziell kann man aber davon sprechen, dass nach und nach Flüchtlinge in eigenen Wohnraum ziehen. Hierbei wird in den Interviews berichtet, dass die Zusammenarbeit mit den kommunalen Wohnungsgesellschaften als Schlüssel für den Umzug von der GU in eine Privatwohnung anzusehen ist. Die Kooperation mit diesen Wohnungsgesellschaften wird von allen Befragten als konstruktiv und effektiv beschrieben, jedoch gibt es auch Hinweise auf unterschiedliche Haltungen der Gesellschaften gegenüber dem Thema Integration und dementsprechend auch mehr oder weniger intensive Anstrengungen in dieser Beziehung. Da von manchen Interview-PartnerInnen der Wohnungsmarkt als angespannt betrachtet wird, kann die Ursache für den nach wie vor langen Verbleib in den GUs hierin gesucht werden. Berichtet wird auch von erheblichen Schwierigkeiten, um private Wohnungsanbieter für die Vermietung an Flüchtlingen zu finden. Hierbei wird teilweise offener Rassismus erlebt.

Die Problemlagen bei der Wohnungsintegration von Flüchtlingen gestalten sich aber durchaus unterschiedlich in Thüringen. Berichtet wird von der nach wie vor bestehenden Problematik, isoliert liegender Gemeinschaftsunterkünfte, die durch ihre periphere Lage das Leben von Flüchtlingen erheblich einschränken und auch die medizinische, sozialarbeiterische, pädagogische und schulische Versorgung erschweren. Daran ändert sich auch nichts, wenn Flüchtlinge über einen Landkreis verteilt in Mietwohnungen untergebracht werden. Es stellt sich die Frage, ob hier der Ansatz der dezentralen Unterbringung auch durch die Isolierung von anderen Flüchtlingen sinnvoll ist. Daran wird auch von einzelnen Interviewpartnern gezweifelt, die Erfahrungen bei der Unterbringung in Wohnungen kommunaler Wohnungsgesellschaft, die dies in der Regel in den Großwohnsiedlungen vollziehen, haben. Dort hat sich die befürchtete Konzentration von Flüchtlingen teilweise ergeben, sie hat aber erwünschte Effekte der gegenseitigen Unterstützung und somit der leichteren und schnelleren Integration hervorgebracht.

	Gemeinschaftsunterkünfte	Privatwohnungen	Sozialwohnungen	Leben in der Nachbarschaft
Jena	Noch 440 in GU untergebracht		60 % über Jena-Wohnen untergebracht	Vorwiegend in Lobeda. Community-Bildung von Fl. erwünscht. Normale Nachbarschaftskonflikte. Soziale Betreuung vor Ort.
LK Greiz	5 GU mit 266 Asylbewerber, Betreuung durch Ehrenamtliche/Sozialberatung	141 in Wohnungen untergebracht		Geringe Konzentration. Vermittlung bei Konflikten vorhanden.
Suhl	Erstaufnahmelager (und dezentrale Unterbringung – ist nicht mehr GU)	Dezentrale Unterbringung konzentriert auf Suhl-Nord; normale Nachbarschaftskonflikte; Nachbarschaftshilfe vorhanden		
Weimar	Eine GU (Nordstraße) Dezentrale Unterbringung		Weimar Wohnen bemüht sich, Konzentrationen zu vermeiden	Konzentration in Weimar-Nord; Probleme konnten gelöst werden, normale Nachbarschaftsprobleme
LK Eichsfeld	zwei GUs mit je 70 Personen	viel dezentral, drei Blöcke mitten im Stadtgebiet - "sind an der Kapazitätsgrenze" für dezentrale Unterkünfte		in GUs: gut erreichbar, weil Heimleitung/Sozialarbeiter vor Ort und Personen auch, dezentral: schwerer erreichbar.
LK Kyffhäuser Kreis	eine große GU in der Kreisstadt	dezentral meist Sondershausen, ansonsten auch Artern, Heldringen, Oldisleben, Bad Frankenhausen; in angemieteten Wohnungen verläuft das Zusammenleben unkomplizierter, bessere Integration, gegenseitiges Profitieren.		"insgesamt ein sehr harmonisches Miteinander", Ehrenamtliche unterstützen Betreuung; viele Nationalitäten auf wenig Raum führte schon zu Polizeieinsätzen
LK Unstrut-Hainich	758 Fl. in Wohnblöcken untergebracht	450 dezentral untergebracht → ab der Anerkennung werden viele dezentral untergebracht: Verschlechterung des Kontaktes/Erreichbarkeit	Anfangs noch Sozialwohnungen, ab Anerkennung (57%	keine Konzentration aber in GU gibt es manchmal Konflikte unter Fl., Sicherheitsper-

			und immer mehr werdend) privat/dezentral	sonal, fünf Sozialarbeiter
LK Weimarer Land	zwei GU in Apolda, eins in Eckolstädt	viel dezentral im Kreis verstreut		Ballung in Apolda, verschiedene Nationalitäten, Gliederung nach Nationen (um kulturelle Unstimmigkeiten zu vermeiden), normale Nachbarschaftsprobleme (wenig Kommunikation untereinander); Genossenschaften sind nicht bereit Geflüchteten Wohnungen anzubieten (Angst vor Fremdeln, nicht richtigem Umgang mit der Wohnung), Wohnungsgesellschaft Apolda kooperiert gut
LK Schmalkalden-Meiningen	10 Gemeinschaftsunterkünfte, im Schnitt ca. 50-70 Plätze, 4 größere, andere kleiner	Suche nach privaten Wohnungen gestaltet sich oft schwierig, da nicht so viel Angebot (groß. Familien u Singles) von den großen Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsmarkt auch insgesamt ausgelastet	145 Wohnungen, meist Drei-Raum Wohnung die entweder mit Familien belegt sind oder als WG mit 4 Personen in 2 Schlafräumen und einem Wohnzimmer	die Meisten Wohnen in den Städten Schmalkalden (208) und Meiningen (368, in Meiningen Konzentration im Wohngebiet am Kiliansberg, in Schmalkalden auch überwiegende Konzentration in Wohnblocks, in einem Gebiet mit Wohnsiedlungsbau
LK Ilmkreis	ca. 900 Plätze, Geflüchtete kommen zuerst für ca. ¼ Jahr in eine von vier Gemeinschaftsunterkünften	Mehrzahl der Anerkannten leben noch in Unterkünften, weil der Wohnungsmarkt angespannt ist	ca. 200 Wohnungen	Konzentration fast ausschließlich in Arnstadt, viele auch in Ilmenau, in beiden Städten meist in Großwohnsiedlungen, Es gibt Probleme genauso wie auch gutes Zusammenleben – manche Leu-

				te beschweren sich andere gehen Patenschaften mit den neuen Bewohnenden ein
LK Saalfeld-Rudolstadt	Aktuell zwei Gemeinschaftsunterkünfte in Saalfeld und Rudolstadt (ursprünglich vier), sind noch stark belegt	Konzentration in Saalfeld, Rudolstadt und Bad Blankenburg; Unterbringung für Einzelpersonen und Großfamilien problematisch, Wohnraumangebot für diese Gruppen wird knapp; Wohnungskoordinator hilft Wohnraum zu finden und vermittelt zwischen Flüchtlingen und Vermietern/Wohnungsunternehmen/Jobcenter => großer Teil hat schon eigene Wohnung		Nachbarschaftsprojekt in Beulwitz, Saalfeld: Begegnungsstätte verwaltet durch LRA in der Nähe der GU => Ehrenamtskoordination, verschiedene Projekte initiieren, IBA Sommerwerkstatt
LK Saale-Orla		Mittlerweile zum großen Teil dezentrale Unterbringung (über 90 %); Flüchtlinge zunächst 7-10 Tage Gemeinschaftsunterkunft, dann Weiterverteilung auf Wohnungen von Wohnungsgesellschaften und Privatvermieter, Landkreis als Mieter, Flüchtlinge mit Überlassung); nur Übergangszustand; später kann eigener Wohnraum gesucht werden ohne Druck vom LK		z.T. „nicht wohnungsfähig“ bedeutet: wiederholte Ruhestörung, Gewalt gegen Mitbewohner und Nachbarn, Hausordnung, Elektrogeräte zweckentfremdet (manchmal Unwissenheit, manchmal mutwillig), Toilette als Waschmaschine und umgekehrt (verstärkt bei jungen Männern)→ Missverständnisse können ausgeräumt werden, bei Mutwilligkeit anderes Durchgreifen
LK Sonneberg	Großteil der 395 sind in den drei Großunterkünften (DDR-Wohngebiet „Wolkenrasen“) Katastrophaler Zustand	220 haben Wohnungen auf dem privaten Markt. Private Unterbringungen sind sehr schwierig: keine Lust auf Ausländer, trotz Anerkennung und Jobcenter	im Stadtgebiet in „Wohnungsbau“ oder VWG (Vereinigte Wohnungsbau Genossenschaft) → konzentriert sich	Flüchtlinge sind hauptsächlich unter sich, Kontakt nach außen nur partiell Betreuung durch Sozialarbeiter des Amtes für Migration

			hauptsächlich auf Sonneberg, wenige außerhalb	
LK Altenburgerland	nur eine Gemeinschaftsunterkunft mit 105 Plätzen	etwa 900 in eigenen Wohnungen, die meisten in Altenburg Nord und Süd-Ost (Plattenbauten), Wohnungsbaugesellschaften achten auf Vermeidung von Konzentration (1-2 Wohnungen pro Hauseingang)	Wohnungen der Anerkannten nach KdU da über Jobcenter	
Wartburgkreis	Gemeinschaftsunterkünfte in: Gerstungen, Wenigenlupnitz, Merkers, Kaltennordheim Bad Salzungen, im Schnitt 100-130 Plätze pro Unterkunft	vor der Anerkennung 2/3 Gemeinschafts- 1/3 Einzelunterkünfte, danach vor allem in Wohnungen der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, Räumliche Konzentration: Eisenach: Eisenach Nord; Wartburgkreis: Wutha-Farnroda und Bad Salzungen		Probleme werden auf die Zugewanderten abgewälzt; Befürchtungen vor Zuzug in bestimmte Wohnlage sind oft schlimmer als die tatsächliche Situation nach Zuzug; Betreuung durch das Willkommenscenter nach Anerkennung, Projekt des Landratsamtes, Hilfe bei bürokratischen Aufgaben und Prozessen (Anträge)

4.4 Integration in das Bildungswesen

Mit Bezug zu den lokalen Bildungsangeboten wurden in den geführten Interviews eindrucksvolle Anstrengungen auf allen Ebenen geschildert. Es scheint, dass von allen Akteuren die Integration in das Bildungswesen die höchste Priorität erhalten hat und die meisten Anstrengungen von Verantwortlichen und Ehrenamtlichen unternommen wurden. Insgesamt kann man aber zu der Schlussfolgerung kommen, dass es in diesem Integrationsfeld dennoch mehr Nachfrage als Angebote gibt. Dabei ist es wichtig, dass ein differenziertes Bild mit Bezug auf die verschiedenen Bildungsebenen gezeichnet wird. Pauschal kann man sagen, dass die Schwierigkeiten mit der Bildungsintegration mit steigendem Alter zunehmen. Durchweg ohne Probleme scheint die Integration bei Kindern im Kindergarten- und Grundschulalter zu verlaufen. Nirgendwo wurde auch angegeben, dass hier die zur Verfügung stehenden Mittel nicht reichen oder andere Probleme (etwa kulturelle Überforderung) vorliegen. Städte wie Jena haben dabei den Lernprozess durchlaufen, dass viele Kinder besser sofort in den Klassen integriert werden können, als vorbereitende Integrationsklassen zu durchlaufen, weshalb die Anzahl dieser Klassen reduziert werden konnte. Ungeachtet dessen wurde durchaus ein Bedarf an Schulbegleitung identifiziert.

Hinsichtlich des nicht-schulischen Angebots, insbesondere der Integrationskurse, wird in den meisten Interviews nach wie vor ein Mangel identifiziert und gibt es Wartelisten. Gleiches gilt auch für sonstige Sprachkurse. Weniger das quantitative Angebot als Schwierigkeiten im Unterricht wurden hierbei von den Befragten thematisiert. Insbesondere bei geringer Anzahl von Flüchtlingen scheint es schwieriger zu sein, ein differenziertes Angebot zu erstellen. Hierbei wurde mehrmals die Alphabeten-Problematik erwähnt und auch die besondere Schwierigkeit angeführt, Frauen in Kurse zu integrieren. Durchgängig positiv wird die Motivation der Teilnehmenden dargestellt, wobei eher eine gewisse Übermotivation als Problem dargestellt wird. Flüchtlingen, so wird geschildert, fehle teilweise die Geduld, weil sie so schnell wie möglich arbeiten möchten. Auf der Ebene der berufsbezogenen Ausbildung wird mehrheitlich der größte Bedarf angemeldet, wobei besonders Sprachkurse in Kombination mit einer Berufsausbildung als wichtig erachtet werden. Der Ressourcenmangel wie auch der Lehrermangel verhindern weitere Angebote. Flüchtlinge mit Perspektive auf eine universitäre Ausbildung sind die große Ausnahme.

	Angebote und Nachfrage	Sprachkurse	Integrationsklassen	Probleme	Erfolge	Berufliche Ausbildung	Integrationskurse	Frühkindliche Bildung
Jena	Hohe Nachfrage nach berufsbezogenen Sprachkursen	Ausreichend	Von 10 auf 6 reduziert.	Zu wenig berufsbezogene Sprachkurse	Integration in der Grundschule	einjährigen Kurs der Berufsschule (BVJ),	Differenziertes Angebot (Frauen, Jugendlichen, Langsam-Lernenden)	Keine besonderen Angebote
LK Greiz	Adäquates Angebot wird mit den Fl. ausgewählt		Integration reibungslos			Adäquates Angebot wird mit den Fl. ausgewählt	Integration reibungslos	
Suhl	Individuelle Abstimmung, Betreuung über Netzwerk	4		UMAs sehr motiviert; flauer Arbeitsmarkt		Viele Angebote, Praktika	n.V.	n.V.
Weimar		106 in allg. Integrationskursen, 70 in Alphabetisierungskursen, 102 in Berufsbezogenen Sprachkursen, ehrenamtliche Angebote		viele Geflüchtete wollen gleich arbeiten; Anforderungen in der Ausbildung für viele zu hoch ; Mangel an Bildungsangeboten für Frauen und für Ältere			6 Anbieter; Wartezeit unter 5 Monate;	Verläuft sehr gut

LK Eichsfeld	Genügend Angebote, aber Lehrermangel	starke Nachfrage, aber zu wenig Kurse	zu wenig wegen Lehrermangel,	ab Regelschule gibt es 5 Integrationsklassen	Kurse werden als zu langwierig wahrgenommen, viele Fl. wollen direkt arbeiten		Anerkennung der Berufe teils schwer, weil diese nicht in Deutschland existieren	
LK Kyffhäuser Kreis	Ehrenamtler unterrichten, Vereine stellen Räume, Kurse der VHS, 17 Kurse kreisweit, ein Jugend-Integrationskurs, Projekt "Multipotential"	Kurse gut besucht, Wartelisten abhängig von Trägern, Projekt "Multipotential" sehr beliebt	Kurse werden zugewiesen, Wunsch nach Wechsel des Kurses abhängig von Familienangehörigen	DAF-Schulen in Sondershausen und in Artern, danach gehen sie in Regelschulsystem über, knapp bemessene Ressourcen	je älter die Jugendlichen/Kinder desto schwieriger ist es sie unterzubringen, teilweise 1-2 Jahre Altersunterschied der Jugendlichen in den Klassen, für Alphabetisierung nicht genug (spezialisierte Förderlehrer), vorgeschaltetes Stufe vor Regelsystem wäre nötig			Aufstockung der Kitaplätze +5% der Kapazität -> Wartelisten;

LK Unstrut-Hainich	Gute Kooperation untereinander, niedrigschwelliges Angebot wird gut angenommen	85% der Geflüchteten brauchen Alphabetisierungsmaßnahmen, viele wollen gleich arbeiten	BVJS bald zu Ende. In Menteroda gibt es "Mutter-Kind" Sprachkurse	gute Kooperation untereinander, niedrigschwelliges Angebot wird gut angenommen.	Kurse erreichen Schulverweigerer und Frauen mit Kindern nicht		viele Teilnehmende in Integrationskursen, wenig Frauen, i. zu wenige um Bedarf zu decken (60 fehlen)	in Kitas sind Eltern als ehrenamtliche Dolmetscher behilflich
LK Weimarer Land	Ehrenamtliche Vorschaltkurse mit Kapazitäten von 12 Personen	sehr gut besucht, von der VHS angeboten						Filmprojekt "Mit anderen Augen" von geflüchteten Frauen
Lk Schmalkalden-Meinungen		Im Moment gibt es noch zu wenige Deutschkurse, gerade im ländlichen Raum das ist sowohl ein personelles als auch finanzielles Problem	Verschiedene Träger führen Integrationskurse im Landkreis durch	Es gibt Nachholbedarf beim Angebot – zu oft müssen die Menschen noch zu lange sinnlos rumsitzen – besonders Deutschkurse müssten schneller und für alle angeboten werden	Seit einem Jahr erhöht sich die Zahl derer die eine Ausbildung anfangen oder einen Beruf aufnehmen	Seit einem Jahr erhöht sich die Zahl derer die eine Ausbildung anfangen oder einen Beruf aufnehmen - alle Nationalitäten vertreten – wie viele das sind lässt sich aber nicht	Kitas können nicht genügend Plätze anbieten (generell zu wenig Plätze)	

						einschätzen, es sind einige, aber nicht die Mehrzahl	
LK Ilm- kreis	Für Er- wachsene viele Integ- rations- und Sprachkur- se – es gibt 4 oder 5 Träger, Volkshoch- schule bie- tet viele Angebote an Nachfrage ist sehr groß, wenn bleibe Chance der Nationali- tät hoch ist, ist es einfach, sonst schwierig (Bsp. Af- ghanistan) einen Kursplatz	Sorge, dass die Frauen mit den Kindern da- heimbleiben – dadurch kein Sprach- erwerb und erschwer- te Integration, Nicht in jeder Schule freie Plätze – dadurch oft längere Anreise – er- schwert die Integrati- on in den Alltag (z.B. Freunde nach der Schule treffen)		Ausbildungssu- che besonders durch Sprache (vor allem Fach- vokabular) und fehlendes Fach- wissen gegen- über deutschen Auszubildenden erschwert	Kitas können nicht genügend Plätze bereitstellen – un- mittelbar vor der Schule bekommen alle Kinder aber ei- nen Platz		

	zu bekommen, aber es gibt immer eine Chance – mittlerweile gibt es da auch etwas mehr Bewegung							
LK Saalfeld-Rudolstadt	noch nicht alle in Sprachkursen (Wartelisten), aber mittlerweile besser koordiniert			Problemlösung durch Bildungskordinator: Anbieter ins Gespräch bringen und Angebote abstimmen, um Wartelisten zu verkürzen und gezielt zu vermitteln		Projekte zur Eingliederung über die Praxis, weniger strikten Weg einschlagen, Erfolge noch nicht einschätzbar		Sprachförderung in einigen Kitas, Anmeldung der Kinder aus GU erfolgt über Sozialarbeiter der GU; Unterstützung auch durch (Jugend-)Migrationsberatung bei anerkannten Flüchtlingen und Familiennachzug
LK Saale-Orla	Angebot ist gut; aber Nachfrage noch größer		Schule: keine Pauschalen Erfolgsrezepte: manchmal mit Schulbegleitern wie bei Inklusion,	Afghanen können oft nicht teilnehmen, weil noch nicht anerkannt und Kurse sind Anerkannten vorbehalten;	überdurchschnittliche Erfolgsquote bei Sprachkursen			Kita sehr gut abgedeckt, SOK bemüht sich hier sehr

			manchmal individuelle Lösungen → DAZ-Unterricht	Mobilität im Flächenlandeskreis schwierig, wegen dezentraler Unterbringung → deswegen zentrale Kurse schwierig				
LK Sonnenberg	Hohe Nachfrage, geringes Angebot an Sprachkursen für Erwachsene		kein Problem mit Unterbringung und Betreuung von Kindern	Frauen haben Probleme, wenn sie Kinder haben (weniger Zeit für Schule, schlechtere Deutschkenntnisse → Arbeitssuche schwieriger o Anschlusskurse sind schwierig, weil die Kurse überfüllt sind zu wenig zertifizierte Anbieter → d.h. lange Wartezeiten (zum Teil 6 Monate → Fristen laufen aus, wirkt sich dann auch auf die Motivation aus)	Kinder: dafür aber extrem schnelles Lernen keine Lösungsansätze für Mangel	Berufsausbildung erst ab Sprachniveau B2	keine Aussage	keine Aussage

				keine speziellen Frauenkurse (sondern ge- mischt				
LK Alten- burger- land	alle ge- flüchteten Kinder im schulpflich- tigen Alter sind unter- gebracht aber nicht genü- gend KITA- Plätze für alle	Sprachkurse am An- fang viel über ehren- amtliches Engagement jetzt 4 Integrations- kursanbieter – geht zügig einen Platz zu bekommen, Ehrenamt federt aber immer noch Nachfrage ab		Afghanen oft- mals Bildungs- schwächer Sprachhürde hoch – relativ viele Analphabe- ten; B2 Sprachtest für berufliche Qualifikation ist wirklich schwer	es gibt viele Projekte – Arbeitsamt ist sehr bemüht	Arbeitssitu- ation noch unbefriedi- gend, etwa 15% der anerkannt- ten haben Arbeit oder Praktikum		

Wartburgkreis	alle Kinder haben einen Schulplatz, Kooperation mit den Schulleitern läuft sehr gut	im Integrationskurs oder im Rahmen der Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen		Mütter wollen ihre Kinder zum Teil nicht loslassen, gibt ein Projekt um die Mütter als eine Art Brücke mit in den Kindergarten zu nehmen	gute Kooperation mit dem Schulamt; vor Anerkennung Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen die über Agentur finanziert werden damit die Leute arbeiten können und auch gesehen werden	es gibt viele offene Lehrstellen, viele Chancen aber Qualifikationsstand entspricht nicht dem was Unternehmen brauchen; in der Interkulturelle Woche werden Migranten werden mit Unternehmen zusammengebracht	laufen immer besser, Bildungsträger haben sich immer besser aufgestellt; 4 Träger im Landkreis, ca. 15 in Eisenach	allgemein Gut, zum Teil in bestimmten Ortschaften nicht genug Plätze
---------------	---	---	--	--	--	---	--	--

4.5 Soziale Integration

Mit Bezug auf die soziale Integration gab es im Prinzip nur positive Einschätzungen im Rahmen der Umfrage. Nach Einschätzung der Befragten ist das Angebot an sozialen Integrationsmöglichkeiten groß und vielfältig. Hierzu wurden teilweise detaillierte Angaben gemacht, die im Einzelnen nicht aufgeführt und verglichen werden können. Auffallend häufig wird dabei auf die Rolle des Sports verwiesen, dem eine große Integrationsfähigkeit zugesprochen wird. Die genannten Integrationsaktivitäten und die Öffnung der Vereine sind umfangreich und beeindruckend. Auch die Rolle sozialer Organisationen und der Kirchen werden mehrfach erwähnt. Neben dem Sport werden vereinzelt Musik, Kunst, Theater und andere Aktivitäten erwähnt, die unter der Rubrik „soziale Integration“ fallen. Mancherorts werden diese in die Flüchtlingsheime verlegt, wenige befragte Beauftragte haben von eigenen Orten für die sozialen Aktivitäten berichtet. Vereinzelt finden soziale Angebote auch im zeitlichen Anschluss an Sprachkurse statt. Spezielle soziale Angebote für Frauen und Familien wurden nur wenige geschildert.

Die Rolle der Verwaltung scheint in erster Linie auf die Vermittlung und Vernetzung begrenzt zu sein. Eigenständige Tätigkeiten, die über die bestehenden Leistungen hinausgehen, wurden nicht erwähnt. Die Vernetzungsleistungen betrafen auch und vor allem den ehrenamtlichen Bereich. Das Engagement der Bürger/innen hat teilweise abgenommen, weil der „große Druck“ nicht mehr vorherrsche, teilweise aber wird es auf hohem Niveau durchaus fortgesetzt, so dass insgesamt nicht von einer verminderten Beteiligung der ehrenamtlichen Arbeit an der lokalen Integration in Thüringen ausgegangen werden kann. Berichtet wurde vielmehr auch, dass sich die Beziehungen zwischen Flüchtlingen und Bürger/innen verändert haben. Auch hierbei scheint sich kein einheitliches Bild abzuzeichnen. Berichtet wurde von sich verstetigenden Kontakten, die als eine Art von Intensivierung und Nachhaltigkeit der Beziehungen beschrieben wurde, die auch als Freundschaft erfahren werde. Zugleich haben sich die gesteigerten Integrationsanforderungen durch den Eintritt in das Bildungswesen und den Arbeitsmarkt sowie durch die notwendigen Behördengänge erhöht, so dass sich diese veränderte Situation auch in den Ansprüchen an die ehrenamtlichen Helfer/innen wieder spiegelt. Es ist der Anschein entstanden, dass es sich hierbei um einen Lernprozess handelt, der vor Ort von manchen mitgegangen wird, aber von anderen eventuell weniger. Zu erwähnen ist zudem, dass auch von ehrenamtlichen Tätigkeiten von Flüchtlingen mehrfach berichtet wurde.

Die religiösen Bedürfnisse der Flüchtlinge erhalten bei den Interviews durchweg eher wenig Aufmerksamkeit. Zumeist wird davon ausgegangen, dass die Flüchtlinge ihrem (islamischen) Glauben ausleben können, religiöse Aktivitäten aber zumeist zu Hause ausgeführt werden. Oftmals sehen die Befragten dieses Thema nicht als besonders dringend an. Nur selten scheint es hierzu auch von den Flüchtlingen zu Nachfragen zu kommen. Örtlich nehmen sich auch christliche Kirchen in eingeschränktem Maße im Rahmen von interreligiösen Dialogen diesem Bedürfnis an. Islamische Gebetsräume gibt es nur in wenigen Landkreisen.

	Angebote	Ehrenamtliches Engagement	Vereine	Religiöse Angebote/Bedürfnisse
Jena	Vielfältige soziale Angebote	Groß und anhaltend (8 Flüchtlingskreise)	Offen	Geringe Nachfrage
LK Greiz	Breitgefächert und groß. Fl. nehmen auch Angebote in Gera war.	Autonom gewachsen, vom LK unterstützt	Aktive Beteiligung.	Die evangelische Kirche bietet interreligiöse Dialoge an.
Suhl	Vor allem im Sportverein, große Beteiligung der Fl.		Vor allem im Sportverein, große Beteiligung der Fl.	n.b.
Weimar	Vielfältige Angebote u.a. von Caritas, Studentische Initiative, Bürgerstiftung, VHS	Große Vernetzung, leicht abgenommenes ehrenamtliches Engagement	einige engagierte Vereine: FC Intra (Fußball), Weimarer Boxverein, Ausländerbeirat organisiert auch Fußballturniere, verschiedene Tanzprojekte	evangelische Kirche betreibt interreligiösen Dialog, Running Dinner der Religionen, gemeinsame Friedensgebete
LK Eichsfeld	Sport = soziale Integration	Freizeitgestaltung, Begleitung bei Behördengänge; Engagement gleichbleibend, vor allem in Dörfern	Vor allem in Sportvereinen	“sie können den islamischen Glauben ausleben“, keine Moschee im Landkreis: fahren nach Erfurt oder Göttingen (25 Min)
LK Kyffhäuser Kreis	Familien treffen sich in Stadtteilzentren, Sport (besonders Fußball) .Anfangs Unsicherheit, es entstehen langfristige Beziehungen	Einige Ehrenamtliche zurückgetreten, persönliche Kontakte und Patenschaften bestehen	Fußballverein hätte schließen müssen, jetzt hat er neue Mitglieder	mehr im privaten Bereich, Christen haben Kontakt zu Kirche
LK Unstrut-Hainich	Breites Angebot	private Patenschaften werden zu freundschaftlichen Beziehungen, ehrenamtliche Dolmetscher in Kitas	Es gibt einen von Fl. gegründeten Verein	selbst organisierte muslimische Gruppe
LK Weimarer Land	“Sport = Integrationsmaschine“	Ehrenamtliches Engagement		keine Moschee, keine Gruppe, weil sie nicht selbst organisiert sind, Veranstaltungen in der Kirche
LK Ilmkreis		Viele sind mit Engagement	viel Integration findet über Vereine	es gibt Gebetsräume in den

		und Herzblut dabei, es gibt viele Patenschaften und Netzwerke in Arnstadt und Ilmenau	statt	Gemeinschaftsunterkünften, sonst aber keine Aussagen über die religiösen Bedürfnisse da nicht Statistisch erfasst und keine Anfragen an die Gesprächspartnerin von Seiten der Geflüchteten
LK Schmalkalden-Meiningen	Willkommens- und Begegnungsstätte in Meiningen im Wohngebiet am Kiliansberg, Integrationsnetzwerk, Sportvereine, katholische und freikirchliche Gemeinde (Kiliansberg)	Vereine und Ehrenamtliche sind im Integrationsnetzwerk vertreten	einen Gebetsraum gibt es nicht, wurde bis jetzt aber auch nicht erfragt	
LK Saalfeld-Rudolstadt	Ehrenamtliche und Paten organisieren kulturelle Veranstaltungen: Kunst, Musik, Theater; vergünstigte Eintritte für Rudolstadt-festival; Angebote werden unterschiedlich gut angenommen: Hausaufgabenhilfe immer gut besucht, arabischer und afghanischer Frauentreff als fester Termin für viele Frauen, Deutschunterricht auch gut angenommen (v.a. Von Frauen wegen Kinderbetreuung)	Initiative „Neue Nachbarn Rudolstadt“: Ehrenamtliche, Patenschaften, Fahrradwerkstatt, Deutschunterricht	Öffnung der Vereine, v.a. Sportbereich (Flüchtlingskoordinator für Sport, drei Ehrenamtskoordinatoren); Jugendfreizeiteinrichtungen öffnen sich, langsam Kontakt zu Kindern und Jugendlichen herstellen	Gebetsraum in GU; regelmäßiges Treffen von muslimischen Männerkreis, religiöser Austausch zum christl. Männerkreis angebahnt
LK Saale-Orla	Vielfältige Angebote, die hauptsächlich ehrenamtlich getragen werden; z.B. Begegnungsstätte für interessierte Bürger und Flüchtlinge ab 2015; Projekt „Nebenanangekommen“	die Aktiven sind gut vernetzt → auch in ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe → sind deswegen super Ansprechpartner für Flüchtlinge um Anschluss in Vereinen etc. zu finden	Vereine öffnen sich: Sport, Fußball, FFW, Judo, Pfadfindergruppe usw.	keine Gebetsstätten, Glauben sehr hinter verschlossener Tür zelebriert (kulturell bedingt)

LK Sonneberg	vor allem Sportvereine	sehr viele engagierte Leute in z.B. Kleiderkammern mit 10-12 Ehrenamtlichen; Einzelpersonen, die im Alltag begleiten	„Sportmeile“, wo sich Vereine vorstellen, hat sich verselbstständigt	viele gehen in die Moschee nach Neustadt (ca. 3km, Bayern)
LK Altenburgerland	Soziale Integration über das Netzwerk-Integration, Sport und gemeinsamen Aktionen	sowohl Ehrenamt als auch hauptamtliche Integrationsarbeit im LK; sehr viele Engagierte auf beiden Seiten (Geflüchtete und Deutsche)	Zusammenarbeit mit dem Kreis-Sport-Bund, 15-16 Vereine mit Flüchtlingsarbeit	Religion findet mehr Zuhause statt, es gibt kein öffentlicher Gebetsraum
Wartburgkreis	Verwaltung versucht Geflüchtete sichtbar zu machen ; Vereine sind dabei, zum Teil auch in den Unterkünften	Ehrenamt ist zurückgegangen, da der „große Druck“ weg ist, aber noch vorhanden	manche Sportvereine können sich das Spielen ohne die Asylbewerber gar nicht mehr vorstellen	religiöses Angebot: kleines Angebot, Gebetsraum in Gerstungen, geringer proaktiver Fokus darauf von Seiten der Verwaltung; vereinzelte Anfragen diesbezüglich von Geflüchteten

4.6 Kulturelle Integration

Die kulturelle Integration wird zumeist in Bezug zu anderen schon erwähnten Feldern der Integration gesehen. Die Trennung zwischen sozialer und kultureller Integration, wie sie in dieser Befragung vorgenommen wird, erweist sich in den Antworten der Befragten als wenig strukturierend. Die Nachfrage nach der lokalen Integrationspolitik wird entweder sehr pauschal, gar nicht oder mit Verweis auf einen (noch in der Arbeit befindlichen) Integrationsplan beantwortet. Dessen ungeachtet wird mit Bezug auf die Notwendigkeit einer interkulturell geschulten Verwaltung überwiegend ein Problembewusstsein artikuliert, dass mancherorts auch schon zu interkulturellen Trainings und mehrsprachigen Angeboten geführt hat. Die Kommunikation mit den Flüchtlingen wird durchgängig als für die Verwaltung wichtig eingestuft und Sprachbarrieren werden als Problem wahrgenommen. Auch die Schwierigkeit der Übersetzung wird thematisiert.

Im Zusammenleben, so lassen sich alle Interviews, zusammenfassen, gibt es keine größeren Probleme. Die von den Befragten geschilderten Probleme werden allesamt als relativ normal eingestuft. Es handelt sich dabei zumeist um Einzelfälle, die sich durch ein Wohnen auf geteiltem Raum ergeben und sich als Lärm, andere Gepflogenheiten und Verstöße gegen die Hausordnung äußern. Der Umgang mit diesen Störungen im Zusammenleben ist unterschiedlich, wird aber von den Verantwortlichen ernst genommen. Es finden Mieterschulungen statt, Sozialarbeiter versuchen zu vermitteln und es gibt auch eine Hotline für besorgte Bürger/innen. In manchen Landkreisen ist zu beobachten, dass die geschilderten Probleme von der AFD und Anderen politisch missbraucht werden. Diese Aktivitäten werden zum Teil vehement abgelehnt, wie etwa in Jena, andernorts werden aber weniger bis keine zivilgesellschaftliche Strukturen geschildert, die sich diesen entgegenstellen. Die allgemeine Einschätzung aus den Interviews ist, dass es zwar einen gewissen Alltagsrassismus gebe, aber das dies nur Einzelfälle seien. Ohne dass ein bestimmtes Verständnis vorgegeben wurde, was mit Rassismus gemeint ist, haben die Befragten dies zumeist und zunächst auf rassistische Vorfälle und Angriffe bezogen. Es bleibt deshalb unklar, was konkret mit dem erwähnten vereinzelt Alltagsrassismus genau gemeint ist.

	Lokale Integrationspolitik	Interkulturelle Verwaltung	Kontakte und Konflikte im Zusammenleben, Fremdenfeindlichkeit/ Rassismus
Jena	Integrationskonzept seit 2008	Flüchtlingsintegration als Querschnittsaufgabe	Eindeutige Haltung von Zivilgesellschaft und Politik. AFD/ „besorgten Bürger“ sind in der Minderheit.
LK Greiz	Dialog-Ansatz, Große Bemühungen, auch von Vereinen, bspw. Fest zum "UNESCO Welttag der kulturellen Vielfalt"	Transparente Kommunikation der Verwaltung	Wachsende Akzeptanz; kontinuierlicher Kampf gegen Rechtsextremismus
Suhl	Kein Integrationskonzept	Sozialkonferenz zum Thema Integration (mit Fl.) Mehrsprachige Stadt-Hilfe	Gewachsene Akzeptanz (nach Protesten und Ausschreitungen zu Beginn)
Weimar	Integrationskonzept ist im Entstehen	Sprachbarrieren (Amtsdeutsch)	Alltagsrassismus vorhanden; Einzelfälle
LK Eichsfeld	Jugend und Kindertheater von Koralle (Frauzentrum), mobile Sozialarbeiter.	zu wenig Ehrenamtliche, Betreuungsschlüssel, Frau Träger als wichtige Ansprechpartnerin	punktuelle Spannungen beim Wohnen, andere Gepflogenheiten, Lautstärke; Miteinander in Kernfamilien (untereinander), Sozialarbeiter vermittelt
LK Kyffhäuser Kreis	Kultureller Austausch durch soziale Kontakte oder Straßenfeste.	Doppelstrukturen sollten vermieden werden (Ehrenamt + Sozialarbeiter) durch bessere Koordination, Unterstützernetze zur Rückkopplung mit Verwaltung	kein negatives Entgegenreten (nicht wahrnehmbar)
LK Unstrut-Hainich	Integrationskonzept im Aufbau		Alltagsrassismus, Sozialarbeiter vermitteln, AFD versucht mit Ängsten überzeugen.

LK Weimarer Land	“Integration braucht Zeit“.	Interkulturelle Schulungen, die sich an die Verwaltung, Vereine und Schulen richtet um Geduld und Verständnis zu betonen	Förderkreis und Mietergesellschaft bieten Mieter-Schulung an, Genossenschaft akzeptiert keine Geflüchteten als Mieter
LK Ilmkreis			Insgesamt ist das Miteinander gut, Rassismus ist kein eigenes Problem, steht nicht an vorderster Stelle,
LK Schmalkalden-Meiningen	Keine Aussage zur lokalen Politik – aber es läuft nirgendwo perfekt	Dolmetscher für die Verwaltung ist schwierig, aber Möglichkeit für Ämter, über einen Livestream Dolmetschen zu lassen	Wo Leute zusammenleben, gerade auf kleinen Raum, gibt es immer Konflikte, aber grundsätzlich sehr ruhig und kaum Konflikte
LK Saalfeld-Rudolstadt	Integrationsbüro (gemeinsam geführt mit der Bildungskordinatorin) ist Ansprechpartner für alle Migrant*innen (Flüchtlinge), Ehrenamtliche und Bürger	zwei Sprachmittlerinnen, ansonsten Kommunikation auf englisch, Flüchtlinge bringen eigene Übersetzer	Probleme mit Einheimischen und Fremdenfeindlichkeit sind „kein Thema“, Konflikte zwischen Menschen verschiedener Herkunftsländer, gemeinsame Projekte; lediglich Feedback aus direktem Wohnumfeld (Hausordnung nicht eingehalten etc.)
LK Saale-Orla	Informationsveranstaltungen, das Gespräch suchen, bei Problemen oder Unverständnis vermitteln		Rassismus gibt es auch, auch Initiative gegen Flüchtlinge hat mobilisiert; Beschwerdehotline für besorgte Bürger*innen (Ängste, befremdliches Verhalten...), SOK hat kurzen Draht zur Polizei
LK Sonneberg	LRA hat ein-zwei Veranstaltungen im Heim Weihnachtsfest Diakonie mit Flüchtlingen, die über Flucht erzählt haben Deutsche und Flüchtlinge zusammen	ist immer eine Geldfrage, viel Papier Projekt im LRA eingereicht und dann auch bewilligt Annahme durch Deutsche vor allem durch die, die sowieso schon immer dabei sind	keine größeren Konflikte zum Teil Aufblähung eines Polizeieinsatzes, sobald das Wort „Ausländer“ fällt Kleinigkeiten Sauberkeit Laute Musik usw. nur kleinere Konflikte
LK Altenburgerland	Kulturelle Integration in vollem Gange	Verwaltung öffnet sich, stehen uns aber manchmal noch im Weg; Kurse für Verwaltung z.B. Traumatisierung	Fremdenfeindlichkeit war in der Presse aber hier nicht so schlimm, fast keine Übergriffe „Bürgerforum Altenburger Land“ Flüchtlingskritiker - Vorwurf Illegalität – Kritik an der Politik, keine

			Übergriffe gegenüber den Geflüchteten bis auf einen Brandanschlag 2015
Wartburgkreis	Lokale Integrationspolitik: „wir heißen alle absolut willkommen!“ sind aber realistisch, wir wollen Fördern und Fordern	Interkulturelle Verwaltung: Weiterbildung in der Verwaltung, Events wie interkulturelles Kochen	Rassismus/Fremdenfeindlichkeit: nur Einzelfälle, generell keine Anfeindungen, kein Problem

5. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Im Rahmen der begrenzten Befragungsmöglichkeit dieses Willkommensmonitors können keine Aussagen über den Stand der Integration der Flüchtlinge in Thüringen gemacht werden, die sich an einem vorgegebenen Verständnis einer gelungenen oder gescheiterten Integration abmessen ließen. Erhoben wurden *Einschätzungen* zur Flüchtlingsintegration, die hinsichtlich ihrer Nachvollziehbarkeit und Kohärenz interpretiert werden können. Eine solche Auswertung kann Hinweise auf die lokalen Integrationsprozesse geben, sie ist aber nicht als politische Beurteilung misszuverstehen. Um zu Schlussfolgerungen zu kommen, müssen die wichtigsten Aussagen aus den geführten Interviews noch einmal zugespitzt formuliert werden:

1. Die lokale Integrationsarbeit wird von dazu speziell beauftragten Personen koordiniert, vernetzt und kommuniziert. Diese Arbeit ist anspruchsvoll und muss von professionellen Kräften mit Erfahrung in der Verwaltung geleistet werden.
2. Die Kompetenzen der Integrationsbeauftragten sind wenig deutlich. Die Rolle als „Fürsprecher“ für Flüchtlinge wird nicht explizit artikuliert, auch wenn sie von den meisten Beauftragten oder „Managern“ in der Praxis so verstanden wird.
3. Die Anzahl der Flüchtlinge in Thüringen wird als weitgehend stabil geschildert.
4. Es gibt keine Konzentrationen von Flüchtlingen in Thüringen in bestimmten Landkreisen.
5. Nach wie vor leben die meisten Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften. Während die Zusammenarbeit mit den Wohnungsgesellschaften vor Ort als gut eingestuft wird, ist der private Mietmarkt sehr schwierig.
6. Die isolierte und periphere Lage in den Landkreisen ist nach wie vor problematisch.
7. Der Bildungsintegration wird die größte Priorität vor Ort gegeben. Dennoch ist das Angebot nicht hinreichend, vor allem in den peripheren Lagen.
8. Besondere Aufmerksamkeit sollte die berufsbezogene Ausbildung erhalten. Hier wird die größte Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage sichtbar.
9. Die soziale Integration wird vor allem durch Sport besonders gut geleistet.
10. Die ehrenamtliche Hilfe ist nach wie vor vorhanden, aber benötigt gezielte Unterstützung.
11. Gleiches gilt für die weitere Gestaltung einer interkulturellen Verwaltung.
12. Rassismus wird zumeist als Einzelfall gesehen.

Anhang:

Ergebnisprotokolle der geführten Interviews:

Anlage 1: Protokoll des Interviews mit Herrn Amend, Integrationsmanager der Stadt Jena

Anlage 2: Protokoll/Schriftliche Angaben von Herrn Illig (Landkreis Greiz)

Anlage 3: Protokoll des Interviews mit Herrn Hartleb, Ausländerbeauftragter der Stadt Suhl

Anlage 4: Protokoll des Interviews mit Herrn Öhme, Ausländerbeauftragter der Stadt Weimar

Anlage 5: Protokoll des Interviews mit Frau Träger, Landkreis Eichsfeld

Anlage 6: Protokoll des Interviews mit Herrn Schulz, Landkreis Kyffhäuser Kreis

Anlage 7: Protokoll des Interviews mit Frau Lemke, Landkreis Unstrut-Hainich

Anlage 8: Protokoll des Interviews mit Herrn Christoph, Landkreis Weimarer Land

Anlage 9: Protokoll des Interviews mit Herrn Panhans, Wartburgkreis

Anlage 10: Protokoll des Interviews mit Frau Bieber, Altenburger Land

Anlage 11: Protokoll des Interviews mit Frau Haas, Saalfeld-Rudolstadt

Anlage 12: Protokoll Saale-Orla

Anlage 13: Protokoll des Interviews mit Frau Gundermann, Sonneberg

Anlage 14: Protokoll des Interviews mit Herrn Orf, Landkreis Schmalkalden-Meiningen

Anlage 15: Protokoll des Interviews mit Frau Günther, Landkreis Ilmkreis

Anlage 1

Protokoll - Interview mit Andreas Amend, Integrationsmanager der Stadt Jena

(Telefoninterview)

Freitag, 16. Juni 2017, 8.30 Uhr

Interviewer: Frank Eckardt

0. Können Sie mir bitte zunächst Ihre Rolle als Integrationsbeauftragter (oder Ausländerbeauftragter etc.) erklären?

- Position in der Verwaltung: Als Integrationsmanager direkt dem Oberbürgermeister unterstellt. Herr Amend ist Mitglied des Teams Integration. Seine Stelle wurde über das THILIK-Programm initiiert und wird bis Jahresende mit ESF-Mitteln finanziert. Eine Weiterführung wird erwartet.
- Aufgabenbereich: Alle Bemühungen und Belange, die mit der Flüchtlingsintegration zu tun. Er handelt sich um eine vor allem auch strukturell-kordinierende Aufgabe.
- Befugnisse
- Kontakte zu anderen Organisationen, Flüchtlingen, Politik: Es besteht seit 2014 ein Netzwerk Flüchtlinge, in dem alle Hauptamtliche, die Bezug zum Thema haben, und auch zwei Ehrenamtliche teilnehmen. Das Netzwerk trifft sich ca. alle 2 Monate. Der Integrationsmanager hat zu allen Teilen der Verwaltung Kontakt, weil Flüchtlingsintegration als Querschnittsaufgabe verstanden wird, und zu den ehrenamtlich Helfenden.

1. Wie ist die allgemeine Situation der Flüchtlinge?

- Wieviele leben hier? Zum Befragungszeit waren das etwa 2.559
- Wie ist der Verlauf (Wegzug)? Es gibt aufgrund der Wohnsitzauflage einen moderaten Zuwachs
- Welche Nationalitäten? Hauptsächlich Syrer (1.450), Afghanen (450) Irak (350), Somalia/Eritrea (130) und West-Balkan (100)
- Familien/Alleinstehende? Ein Drittel Minderjährige, ein Drittel 18-27-Jährige, ein Drittel älter. Ein Drittel sind alleinstehende Männer, Zweidrittel leben in Familienverbänden, wobei es sich hierbei oftmals um eine „breitere“ Familienstruktur (bis zu 3-4 Generationen) handelt.
- Arbeitssituation: Schwierig. Nur ca. 180 kommen ohne staatliche Transferleistungen aus. Das Job-Center hat bislang 150 der 1800 Leistungsbezieher vermitteln können. Hierbei zählen auch befristete, Teilzeit- oder Mini-Jobs. Haupthindernis ist nicht so sehr die Sprache als die fehlende Allgemeinbildung sowie die hohen Anforderungen des deutschen Arbeitsmarkts.

2. Wie schätzen Sie die Wohnsituation ein?

(Gemeinschaftsunterkünfte, Privatunterkünfte, Sozialwohnungen, Konzentration in bestimmten Nachbarschaften, Zusammenleben untereinander/mit Deutschen, Betreuung)

Sechzig Prozent sind vor allem in Lobeda (und Winzerla) untergebracht. 440 sind noch in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht. Ende 2015 wurde JenaWohnen beauftragt Wohnraum für Flüchtlinge bereitzustellen. Das ist auch weitgehend geschehen, aber ca. 500

Personen stehen noch auf der Warteliste. Diese kommen insbesondere aus anderen Gebietskörperschaften und möchten nach Jena ziehen. Das Zusammenleben mit den Deutschen verläuft weitgehend problemlos. Konflikte, die auftreten, sind als normale Nachbarschaftskonflikte einzustufen. Die Flüchtlinge haben eine Präferenz für Lobeda. Ihnen ist eine Gemeinschaftsbildung wichtig. Dort zusammenzuleben bedeutet für sie, dass die Mobilitätskosten für den gegenseitigen Besuch wegfallen, man sich bei der Suche nach einem Job und bei der Ausbildung unterstützen kann. Da aber nicht genügend Platz ist, wird man sie auch demnächst nach Jena-Nord ansiedeln, wo JenaWohnen auch mit einem dezentralen Service-Büro wie in Lobeda ein Sozial-Management durchführen wird. Es gibt zudem mehrere Einrichtungen der Heimerziehung für die gut 70 unbegleiteten Minderjährigen.

3. Wie verläuft die Integration in das Bildungswesen?

(Angebote, Nachfrage, Sprachkurse, Integrationsklassen, Probleme, Erfolge, berufliche Ausbildung, Integrationskurse, frühkindliche Bildung)

Es gibt ein differenziertes Angebot für Integrationskurse, zugeschnitten auf die besonderen Bedürfnisse etwa von Frauen, Jugendlichen oder Langsam-Lernenden. Die Anzahl der Integrationsklassen in den weiterführenden Schulen wurde von 10 auf 6 reduziert, weil die Kinder bis Klasse 5, so hat die Erfahrung gezeigt, schnell lernen. In den Grundschulen und Kitas werden keine besonderen Angebote gemacht, die Kinder werden von Beginn an integriert. Es gibt Angebote der berufsbezogenen Förderung der Sprache, die stark nachgefragt werden. Zudem gibt es einen einjährigen Kurs der Berufsschule (BVJ), an dem 45 Flüchtlinge teilnehmen. Bei ca. 425 SGB II-Leistungsbeziehern in der Altersgruppe 15 bis 25 Jahren sind diese Kapazitäten jedoch nicht ausreichend; es ist ungeklärt, wie diese Personengruppe schulische Bildung nachholen kann.

Das grundsätzliche Problem ist, dass Jena kaum Arbeitsplätze für Geringqualifizierte anbietet und wenige Flüchtlinge ein berufliches Profil haben, das mit den Anforderungen der lokalen Wirtschaft kompatibel ist.

4. Wie beurteilen Sie die soziale Integration?

(Angebote, ehrenamtliches Engagement, Vereine, religiöse Angebote/Bedürfnisse)

In Jena herrscht ein positives Grundklima. Es gibt ein großes und anhaltendes ehrenamtliches Engagement. Insgesamt gibt es 8 Flüchtlingsfreundeskreise, die sich vor allem über die Nachbarschaften organisieren. Dann gibt es noch kirchliche Gruppierungen und Menschen, die autonom sich für Flüchtlinge engagieren. Das Engagement hat sich im Laufe der Zeit geändert. Von einer „ersten Hilfe“ mit sehr praktischen Hilfsstellungen hat sich die Arbeit nun stärker auf Begleitungen und Patenschaften verlegt. Die Ansprüche an das Engagement sind dementsprechend gestiegen. Zumeist handelt es sich bei den Ehrenamtlichen um Menschen mit einem akademischen und Mittelschicht-Hintergrund. Vereine im Bereich von Sport und Kultur haben viele Angebote, die auch von Flüchtlingen wahrgenommen werden können. Das Thema Religion spielt keine so große Rolle. Hier sieht sich die Stadt nicht in erster Linie in der Verantwortung, will aber bei praktischen Fragen durchaus vermitteln. Das kommt allerdings nicht oft vor.

5. Wie beurteilen Sie die kulturelle Integration?

(Lokale Integrationspolitik, interkulturelle Verwaltung, Kontakte und Konflikte im Zusammenleben, Fremdenfeindlichkeit/Rassismus)

Die Stadt hat bereits 2008 ein Integrationskonzept entwickelt und hat von Beginn sich eindeutig für die Aufnahme von Flüchtlingen positioniert. Diese Haltung wird sowohl von der Politik als auch von der Zivilgesellschaft, die in Jena sehr aktiv ist, geteilt und aktiv unterstützt. Initiativen gegen Flüchtlinge wie die AFD oder die „besorgten Bürger“ repräsentieren eine Minderheit in der Stadt.

Anlage 2

Protokoll - Interview mit Peter-Jahn Illig, Integrationsmanager des Landkreis Greiz

Schriftliche Angaben

0. Können Sie mir bitte zunächst Ihre Rolle als Integrationsbeauftragter (oder Ausländerbeauftragter etc.) erklären?

- Position in der Verwaltung: Netzwerkkoordinatorin und Integrationsbeauftragte über den Behindertenverband Greiz
- Aufgabenbereich: Koordination ehrenamtlicher Helfer und Helfergruppen, Netzwerkgründung und Betreuung, sowohl ehrenamtlicher wie unter hauptamtlicher Strukturen Begleitung und Unterstützung zur Integration von anerkannten Flüchtlingen. Aufklärung über deren Rechte und Pflichten, Information und Vermittlung von Angeboten, Unterstützung bei Beantragungen von Sozialgeldern, Hilfe zum Spracherwerb, Soziale Vernetzung zu interethnischen und innerethnischen Gruppen, Förderung von Unabhängigkeit und Autonomie, Hilfen bei der Integration in Aus- und Weiterbildung
- Befugnisse: Innere und äußere Kommunikationsnetzwerke betreuen, Vermittlung und Schlichtung, zwischen allen beteiligten Parteien, Information der Behörde bei Reklamationen, Klärung kommunikativer Störungen - sofern dies im Kompetenzrahmen liegt
- Kontakte sowohl zu Behörden wie den Ehrenamtskoordinatoren auf kommunaler und Landesebene, Besuche bei den verbliebenen Helferkreisen und Ehrenamtlern vor Ort sowie bei Treffen mit Flüchtlingen und Einheimischen Vermittlung von Kontakten die der Netzwerkbildung dienlich sind zwischen Bildungsträgern, Kontakte zu Institutionen wie Diakonie oder Kirchen, aber auch halbinstitutioneller Gruppen wie Aufenthalt und Akzeptanz (vor allem Mithilfe bei der Klärung von Sachverhalten), Kontakte zu Verantwortlichen anderer Landkreise, regelmäßige Gespräche mit Sozialbetreuern des Landkreises, sowie mit Mitarbeitern anderer Institutionen die aktuell mit den Flüchtlingen zu tun haben, wenn nötig auch direkte Begleitung von Flüchtlingen bei Gängen zur Arbeitsagentur, Bildungsträgern oder zur Behörde im Landkreis.

1. Wie ist die allgemeine Situation der Flüchtlinge?

- Wieviele leben hier? Bereich Asyl: 411 anwesende, 87 Abwesende > 14 Tage
- Ausländerbehörde: 289 Anerkannte, überwiegend mit Flüchtlingseigenschaft, ein kleinerer Teil mit subsidiärem Schutz und Abschiebehindernissen.
- 198 mit Fiktionsbescheinigung, überwiegend mit subsidiärem Schutz und Abschiebehindernissen. Jobcenter:
- 234 erwerbsfähige Leistungsbezieher
- Wie ist der Verlauf (Wegzug)? Zum Verlauf gibt es keine Statistik, die Ausländerbehörde schätzt einen Wegzug von gut 2/3, vorwiegend nach Gera.
- Welche Nationalitäten? Eritrea, Algerien, Afghanistan, Marokko, Somalia, Bosnien-Herzegowina, Russische Föderation, Irak, Mazedonien, Syrien, Türkei, Gambia, Serbien, Kosovo, Libanon, Ägypten, Guinea, Weißrussland, Albanien, Indien, Jordanien, Iran, übriges Afrika, ebenso einige Ungeklärte sowie Staatenlose
- Familien und Alleinstehende halten sich in etwa in einem Verhältnis von 50:50 im Landkreis.
- Arbeitssituation: Unter den Asylbewerbern gehen etwa 3 .5 % einer Erwerbstätigkeit nach.

2. Wie schätzen Sie die Wohnsituation ein?

- Die Wohnsituation im LK Greiz ist für anerkannte Flüchtlinge angenehmer als in Großstädten, sie profitieren von einem hohen Leerstand, der sich jedoch im Verlauf der letzten zwei Jahre massiv verringert hat.
- Die Unterbringung der Asylbewerber erfolgt bei Ankunft in Gemeinschaftsunterkünften, später in Wohnungen sofern dies möglich und vertretbar ist.
- Derzeit befinden sich in fünf Gemeinschaftsunterkünften 266 Asylbewerber, in Wohnungen sind 141 Asylbewerber untergebracht.
- Konzentrationen in bestimmten Nachbarschaften gibt es weniger, im Zusammenleben untereinander sorgt bei Konflikten die Sozialbetreuung für Klärung, bei Konflikten mit Deutschen Mitbewohnern wird ebenfalls durch die Sozialbetreuung das Gespräch gesucht. Als Ansprechpartner zusätzlich, gerade für deutsche Nachbarn dienen sowohl Kontaktpartner in Vereinen oder der Flüchtlingshilfe wie auch der Ausländerbeauftragte oder die Netzwerkkoordinatorin, deutsche Mitbürger wenden sich aber nach unserer Erfahrung auch direkt bei der Ausländerbehörde oder dem Bereich Asyl.
- Betreuung erfolgt sowohl durch ein gutes Netzwerk von Ehrenamtlichen wie auch (für Anerkannte übergangsweise) durch die Sozialbetreuung. Zudem stehen verschiedene Institutionen zur Verfügung (Diakonie etc.).
- Wir sind in der glücklichen Lage engmaschig vernetzt zu sein und verfügen neben diversen Beratungsstellen, Sozialen Treffpunkten und kirchlichen Institutionen auch über gute Verbindungen ins örtliche Vereinswesen.

3. Wie verläuft die Integration in das Bildungswesen?

Die Integration von Erwachsenen ins Bildungswesen läuft ab den ersten Tagen nach der Ankunft über die Sozialbetreuung und unterschiedliche Netzwerkpartner, wir klären ab, inwieweit eine Erlaubnis dazu besteht und suchen nach einem Gespräch gemeinsam mit den Asylbewerbern gezielt nach passenden Weiterbildungsmöglichkeiten, sowohl bei der Sprache wie auch in der Berufsorientierung, dazu pflegen wir engen Kontakt zur Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und diversen Trägern.

Die Aufnahme der Kinder an Grund- und Regelschulen im Landkreis verläuft reibungslos, die Schulpflichterfüllung ist abgesichert. DaZ Lehrerstellen werden weiterhin vorgehalten, da sie die vorbereitende und begleitende Sprachförderung absichern (Entfristung der DaZ Lehrer soll ab dem 03.08.2017 erfolgen -laut TMBJS). Schüler 16+ welche nicht die Voraussetzungen für eine Aufnahme in das BVJS erbringen bekommen nach Möglichkeit Sprachförderung. Schüler 16+ ohne Schulerfahrung sind in Alphabetisierungskursen unterzubringen.

4. Wie beurteilen Sie die soziale Integration?

- Es gibt ein breit gefächertes und großes allgemeines Angebot im ehrenamtlichen Bereich, von Sozialtreffs über Vereine bis hin zur Stadtbibliothek die rege genutzt wird. Vereine haben es da schon schwerer von den Flüchtlingen und Asylbewerbern genutzt zu werden, da viele trotz Begleitung beim Erstbesuch und ausführlichen Gesprächen zu den jeweiligen Interessen und Wünschen vorziehen unter Landsleuten zu bleiben. Dies ist in für viele in Gera verlockender, aber auch zutiefst nachvollziehbar, da wir nicht über große Gruppen bestimmter Nationalitäten verfügen.
- In Unregelmäßigen Intervallen geben wir jedoch Angebote weiter und organisieren auch Besuchsmöglichkeiten sowie Vorstellungstreffen zu Vereinen von Einheimischen, manchmal wird ein Angebot so auch bei der vierten oder fünften Kontaktaufnahme doch noch angenommen. Jedoch erfordert es die nötige Kommunikationskultur um Frust bei den Vereinen

zu verhindern, wenn die Angebote nicht so genutzt werden wie sie es könnten (siehe Sport- oder Theatervereine etc.)

- Die ehrenamtlichen Strukturen im Landkreis sind kommunal von Anfang an autonom gewachsen. Wir hatten zu Zeiten hoher Flüchtlingszahlen bis zu 200 ehrenamtliche Helfer in allen Bereichen. Die meisten in Gruppen, aber auch viele Einzelpersonen die sich direkt beim Ausländerbeauftragten oder der Netzwerkstelle gemeldet haben.
- Autonom entstandene Strukturen haben den Vorteil der jeweiligen Kommune, ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen angepasst zu sein. So erreichen sie die höchstmögliche Effizienz und führen auch zu zufriedenen Helfern. Jederzeit haben die Ehrenamtlichen die Möglichkeit sich in der Netzwerkstelle zu melden, Regelmäßige Schulungen finden zwar wegen mangelnden Bedarfs nicht mehr statt, jedoch werden die noch vorhandenen Partnergruppen regelmäßig angesprochen und auf Wunsch auch besucht.
- Vermittler und Koordinatoren vor Ort sind meist Bürgermeister, kommunale Angestellte und Kirchenvertreter. In der Stadt Greiz auch Vereine wie Aufandhalt oder Institutionen wie Kirche und Diakonie.
- Die evangelische Kirche in Greiz/Pohlitz bietet auch je nach Bedarf immer wieder interreligiöse Dialoge an und pflegt dazu Kontakt zur Sozialbetreuung um dieses Angebot zu unterbreiten.

5. Wie beurteilen Sie die kulturelle Integration?

- Wie bereits in Punkt 4. ausgeführt gibt es seitens der Kommunen und ortsansässigen Vereine große Bemühungen die neuen Mitbürger mit einzubeziehen, leider kommt der Wunsch unter Landsleuten zu sein dem oft in die Quere. Jedoch gibt es vor allem unter den Anerkannten zunehmend schöne Begegnungen und Kontakte zu Vereinen oder Einzelpersonen und deren Familien.
- Ein schwieriger Aspekt ist jedoch der politische Hintergrund mancher Helferorganisation die sich einer Zusammenarbeit mit der Stadt oder dem Landkreis verweigert. Man kann es schon vorziehen oppositionell zu sein, doch ist dies in erster Linie bedauerlich für die betroffenen Flüchtlinge und dient der Sache wenig. Dennoch werden sowohl auf kommunaler, wie auf Kreisebene beharrlich Versuche unternommen - dies nachhaltig und zum Wohle für die die Flüchtlinge und ihre Familien - alte Ressentiments und festgefahrene, überholte Strukturen aufzulösen und immer wieder neue Angebote zur Zusammenarbeit zu schaffen.
- Sehr früh hat der LK Greiz mit dem Ausländerbeauftragten und der Netzwerkkoordination dafür gesorgt, dass Konflikte bekannt und damit gelöst werden können. Nur wer miteinander spricht findet Lösungen wähern übereinander zu sprechen Probleme schafft. Von Anfang an gab es auch eine transparente Informationspolitik von Seiten der Behörde den Bürgern wie auch den Medien gegenüber.
- Während vor drei Jahren noch sehr viel Unbehagen und Misstrauen von Seiten der Bevölkerung vorherrschte gehören die Menschen anderer Herkunft nun schon beinah selbstverständlich zu Stadtbild und werden auch von vielen als Belebung und Bereicherung empfunden.
- Dies fand seinen Höhepunkt nicht zuletzt in einem Fest zum "UNESCO Welttag der kulturellen Vielfalt". Diese Veranstaltung wurde fast geschlossen von allen Vereinen der Stadt, zusammen mit vielen Helfern unter den neuen Mitbürgern auf die Beine gestellt wurde, 1500 Besucher kürten diese Bemühungen. Und es war nicht ein "buntes Fest" speziell für Geflüchtete sondern ein gemeinsames Feiern unter Menschen die einfach miteinander gut leben wollen.
- Und natürlich gibt es Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Vorurteile, die Greizer gehen aber still und gemeinsam dagegen vor. Der beste Schutz für Geflüchtete vor rechten Attacken ist eine einheimische Begleitung, das haben unsere Helfer von Anfang an verstanden und gelebt.

Anlage 3:

Protokoll – Interview mit Hr. Hartleb, Ausländerbeauftragter der Stadt Suhl

(Telefoninterview in Weimar)

Dienstag, 27.06.2017, 11.13Uhr

Interviewer: Tom Schöps, Julia Heiser

0. Können Sie mir bitte zunächst Ihre Rolle als Integrationsbeauftragter (oder Ausländerbeauftragter etc.) erklären?

Position in der Verwaltung

- Es gibt in Suhl die Position des Integrationsbeauftragten nicht, sondern einen Ausländerbeauftragten
- AB ist gleichzeitig Leiter der Ausländerbehörde
- Hat viel Kontakt zu Geflüchteten, da die Kommune sehr klein ist. Vor allem zu den minderjährigen Geflüchteten. (UMA = unbegleitete Minderjährige Ausländer)
- die Arbeit der Behörde funktioniert verwaltungstechnisch nach Ansicht des AB sehr gut
- Aufgabenbereich
- Ausländerbehörde (Aufenthalt, Asylverfahren, freiwillige und nichtfreiwillige Heimreise)
- Ansprechpartner für Familiennachzug

Befugnisse

- Kontakte zu anderen Organisationen, Flüchtlingen, Politik
- Es existiert Netzwerk für Integration in Suhl, indem nach Einschätzung des AB gut zusammengearbeitet wird
- Konferenz: „Integration in Suhl“
- Bewertung der Arbeit als sehr gut

1. Wie ist die allgemeine Situation der Flüchtlinge?

Wieviele leben in Suhl?

- Anfangs (2015/16) sehr viele in der Erstaufnahmeeinrichtung, bis zu 2000 Geflüchtete - Zahlen sind jetzt gesunken
- Suhl hat keine Flüchtlinge direkt aufgenommen, die Verpflichtung/Aufnahmezahl nach dem Königssteiner Schlüssel war durch Erstaufnahmestelle schon erfüllt. Die Geflüchteten warteten in Suhl nur auf die Umverteilung in die Landkreise.
- Asylverfahren sind jetzt beendet (von den Flüchtlingen in den umliegenden Landkreisen) und es kommen ein paar Familien aus den Umkreisen zurück nach Suhl
- Es gibt ca. 1600 Ausländer in Suhl (ACHTUNG nicht nur Geflüchtete)
- ca. 70 UMA's befinden sich in Suhl

Anzahlen an Ausländern in Suhl

- Derzeit sind in Suhl 1690 ausländische Mitbürger gemeldet. Davon sind 56,5 % aus der Europäischen Union.

Die Hauptherkunftsländer sind:

- Rumänien 296 Personen

- Polen 223 Personen
- Afghanistan 108 Personen
- Syrien 98 Personen
- Bulgarien 87 Personen
- Slowakei 72 Personen
- Vietnam 72 Personen

Wie ist der Verlauf (Wegzug)?

- Anfangs große Anzahl an Geflüchteten in den Erstaufnahmeeinrichtung, dann Verteilung in die umliegende Kommunen und nun Rückkehr einiger nach Suhl, da es in der Stadt ausreichend günstigen Wohnraum gibt

Welche Nationalitäten?

-

Familien/Alleinstehende?

- vorwiegend UMA's und ein paar Erwachsene bzw. Familien

Arbeitssituation

-

2. Wie schätzen Sie die Wohnsituation ein?

Arten der Unterbringung und Verteilung im Stadtgebiet

- Es gibt, bis auf die Erstaufnahmerichtung nur dezentrale Unterbringung in Wohnungen. (Grund: große Menge an Leerstand im Plattenbau)
- Vor allem Familien leben in Wohnungen, da die Mietpreise sehr günstig sind.
- Die Mietkosten von anerkannten Flüchtlingen werden vom Jobcenter übernommen.
- Ausländerbehörde versucht die Geflüchteten auf die Stadt zu verteilen, aber die meisten wohnen dennoch relativ konzentriert in einem Wohngebiet – einem „quasi Sozialerbrennpunkt“ (Wohngebiet hat jedoch auch vor Zuzug der Geflüchteten diesen Status)
- gemeint ist das Wohngebiet Suhl Nord, es hat einen hohen Ausländeranteil

Zusammenleben in der Nachbarschaft

- Es gäbe immer mal Probleme aber keine gravierenden.
- Es gäbe keine Ausschreitungen oder Ähnliches.
- Es gäbe auch Nachbarschaftshilfe etc. aber das Negative sei immer präsenter und würde an die Stadt (den AB) herangetragen.
- Streitigkeiten drehten sich um: Laute Musik, Satellitenschüssel am Fenster, spielende Kinder vorm Block bis spät in die Nacht rein -> nach Einschätzung des AB aber: normale „Blockstreitigkeiten“

3. Wie verläuft die Integration in das Bildungswesen?

Sprachkurse

- Es gibt 4 Sprachkursträger - VHS, int. Bund. Tibor GmbH (TIBOR Gesellschaft für Bildung, Beratung und Vermittlung mbH), WfBM (Werkstatt für behinderte Menschen Suhl)
- Absprachen untereinander zu Themen wie: wer macht welchen Kurs und wann etc., finden statt → Sprachkursanbieter sind vernetzt

Schulische Bildung

- UMAs werden beschult entsprechend der Schulpflicht
- Unbegleitete Minderjährige Ausländer (ca. 70) sollen in die Schule gehen und einer Beschäftigung nachgehen.
- Wurden betreut von einem Netzwerk. Funktioniert bis heute ganz gut (weil jeder jeden kennt). Es wird sich um jeden einzelnen gekümmert.
- Es gibt aber auch unzufriedene UMAs, mit zu hohen Erwartungshaltungen.
- Fazit an sich positiv, gefühlt 90% der UMAs wollen und es wird ihnen geholfen. (Hausaufgabenbetreuung etc.)
- UMAs das auch als Chance (die Integration)
- Problem bei nicht mehr Schulpflichtigen Kindern, diese kommen dann in extra Integrationskurse, die auch für Erwachsene offenstehen

Erwachsenenbildung

- es gibt wenige Erwachsene Geflüchtete in Suhl, deshalb ist das Angebot einfach nicht so groß
- Arbeitssituation
- Ausbildungsmarkt im Ausbildungsbereich sieht sehr gut aus für Geflüchtete, es gibt Praktika in Betrieben etc.
- Es gibt die Möglichkeit in Arbeit gebracht zu werden auch für Erwachsene, bei Kinder und Jugendlichen ist das aber wesentlich einfacher.
- der Arbeitsmarkt (im Allgemeinen) ist aber eher mau, viele gehen ins Reinigungsgewerbe oder ins Wachschutzgewerbe.
- Integration in den Arbeitsmarkt ist ab einem gewissen Alter sehr schwer bzw. schwieriger.
- Die Voraussetzungen der Menschen die kommen sind sehr unterschiedlich.
- Das größte Problem bleibt die sprachliche Barriere.
- AB kann aber keine Prognose stellen, bzw. nicht wirklich beurteilen, da sie sehr wenig Erwachsene Geflüchtete vor Ort sind

4. Wie beurteilen Sie die soziale Integration?

Sportangebote

- UMAs nehmen Angebote sehr gut an, vor allem Sportangebote (Kampfsport, Fußball, Handball, Volleyball, Sportcenter,
- der Sportbund war schon in der Erstaufnahmerichtung aktiv
- viele Sportvereine suchen nach Mitgliedern, deshalb freuen sie sich über Nachwuchs
- Integration durch Sport ist förderlich. (AB kann aber keine konkreten Beispielfälle geben.)
- im Fußballverein etc. finden sich viele Nationalitäten: Syrer, Afghanen etc.
(Verweis auf Suhler Sportbund als Ansprechpartner zu bzgl. Wahrnehmung des Sportangebotes)

Religiöse Angebote

- sind AB nicht bekannt

5. Wie beurteilen Sie die kulturelle Integration?

Fremdenfeindlichkeit/Rassismus

- Gab/gibt Gegenströmung/Rassismus in Suhl
- Demonstration gegen Erstaufnahmeeinrichtung
- Ist laut AB aber gefühlt zurückgegangen und es ist ruhiger geworden
- Kein Anschlag auf Erstaufnahmeeinrichtung.

- in sozialen Netzwerken (Facebook) findet man laut AB, eher negative Äußerungen zur Thematik.
- Trotzdem kommt AB zur Einschätzung des AB: anfangs war die Distanz sehr groß Aber mittlerweile läuft es ganz gut, besser als man es in der Berichterstattung ggf. hört
- August 2015 Ausschreitungen, aber ein Konflikt zwischen Geflüchteten, Grund: Jmd. hat den Koran zerrissen und die Toilette runtergespült. Er sollte gelyncht werden

Integrationskonzept

- aufdoktrinierte Programme funktionieren nach Ansicht des AB nicht... es gehe um Begegnungen und Kontakt im echten Leben
- zur politischen Ausrichtung der Politik kann AB nichts sagen (Verweis auf Bürgermeister Ansprechpartner)
- Erfolge
- Die Jugendlichen integrieren sich und gehen in die Schule/Ausbildung etc.
- Interkulturelle Verwaltung
- Sozalkonferenz zum Thema Integration (unter Beteiligung von Geflüchteten durchgeführt)
- es gibt teilweise sprachliche Barrieren
- AB hat normale Sprechzeiten
- in Suhl Nord gibt es das „Projekt Starthilfe“ – mehrsprachig, hilft bei Behördengängen etc.
- es gibt kein konkretes Integrationskonzept

Anlage 4

Protokoll – Interview mit Sascha Öhme, Ausländerbeauftragter der Stadt Weimar

Mittwoch, 28.06.2017, 11.00Uhr, Weimar

Interviewer: Tom Schöps, Julia Heiser

0. Können Sie mir bitte zunächst Ihre Rolle als Integrationsbeauftragter (oder Ausländerbeauftragter etc.) erklären?

Position in der Verwaltung

- der Profession nach Islamwissenschaftler,
- Seit Jan. 2015 in Weimar als Ausländerbeauftragter angestellt. Verwaltungsmitarbeiter
- fungiert als Mittler zwischen Behörden und Anliegen von Migranten,
- Vorgesetzter ist Herr Dillmann (Volkshochschule Weimar)
- die Position des Ausländerbeauftragten ist eine Kann-Option der Kommune (nicht gesetzliche vorgeschrieben)
- Budget für AB ca. 15.000 - 20.000Euro

Aufgabenbereich

- Organisation von Veranstaltungen um den Themenräume Flucht, Integration, Menschenrechte:
 - o Menschenrechtspreis d. Stadt Weimar
 - o Interkulturelle Woche
 - o Willkommensfest auf dem Herderplatz 2015,
- individuelle Beratung,
 - o z.B. schriftliche Asylanträge,
- Ansprechpartner für alle Akteure der Migrationsarbeit
 - o Vermittlung von Übersetzern
 - o Arbeitsmarktvermittlung macht jetzt das Jobcenter
- integrationspolitische Veranstaltungen
- Integrationskonzept der Stadt Weimar – Grundlage letztes Jahr erarbeitet und dieses Jahr fortlaufend

Befugnisse

-

Kontakte zu anderen Organisationen, Flüchtlingen, Politik

- Geschäftsführer des Ausländerbeirats (monatliches Treffen / Ehrenamt) -> Vermittelt Dolmetscher und unterstützt Neuankommende,
- in der AG d. Thüringer Integrationsbeauftragten
- es fanden und finden themenbezogene Treffen mit Fr. Solveig Schwennicke (Bildungskordinatorin f. Neuzugewanderte) und Fr. Marion Pommert (Geschäftsführerin d. Jobcenter Weimar) zum Informationsaustausch und Abstimmung statt (Expertenteam)
- Kooperationsvereinbarung zwischen AB, Bildungskoordinatorin, Jobcenter und 4 Anbietern von Sprachkursanbietern seit 2015 – Ziel: ausgeglichene Lastenverteilung und sinnvolle Abstimmung zwischen Akteuren (seit 2016, gemeinsame Beratung im JC)

1. Wie ist die allgemeine Situation der Flüchtlinge?

(Wieviele leben hier?; Welche Nationalitäten?; Familien/Alleinstehende?)

Zahlen der Stadtverwaltung:

- Ca. 900 Geflüchtete 2016 (Viele mittlerweile Anerkannt) -> Aktuell 282 in AsylbLG
- seit Januar 2017 insgesamt 16 Neuanmeldungen zum AsylbLG (Zuzüge+ Geburten)
- 282 Geflüchtete erhalten Leistungen nach AsylbLG,
 - o Herkünfte
 - 110 aus Irak, Afghanistan, Syrien, Eritrea, Somalia
 - 122 aus Ländern des Westbalkans
 - 40 aus der russ. Föderation
 - o Alter
 - 160 Geflüchtete Unter 25 Jahren
 - 122 Geflüchtete über 25 Jahren
 - o Geschlechteraufteilung
 - 58,9% Männer, 41,1% Frauen
- weitere Geflüchtete, z.B. in der Jugendhilfe ohne staatliche Leistungen oder Leistungen nach SGB XII

Zahlen des Jobcenters:

- 486 erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) mit Fluchthintergrund (10,7% aller ELB), davon:
 - o nach Alter
 - 149 unter 25 Jahren
 - 203 im Alter von 25 - 43 Jahren
- (91% der ELB sind unter 35 Jahren und überwiegend männlich)
 - o nach Geschlecht
 - 324 Männer
 - 162 Frauen
 - o nach Status
 - 79 Pers. Arbeitslos
 - 303 Pers. Arbeitssuchend
 - 104 Pers. Ohne Status
- Zugänge sind rückläufig – 126 Pers. seit Jahresbeginn, davon 7 Familiennachzüge

Wie ist der Verlauf (Wegzug)?

- Ungefähr ausgeglichen (ein paar ziehen weg, ein Paar ziehen hinzu), Anzahl bleibt ungefähr gleich
- seit März 2016 keine Gruppen Geflüchteter mehr zugewiesen, nur Familiennachzug
- Arbeitssituation:
- Verweis auf Fr. Marion Pommert (Geschäftsführerin des Jobcenters) als Ansprechpartnerin, häufige Treffen, da es immer abhängig vom vorherigen Spracherwerb ist.

2. Wie schätzen Sie die Wohnsituation ein?

Arten der Unterbringung und Verteilung im Stadtgebiet

- Oberbürgermeister wollte von Anfang an eine dezentrale Unterbringung d. Flüchtlinge
- Gemeinschaftsunterkunft *Nordstraße* gibt es aber immer noch, GU Ettersburgerstr. Wurde geschlossen
- GU ist aber eher eine Zwischenstation und die Menschen sollen dann in eigene Wohnungen ziehen
- Wohnstätte hat die Stadt mit Wohnraum versorgt

- der AB hat früher viel bei der Wohnungssuche geholfen
- Stadt kümmert sich auch über den Statuswechsel (Anerkennung) hinaus, um Wohnungsvermittlung (Abt. f. Flüchtlingsangelegenheiten - heute Familienamt – soziale Unterkünfte)
- Stadt hat Wohnungen angemietet und gibt sie jetzt teilweise zurück, weil Geflüchtete sich eigene meist kleinere Wohnung nehmen
- da in Weimar ohnehin Wohnungsknappheit herrscht wurde oftmals empfohlen auch Wohnungen in nicht bester Lage (innenstadtferner) anzunehmen
- Konzentration: starke Konzentration von Wohnungen in Weimar Nord,
- man versucht Heterogenität weiterhin zu erhalten, Wohnstätte hat z.B. ein eigenes Flüchtlingsmanagement und achtet auf Durchmischung -> also nicht 5 Flüchtlingsfamilien in ein Haus, bessere Verteilung (kann man positiv und negativ bewerten)
- Situation aktuell entspannt, da kaum Neuankömmlinge (16 neue Personen haben 2017 Asyl beantragt)

Nachbarschaftliches Zusammenleben

- AB hat in den letzten Monaten keine Beschwerden mehr gehört (ggf. bei Caritas nachfragen). Kann sich nur an eine Hand voll Beschwerden erinnern – zu laut Fußball spielen etc.
- Problematik: die besorgten Bürger (zu laute Musik, allg. Ruhestörung etc.), Licht ist zu grell, es wird laut gekocht, Probleme bei Mülltrennung, andere Tagesabläufe/ Verhaltensweisen, Viel Besuch, meist konnte alles durch persönliche Gespräche u.a. der Betreuer geklärt werden

3. Wie verläuft die Integration in das Bildungswesen?

Zahlen zu Kursen und Maßnahmen (Stand Mai 2017)

- 399 MigrantInnen insgesamt in institutionalisierten Kursen, davon:
 - o 278 MigrantInnen in Integrations- & Berufssprachkursen, davon:
 - 106 in allg. Integrationskursen
 - 70 in Alphabetisierungskursen
 - 102 in Berufsbezogenen Sprachkursen
 - o 63 Geflüchtete in berufsorientierenden Maßnahmen (Kompetenzfeststellung/-vermittlung, Coaching, anteilige Sprachförderung)
 - o 28 Geflüchtete in Studienvorbereitenden Sprachkursen am Sprachenzentrum der Bauhaus-Universität
 - o 30 Kinder und Jugendliche (10-26 Jahre) im TalentCAMPus Plus der VHS
- Zusätzlich - ehrenamtliche Angebote

Sprachkurse

- Verweis auf Bildungskoordinatorin für Neuzugewanderte Fr. Solveig Schwennicke: eher für Integrationskurse und Berufsvorbereitende Kurse zuständig
- Geflüchtete die hier ankommen bekommen in unter 5 Monaten meist einen Sprachkurs vermittelt (sehr guter Schnitt)
- es gibt 6 Anbieter mit vom BAMF zugelassenen für Integrations- und Berufssprachkurse – Bezahlung der Lehrkräfte aber oftmals nicht gut und darunter leidet auch die Lehrqualität
- gibt mittlerweile Integrationskurse mit Kinderbetreuung, damit Mütter einfacher an den Kursen partizipieren können.
- AB denkt, es könnte/sollte besser laufen, hat aber keinen konkreten Einblick
- es gibt mittlerweile Sanktionen wenn man seinen Sprachkurs nicht vorführt / Unterbricht etc. um die Leute mehr zu „motivieren“ den Kurs durchzuführen

Frühkindliche Bildung

- Kinder (vor allem in der Kita) funktioniert der Spracherwerb wunderbar

- Integration sowohl sprachlich als sozial funktioniert in der Kita sehr gut
- Lernen viel schneller die Sprache. Je älter die Kinder sind um so schwieriger ist die Integration.

Schulische Bildung

- Verweis auf Bildungskordinator Hr. Merkel: verteilt die schulpflichtigen Schüler in der Stadt nach 3 Monaten muss ein Kind „beschult“ werden
- > man muss schauen wo ist ein Platz frei und welche Schulform angebracht ist?

Berufsausbildung

- Es gibt Einzelfälle die bereits ein Studium aufgenommen haben -> oftmals ist trotzdem die Sprachbarriere besonders hoch, deshalb dauert es länger bis man wirklich anfangen kann.
- viele Geflüchtete wollen nicht in die Ausbildung, sie wollen gleich arbeiten, um Geld für ihre Familie zu verdienen
- außerdem sind die Bedingungen bzw. Anforderungen in der Ausbildung für Deutsche und Geflüchtete gleich und damit - bei den sehr heterogenen Bildungshintergründen - für viele zu hoch

Erwachsenenbildung

- für ältere Geflüchtete ist oft kein großes Angebot da (nur Integrationskurs). Es gibt ein Mangel an Angeboten für Frauen und für Ältere.
- Angebote:
 - o Caritas – Frauenkaffee,
 - o VA's mit Frauenhaus, etc.
- Ursache: ältere Geflüchtete sind nicht so viele vor Ort, deshalb existieren auch weniger Angebote, obwohl diese wenigen Personen diese dringend bräuchten (Einschätzung des AB)

4. Wie beurteilen Sie die soziale Integration?

Ehrenamt

- Caritas, Studentische Initiative, Bürgerstiftung gab es von Anfang an. Und es kommen immernoch weitere hinzu, u.a. „Wir sind Paten“ (Es werden mehr Organisationen/ Personengruppen die sich dem Thema annehmen).
- Vernetzung nimmt immer mehr zu, es gibt Ehrenamtstreffen und Absprachen und Netzwerkbildung
- Interesse von Ehrenämtern nimmt aber etwas ab, anscheinend macht dies aber noch keine Probleme.

Religiöse Integration

- evangelische Kirche hat sich dessen angenommen (Jakobskirche)– interreligiöser Dialog – wird auch inhaltlich ausgestaltet
- kulinarischer interreligiöser Dialog – zum ungezwungenen Austausch, Running Dinner der Religionen, gemeinsame Friedensgebete

Sport

- einige engagierte Vereine: FC Intra (Fußball), Weimarer Boxverein
- Ausländerbeirat organisiert auch Fußballturniere
- verschiedene Tanzprojekte

Sonstiges

- Kreativworkshops

- AB kennt aber nicht die gesamte Vereinslandschaft im Einzelnen, hat mit Geflüchteten eher zu tun, wenn es wirklich Probleme gibt oder agiert beratend für die Stadt.
- AB kennt Alltag der Geflüchteten somit nicht genau. (Verweis auf Karte mit der Übersicht von Angeboten für Geflüchtete)
- AWO, Caritas (z.B. 3 vers. Angebote für vers. Zielgruppen etc.)
- Mehrgenerationshäuser, versch. Träger
- Vorträge an der VHS (Was ist der Islam? Wie sieht die islamische Ehe aus etc.)

5. Wie beurteilen Sie die kulturelle Integration?

Integrationskonzept

- im Prozess: wurde u.a. vom AB entwickelt, der Stadtrat muss nun über seine Einführung entscheiden
- Kernthemen:
 - o Zugang zu politischer Partizipation
 - o Diskriminierungsprävention
 - o Armutsvermeidung - Armutspräventionskette
 Kommunale Präventionskette: geförderte Maßnahme das sich die kommunalen Ebenen in der EU aufzeigen wie man das Abfallen in Armut verhindern kann. Netzwerkstrategien – politischer Wille. Sorgt vom Kleinkindalter bis zum „Tod“ -> damit man nicht in Armut fällt, Armutsprävention (im Allgemeinen aber nicht speziell für Geflüchtete)
 - o politische Bildung und Wertevermittlung

interkulturelle Verwaltung

- dazu müsste sich auch die Personalabteilung neu aufstellen (ist ein langer Prozess bis das passiert)
- sprachlich Barriere als Hemmnis zur Integration von Menschen mit Migrationsbiographie in Verwaltungen (Beamtendeutsch)

politische Teilhabe

- Zugang zur gesellschaftlicher Teilhabe: vers. Community mit ihren Vereinen, eigene Migrantenorganisationen bestärken, Angebote der Flüchtlings- und Migrationsarbeit und der interreligiöse Dialog (-soll von Gemeinsamkeiten gesprochen werden)

Fremdenfeindlichkeit/Rassismus

- AB hat keine persönlichen Erfahrungen, da er in Jena wohnt
- gibt ein paar schwierige Zuwanderer – Verweis auf Goetheplatz(?)
- Weimar hat viel Kultur, Institutionen etc. und ist deshalb stark aufgestellt und deshalb gibt es viel für und über das Thema der Flucht.
- AB schätzt Verhältnisse gut ein
- Alltagsrassismus ist schon vorhanden, aber AB hat Unsicherheit wie hier zu ernsthaftem Rassismus differenziert werden kann
- AB erhielt 3 rassistische Briefe von einer anonymen Person, nimmt sie aufgrund der Anonymität aber nicht ernst
- Da kaum Geflüchtete mehr kommen scheint sich die Situation entspannt zu haben
- es sind schon Einzelfälle bekannt, aber nur vom Hörensagen, z.B. eine muslimische Frau, die sich aufgrund ihrer Kleidung mit Badeanzug und Badekappe im Schwimmbad von älteren Mitbürgern unangenehm angeschaut fühlte - aber keine genaue Kenntnis zum Fall.

Anlage 5

Protokoll – Interview mit Frau Träger, Landkreis Eichsfeld

Montag, 19.06.2017

0. Rolle als Integrationsbeauftragte

- Ausländerbeauftragte, seit 10 Jahren kennt sie einige, seit 15 arbeitet sie im Amt
- Beratung, Vermittlung an andere Organisationen
- nicht erfragt
- Bildungsträger, Ausländerbehörde - alle 4 Wochen finden Treffen unter den Partnern um "über Probleme zu sprechen - also Integration"; Villa Lampe (Mutter Kind Gruppe), Diakonie (Migrationsberater, guter Integrationspartner), Ungarisch-Russisches Frauenzentrum, AWO Jugendwerk, Gus, Menschen in Not Dingelstädt, Sportbund, Anwältin (Frau Kupp)

1. Allgemein

- 3778 anerkannte Asylbewerber + EU Bewerber, bis Mai sollen alle alten Anträge "abgearbeitet werden"; jetzt schnellere Bearbeitung der Anträge durch Bund
- nur bei Arbeit in anderer Stadt dürfen Flüchtlinge umziehen, ansonsten 3 Jahre Residenzpflicht
- Syrien, Balkan, Irak, Eritrea, Russland, Afghanistan
- keine Aussage
- keine Aussage

2. Wohnen

- zwei GUs mit je 70 Personen, gut zur Orientierung für die ersten 4 Monate
- viel dezentral, drei Blöcke mitten im Stadtgebiet - "sind an der Kapazitätsgrenze" für dezentrale Unterkünfte
- keine Aussage
- keine Aussage
- in GUs: gut erreichbar, weil Heimleitung/Sozialarbeiter vor Ort und Personen auch, dezentral: schwerer erreichbar, weil Sozialarbeiter sie einzeln aufsuchen muss, Personen weniger zu Hause

3. Ausbildung/Beruf –vorsichtig

- genug Angebote vom Land und Bund, aber Lehrermangel (thüringenweit-laut Austausch mit Ausländerbeauftragten) bei spezieller Qualifizierung noch schlechter
- starke Nachfrage, aber zu wenig Kurse
- zu wenig wegen Lehrermangel,
- ab Regelschule gibt es Integrationsklassen, aus Stammklasse heraus in eine der fünf Integrationsklassen (+zwei in Leinefelde), wenn "fit" zurück; in Grundschule: bekommen für 2,5-12 Monate Einzelunterricht (1h/Schüler), im ländlichen Bereich kommen zu wenig Stunden zusammen, da nur 2-3 Schüler Bedarf haben.
- Kurse werden als zu langwierig wahrgenommen, viele wollen direkt arbeiten
- keine Aussage
- Anerkennung der Berufe teils schwer, weil diese nicht in Deutschland existieren (Vorbeugen durch Besuche der Sprachkurse von Fr. Träger und Fr. Dr. Werner in Sprachkursen zur Abfrage der Berufe, Unterlagen)
- keine Aussage
- keine Aussage

4. Soziale Integration

- Sport = soziale Integration
- Freizeitgestaltung, Begleitung bei Behördengänge; Engagement gleichbleibend, in Dörfern wird viel von Ehrenamtlichen betreut
- keine Aussage
- „sie können den islamischen Glauben ausleben“, keine Moschee im Landkreis: fahren nach Erfurt oder Göttingen (25 Min); Kirchengemeinden sind sehr offen

5. Kulturelle Integration

- Jugend und Kindertheater von Koralle (Frauzentrum) "was so im ländlichen Bereich möglich ist, ist da"; Sozialarbeiter fahren viel im Auto von Stadt zu Stadt (Unterstützung in Dörfern durch Ehrenamtliche, Betreuungsschlüssel sehr schlecht: 1:100, "Wie soll man sie erreichen?!", wünscht sich Betreuungsschlüssel von 1:50; Frau Träger als "Kummerkasten", wichtige Ansprechpartnerin, bekannt bei vielen Geflüchteten, sie kennt fast alle mit dem Vornamen oder zumindest ihr Gesicht (Vorteil des ländlichen Raumes), wird auf der Straße angesprochen im Privatleben oder eingeladen zum Kaffeetrinken bei Geflüchteten/"Kaufhallengespräche" für "kleinere Angelegenheiten", anderes wird im Büro besprochen, Unverständnis von anderen Ämtern (sprechen zu schnell, wiederholen nicht)
- Thüringen App hilft bei Behördengängen (<https://www.erkennung-in-deutschland.de/html/de/app.php> ?), Probleme: punktuelle Spannungen beim Wohnen, andere Gepflogenheiten, Lautstärke; Miteinander in Kernfamilien (untereinander), Sozialarbeiter vermittelt

Anlage 6:

Protokoll - Interview mit Herrn Schulz, Landkreis Kyffhäuser Kreis

Donnerstag, 6.07.2017

0. Rolle als Integrationsbeauftragte

- Stelle als Migrationsbeauftragter und für den Jugendschutz (je 20h/Woche), war bis 2015 ehrenamtlich, Netzwerkarbeit: Verwaltung, Trägern, Migranten, Ehrenamtlichen, Frau Kruppa, Integrationslotsen und Bildungskordinator (Bund)
- der Landrätin untergeordnet -> ist eine Querschnittsaufgabe
- Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit, BAMF, Ärzte, Träger von Bildungskursen, Jugendhilfe; Zusammenarbeit verläuft gut aber ausbaufähig

1. Allgemein

- 2300 Ausländer davon 1115 Geflüchtete
- Wegzug nur mit Arbeit möglich, schwierig andere Wohnungen zu finden: 18 Personen haben den LK verlassen (davon 9 wegen Familienzusammenführung)
- 20-25 Nationalitäten: Afghanistan, 2. Syrien, 3. Irak/Eritrea, 4. Russische Föderation
- überwiegend in Familien -> war der Wunsch der Akteure, vereinzelt auch Einzelpersonen (meist jüngere Männer)
- acht haben ein Ausbildung gefunden, 29 eine Arbeit (z.B. im Bäckerhandwerk, in der Produktion tätig); Nachweise der Abschlüsse fehlen: gesetzliches Problem, Schulzeugnisse fehlen (teilweise noch im Heimatland) ->Unterbringung in Schulen schwierig, Frauen öffnen sich schwer (Hemmschwellen)
- Anerkennung schwierig, Sprachniveau muss erreicht werden, bevor gearbeitet werden kann

2. Wohnen

- eine große GU in der Kreisstadt: im Haus selbst schwierig, z.T. Polizeieinsätze, viele Nationalitäten auf engem Raum
- dezentral meist Sondershausen, ansonsten auch Artern, Heldrungen, Oldisleben, Bad Frankenhausen; in angemieteten Wohnungen verläuft das Zusammenleben unkomplizierter, bessere Integration, gegenseitiges Profitieren (Kultur, Gespräche, Kulinarität)
- nicht erfragt
- nein, siehe 2a
- „insgesamt ein sehr harmonisches Miteinander“, Stadtteilstift in Frankenhausen (von Diakonie, Kreisverwaltung, mit Sozialarbeitern, Vereinen), v.a Sportangebot gut wahrgenommen, Leute müssen in ihrem sozialen Umfeld "abgeholt" werden
- Sozialarbeiter fördern Koordination, Ehrenamtliche unterstützen Betreuung, wir sind ein kleiner Landkreis: Kontakt zu Personen leichter möglich, persönliche Bindung (Hilfe bei behördlichen Angelegenheiten), gegenseitiges Aufsuchen, auch bei SGBII Betreuung und Hilfe, Vertrauensverhältnis aufgebaut in GUs -> auch nach Auszug noch vertrauen

3. Ausbildung/Beruf

- Unterscheidung in sicheres / unsicheres Herkunftsland -> unterschiedliche Möglichkeiten, pensionierte Lehrer und Ehrenamtler bieten Unterricht an, Vereine stellen Räume -> Vertrauensbasis für Sprachkurse, zertifizierte Kurse der VHS: 17 Kurse kreisweit, einen Jugend-Integrationskurs, Projekt "Multipotential" (um Junge Leute an den Arbeitsmarkt heranzuführen, mögliche Arbeitsfelder testen)
- Kurse gut besucht, Wartelisten abhängig von Trägern, Projekt "Multipotential" sehr beliebt
- Kurse werden zugewiesen, Tausch zwischen den Trägern nicht möglich, geregelt durch BAMF, Fluktuation (Wechsel) der Kurse abhängig von Familienangehörigen
- DAF-Schulen in Sondershausen und in Artern, danach gehen sie in Regelschulsystem über, knapp bemessene Ressourcen
- je älter die Jugendlichen/Kinder desto schwieriger ist es sie unterzubringen, teilweise 1-2 Jahre Altersunterschied der Jugendlichen in den Klassen, für Alphabetisierung nicht genug (spezialisierte Förderlehrer), vorgeschaltetes Stufe vor Regelsystem wäre nötig
- keine Aussage
- siehe 1e, braucht viel Verständnis: viele wollen Geld verdienen (und dieses zu Familienangehörigen in Heimatland schicken, Familie als Hauptsorge, setzen sich unter Druck, werden unter Druck gesetzt), Sozialarbeiter berichten dann von plötzlichen Stimmungsschwankungen der Betroffenen
- keine Aussage
- Kita und Grundschule nach dem Regelsystem, diese Altersgruppen können relativ einfach untergebracht werden, allerdings Belegung der Kitaplätze +5% der Kapazität -> Wartelisten; "Spezielle Einwohner mit kontroversen Ansichten" streuten Unwahrheiten über Vergabe der Kitaplätze (angebliche Bevorzugung von Geflüchteten Kindern), Medien konnten gegensteuern, nach drei Monaten besteht Schulpflicht, Berufsvorbereitendes Jahr für Ältere (Spracherwerb) schwieriger, da sie so mehr Zeit aufbringen müssen für einen Abschluss

4. Soziale Integration

- z.B. Strickkurse, Backkurse -> Familien treffen sich in Stadtteilzentren und Freizeitzentren, Angebot spricht sich herum, Sport (besonders Fußball) ist eine win-win Situation, anfangs Unsicherheit, jetzt mit Wohnsitzauflage "Zwang" im Ort zu bleiben, kein Wegzug -> haben sich mit Situation arrangiert -> langfristige Beziehungen
- Motivation vorbei, es braucht nachhaltigere Strukturen, einige Ehrenamtliche zurückgetreten, persönliche Kontakte und Patenschaften bestehen
- Fußballverein hätte schließen müssen, jetzt hat er neue Mitglieder
- mehr im Privaten Bereich, Christen haben Kontakt zu Kirche (hatte nicht oberste Priorität)

5. Kulturelle Integration ("Überschneidung mit sozialer Integration")

- Kultureller Austausch durch soziale Kontakte oder Straßenfeste, interkulturelle Woche im September
- Doppelstrukturen sollten vermieden werden (Ehrenamt + Sozialarbeiter) durch bessere Koordination, Unterstützernetze zur Rückkopplung mit Verwaltung
- kein negatives Entgegenreten (nicht wahrnehmbar)

Anlage 7

Protokoll – Interview mit Fr. Lemke, LK Unstrut-Hainich,

Donnerstag, 01.06.2017

0. Rolle als Integrationsbeauftragte

- gehört zum Landratsamt, arbeitet seit 40 Jahren dort, hat gute & viele Kontakte, Erfahrung in Zusammenarbeit und Bürokratie
- Ausländerbeauftragte, Senioren und Familienbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte
- kommt nicht an Daten heran, aber hat direkten Kontakt zu Fachdiensten, nimmt an Workshops teil, Fachkonferenzen etc.
- Miteinander eV. (Interkulturelle Woche, ehrenamtliche Patenschaften), Raduga (Russland-deutsche Integration), Bildungsträger wie Thüringer Wirtschaft & Multipotenzial (Anerkennung der Bildungsabschlüsse)

1. Allgemein

- 1208 (Stand 24. Mai 2017), monatlich +50 Personen
- 70% bleiben, 30% ziehen weg, 57% anerkannt
- Syrer, Afghanen, Eritrea (wenige), Iraker
- $\frac{2}{3}$ alleinstehende Männer
- seit 2015 sind Geflüchtete in BVJS (Berufsvorbereitendes Jahr-Sprache). Viele haben Praktikum, aber noch keine Arbeit, weil Sprachniveau fehlt und sie noch nicht alle Integrationskurse besucht haben.

2. Wohnen

- Lage: Südlich von Mühlhausen, viele laufen/fahren mit dem Rad nach Schlotheim (2km) einkaufen/zur Schule/zum Sprachkurs (Männer fahren, Frauen laufen hinterher)
- Vorübergehende Gemeinschaftsunterkünfte davon aktuell nur noch eines geschlossen nach Ablauf des Vertrags -Umzug nach Obermehler bzw. dezentral, Obermehler: Wohnblöcke mit Kapazität für 1000 Personen, 758 Geflüchtete in Wohnblöcken untergebracht (und 837 Einwohner in Obermehler), war ehemals eine Immobilie der Sowjets für Kaserne und Wohnunterkünfte
- 450 dezentral untergebracht → ab der Anerkennung werden viele dezentral untergebracht: Verschlechterung des Kontaktes/Erreichbarkeit (aus Datenschutzgründen, keine Information zu Adresse → keine expliziten Einladungen, nur mit Hilfe von Paten o.ä.)
- Anfangs noch Sozialwohnungen, ab Anerkennung (57% und immer mehr werdend) privat/dezentral
- keine Konzentration aber in Gemeinschaftsunterkünften gibt es manchmal Konflikte unter den Geflüchteten, weshalb manche lieber nach Mühlhausen umziehen.
- Wohnblöcke wenig, aber auch bewohnt von Deutschen, günstige Wohnungen (Ballongasse, 1,5km bis zum Rathaus), vereinzelt Vorkommnisse innerhalb der Unterkunft, Grund: Aufeinanderprallen der Kulturen, viele verschiedene Ansichten, viele alleinstehende junge Männer, wenig Platz; Umgang: Sicherheitspersonal, fünf Sozialarbeiter; Miteinander: Treffen, bei dem Deutsche Hausordnung erklärten

- Zentrum in ehemaliger Schule, soll ausgebaut werden (Spielplatz soll erweitert werden), Vereinsangebote), derzeit: fünf Sozialarbeiter, Sicherheitspersonal, Psychologische Betreuung, Arzt, zwei Krankenschwestern, ÜbersetzerIn
- Bemerkung: Bad Langensalza verweigert sich Geflüchtete aufzunehmen, meinen es verletze ihren Ruf als Kur/Reha-Stadt, Kommune zeigt sich nicht kooperativ bei Wohnungssuche - deshalb konzentrieren sich die Geflüchteten in Obermehler, Handeln hängt von wenigen einzelnen Personen ab, private Initiativen und Vereine sind offen.

3. Ausbildung/Beruf

- Bildungsträger wie Thüringer Wirtschaft & Multipotenzial (Anerkennung der Bildungsabschlüsse), VHS mit Online Angeboten, Apps
- 85% der Geflüchteten haben Schwierigkeiten mit der eigenen Sprache bzw. brauchen alphabetisierungsmaßnahmen, viele wollen gleich arbeiten und keine Ausbildung machen, Erfolg bei Arbeitssuche/Ausbildung: abhängig vom Bleiberecht (2+2 Jahre), (Details bei Kollegen Abteilung Bildung erfragen!!!)
- BVJS bald zu Ende. In Menteroda gibt es "Mutter-Kind" Sprachkurse
- langsames Vorankommen, Jugendliche: Schwierigkeiten bei Schulverweigerern -> Probleme bei Kontaktaufnahme, Frauen mit Kindern nehmen seltener teil
- gute Kooperation untereinander, niedrigschwelliges Angebot wird gut angenommen (z.B. Malwerkstatt: Ausstellungseröffnung sehr gut besucht von vielen Familien -Frauen immer mit Männern)
- keine Aussage, bietet an Daten von Thüringer Wirtschaft & Multipotenzial (Anerkennung der Bildungsabschlüsse) zu erfragen, "Jugend stärken im Quartier" finanziert von EU Fonds und Bundesministerium: will Jugendlichen ohne Schulabschluss eine Perspektive bieten zur Ausbildung/Arbeit
- viele Teilnehmende in Integrationskursen, wenig Frauen,
- zu wenige um Bedarf zu decken (60 fehlen), 5% Überhang zur Aufstockung in Mühlhausen, zudem Plätze in Schlotheim erfragt, in Kitas sind Eltern als ehrenamtliche Dolmetscher behilflich

4. Soziale Integration

- Stadtteilprogramm und Kirche bieten verschiedenes an, in der Altstadt: Internationales Café in Nähe der Station "Schwangere in Not" des Roten Kreuz (Görmastraße 8-10) mit SozialarbeiterIn vor Ort, in Bad Salzungen: AWO Netzwerk, Familienzentrum: Unterstützung bei Behördengängen (Hilfepaket), 100%ige Nachfrage!!!, nicht nur für Geflüchtete; Interkulturelle Woche als EVENT für alle Geflüchtete und ThüringerInnen, es sollen vor allem auch die dezentral untergebrachten angesprochen werden, Psychosoziales Zentrum von der Caritas für die Region Eichsfeld/Mühlhausen in Mühlhausen (Kleine Waidstraße 3), neben dem Sozialkaufhaus in Schlotheim befindet sich das Begegnungscafe (NOVALIS von Diakonie ist Träger) für Geflüchtete und Einheimische, breites Sportangebote private Patenschaften mit einzelnen Personen-guter Kontakt, "Bote" wichtiger Information/Veranstaltung, teilweise freundschaftliche Beziehungen nach Patenschaft, ehrenamtliche Dolmetscher in Kitas
- Vereinsgründungen meist von Deutschen, erstmalig nun auch von Geflüchteten
- wollen keine Moschee, eigene Initiative: "Das richtige Wissen in Mühlhausen", kulturelle Veranstaltung von Muslimen, Absprache/Koordination mit Sprachzentren: freitags wird der Kurs um 13 Uhr gemeinsam beendet, damit einige danach gemeinsam Beten können, werden von Bus abgeholt nach Obermehler zurückfahren

5. Kulturelle Integration

- Integrationskonzept im Aufbau, soll: verstärkter regionaler Bezug, niedrigschwelliges Angebot soll geschaffen werden für Personen mit sprachlichen Problemen (Integration von Museen, Stadtbibliotheken), Hilfestellung für EhrenamtlerInnen und Kommunen, nutzen von Leitlinien
- keine Aussage
- freches Verhalten von Geflüchteten sein aufgefallen, Vordrängeln, Grapschen im Supermarkt, heimliches Dazulegen eigener Ware; Umgang: Vermeiden von Kontakt, Berührungsängste: ThüringerInnen kaufen früh ein, Geflüchtete spät, manche BürgerInnen haben Angst
- tlw. Rechte Ansichten der BürgerInnen "es seien zu viele Geflüchtete gegenüber ObermehlerInnen", Umgang: Gespräche mit dem Bürgermeister, Ehrenamtlern und BürgerInnen, Versuch Kontakt zwischen beiden Parteien herzustellen - Besuch von Gemeinschaftsunterkunft wurde schlecht angenommen, Veranstaltungen in Kitas und Schulen, Begegnungscafe von Diakonie in Obermehler soll als Kontaktpunkt dienen; AFD versucht mit Ängsten BürgerInnen in Obermehler zu überzeugen - "Woanders schlimmer, eigen aufgebautes Netzwerk hilft".

Anlage 8

Protokoll - Interview mit Herrn Christoph, Landkreis Weimarer Land,

Montag, 19.06.2017

0. Rolle als Integrationsbeauftragte

- Geschäftsführer des Förderkreises zur sprachlichen, beruflichen und kulturellen Integration in Thüringen e.V, seit 25 Jahren im Förderkreis, zurzeit ehrenamtlich tätig, 12 Mitarbeiter im Förderkreis tätig
- Beratung (Bildung und Arbeit, Schnittstelle zu kultureller und sozialer Integration) und Verwaltung, Status der Betreuten ist egal (Spätaussiedler, EU-Flüchtlinge, Klima-Flüchtlinge etc.)
- nicht erfragt
- Diakonie, Kirche, Deutsche Rote Kreuz, KITAS und Schulen -im Kreis, lokal eingebundene Organisationen

1. Allgemein

- ca. 1200 Geflüchtete im Weimarer Landkreis
- wenige Wegzüge; meist nach Gera: trägt den Ruf "in dieses Ghetto ziehe ich nicht"; Rückkehrer nach Ausbildung, "Apolda gilt als Schlafstadt, günstige Mieten, aber Ausbildung/Schule ist anderswo", "wir versuchen attraktiver zu werden", "es tut sich vieles" (Landesgartenschau)
- Somalia, Eritrea, Syrien, Staatenlose, Rumänien, Türkei, (RU Föderation), Albanien, Kosovo
- ca. 50% wohnt mit der Familie (genaue Daten können im Landratsamt fragt werden)
- "Wir haben zwei Jahre Zeit ... nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit sind die Nerven verdorben, binnen dieser Jahre sollte der Mensch gefördert werden."; viele wollen arbeiten; FIM (Flüchtlinge zur Integration und Migration) als Minijobs auf 80€ Basis auch ohne Anerkennung und ohne Sprachzertifikat, parallel zum Sprachkurs (Vormittags/Nachmittags), zur Zeit 20 TeilnehmerInnen (abnehmend, weil vermehrte Anerkennung), Arbeitssuche ist schwierig bei unqualifizierten Personen; zusätzlicher Sprachkurs als Basis (für B1/B2/DTZ) um nicht missbraucht zu werden und um Belehrung zu verstehen → Dient als Vorschaltkurs für Kurse der VHS

2. Wohnen

- zwei Gemeinschaftsunterkünfte in Apolda, eins in Eckolstädt
- viel dezentral im Kreis verstreut (Kommentar: "junge Männer, die alleine wohnen haben hohes Aggressionspotenzial", "tragen Traurigkeit mit sich")
- nicht erfragt

- Ballung in Apolda, verschiedene Nationalitäten, Gliederung nach Nationen (um kulturelle Unstimmigkeiten zu vermeiden), Miteinander und Gegeneinander wie bei Deutschen auch (wenig Kommunikation untereinander); Genossenschaften sind nicht bereit Geflüchteten Wohnungen anzubieten (Angst vor Fremdeln, nicht richtigem Umgang mit der Wohnung), Wohnungsgesellschaft Apolda kooperiert gut (DDR-Neubauten mit Sozialstandard werden vermietet)
- keine Aussage

3. Ausbildung/Beruf = "vorsichtig"

- Vorschaltkurse mit Kapazitäten von 12 Personen, nicht zertifizierte Lehrende, aber menschlich, "wir sind eine Hilfsorganisation", Vor-Ort-Hilfe zur Selbsthilfe
- sehr gut besucht, dank Vorschaltkurs können Geflüchtete auf höherem Niveau einsteigen, teilweise kein Durchhaltevermögen des Kurses
- von der VHS angeboten, essentiell („Schlüssel der Türe öffnet“), auch um akzeptiert und gehört zu werden (siehe 1e)
- kommen mit sehr verschiedenem Alter und Kenntnis, gute Kooperation mit den Schulen, unproblematisch, Kinder lernen schnell
- Frauen dürfen aus interfamiliären Gründen nicht raus, sind nur bedingt beteiligt an gesellschaftlichen Ereignissen, Gegensteuerung mit Gesprächskreisen für Frauen, Kulturzentrum im Förderkreis
- Filmprojekt „Mit anderen Augen“ von geflüchteten Frauen bekam viel Aufmerksamkeit
- siehe 1e
- keine Aussage
- Kulturzentrum im Förderkreis (Kinderchor, Puppenspielerin)

4. Soziale Integration "ist auf dem Weg"

- Sportvereine (Fußball nur für Geflüchtete, aber auch Mixed Teams) "Sport = Integrationsmaschine"; Kleingartenverein unbeliebt bei Geflüchteten (Ungewissheit über Bleibe), aber beliebt bei Spätaussiedlern
- Ehrenämter bei Sprachkursen, Begleitung von Behördengängen, "zur Zeit im retardierenden Moment ... man muss sie motivieren, halten und neue dazugewinnen" (wie z.B. mit Integrationspreis)
- Mehrgenerationenhaus als Begegnungsort, Krabbelgruppe, VHS bietet kulturelle Veranstaltungen an, Kirche bietet Veranstaltungen an
- keine Moschee, keine Gruppe, weil sie nicht selbst organisiert sind

5. Kulturelle Integration

- „Integration braucht Zeit, es kann nicht binnen 1/2 Jahr passieren, man braucht mindestens 5 Jahre“
- es gibt interkulturelle Schulungen, die sich an die Verwaltung, Vereine und Schulen richten um Geduld und Verständnis zu betonen
- technisiertes Deutschland ist ein Thema (besonders für Geflüchtete vom Land, Beispiel Somalia: Ofen als Heizung), Förderkreis und Mietergesellschaft bieten Mieter-Schulung an

Anlage 9:

Protokoll - Interview mit Herrn Panhans, Koordinator Migration und Integration Wartburgkreis

Juni 2017

0. Können Sie mir bitte zunächst Ihre Rolle als Integrationsbeauftragter (oder Ausländerbeauftragter etc.) erklären?

- Neuzugewanderte nicht als „Neu“ betrachten, sondern in die Region zu bringen
- Schnittstelle zwischen den Neuzugewanderten und den Einheimischen; „Tor in die Region und die einheimische Bevölkerung“;
- Gestaltung von Projekten mit Vereinen und verschiedenen Institutionen um das „Tor“ zu finden und Verbindung zur Bevölkerung herzustellen
- im Dezernat 3 (Sozialdezernat), Stabsstelle, direkt der Dezernentin unterstellt
- koordinierende Stelle innerhalb der Verwaltung, die Ämter betreffend
- wird in allen Bereichen immer dann Aktiv wenn Neuzugewanderte, Migration, Integration in der Verwaltung ein Thema sind/ist
- Organisation/Finden von Weiterbildungen für Verwaltung
- initiierende und koordinierende Stelle, wenig Kontakt zu Geflüchteten selbst, nur in Einzelfällen

1. Wie ist die allgemeine Situation der Flüchtlinge?

- vor Anerkennung der Bewerber: Unterbringung sehr gut gesichert Gemeinschaftsunterkünfte und Einzelunterkünfte mit sozialer Betreuung
- mit Anerkennung: nicht mehr ganz so einfach, die Vorstellung der Asylbewerber (vom Leben in Deutschland) ist andere als der ländliche Raum; sie wollen in die Städte
- dies ist einer generellen Stimmung/Meinung geschuldet, nichts Besonderes im ländlichen Raum
- Versuch der Vermittlung von Informationen über Jobchancen damit Leute im Wartburgkreis bleiben, die Möglichkeiten dafür sind da
- Anspruch die Leute auf die kleineren Städte oder Dörfer „zu bekommen“
- akt.: ca. 650-700 Personen, + ca. 50 unbegleitete Minderjährige
- Gefühl 50/50 Alleinstehende und Familien, weniger Alleinstehende
- Nationalitäten: Syrien die meisten („nicht mehr der immens große Anteil“), Afghanistan, Eritrea, Somalia, Iran; Balkan extrem zurückgegangen
- Wegzüge werden gefühlt weniger, aber die Menschen wollen in die Städte
- Menschen wollen zum Teil in den Gemeinschaftsunterkünften bleiben, weil dort die volle Betreuung gewährleistet wird

2. Wie schätzen Sie die Wohnsituation ein?

- Gründung Willkommenscenter, auch um Wohnungsangebote aufzuzeigen;
- nicht einfach für Vermieter und Wohnungsgesellschaften die Wohnungen bereitzustellen (besonders in den Städten nicht genügend Wohnungen)
- genug Wohnungen in der Breite, aber in Zentren knapp
- Ziel der Wohnungsgesellschaften eine Konzentration an bestimmten Stellen zu vermeiden
- im ländlichen Raum vereinzelt Vermieter die anbieten die Leute privat auch zu unterstützen

- kein behutsamer Umgang mit Ressourcen (Nebenkosten), zum Teil problematisch in den Gemeinschaftsunterkünften
- Kurse um das Wohnen und den Arbeitsmarkt, Gesundheitssystem zu erklären
- Gerade in Planung: „Zertifikat“ für das Leben in der Wartburgregion (Wohnen, Vertragsrecht, Rechte/Pflichten, wie „Deutschland funktioniert“),
- Räumliche Konzentration: Eisenach: Eisenach Nord; Wartburgkreis: Wutha-Farnroda und Bad Salzungen (Städte wo Wohnraum günstig ist und Gesellschaften oder Gebietskörperschaften vermieten)
- Gemeinschaftsunterkünfte und Privatunterkünfte vor der Anerkennung (2/3 Gemeinschaft 1/3 Einzelunterkünfte), danach vor allem in Wohnungen der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften
- Gemeinschaftsunterkünfte in: Gerstungen, Wenigenlupnitz, Merkers, Kaltennordheim Bad Salzungen, im Schnitt 100-130 Plätze pro Unterkunft
- Zusammenleben nach der Anerkennung: Probleme werden auf die neuen (Zugewanderten/Ausländer) abgewälzt
- Befürchtungen vor Zuzug in bestimmte Wohnlage sind oft schlimmer als die tatsächliche Situation nach Zuzug
- Betreuung durch das Willkommenscenter nach Anerkennung, Projekt des Landratsamtes, Hilfe bei bürokratischen Aufgaben und Prozessen (Anträge)

3. Wie verläuft die Integration in das Bildungswesen?

- ganz neu: Bildungskordinatorin
- Integrationskurse laufen immer besser, Bildungsträger haben sich immer besser aufgestellt
- enge Vernetzung der Gemeinschaftsunterkünfte mit den umgebenden Schulen
- gute Kooperation mit dem Schulamt
- Situation hat sich nach anfänglichen Schwierigkeiten gut entwickelt
- Integrationskurse: konzentrieren sich auf Eisenach
- Schulplätze: alle Kinder haben einen Schulplatz, Kooperation mit den Schulleitern läuft sehr gut
- frühkindliche Bildung, allgemein Gut, zum Teil in bestimmten Ortschaften nicht genug Plätze
- Mütter wollen ihre Kinder zum Teil nicht loslassen, gibt ein Projekt um die Mütter als eine Art Brücke mit in den Kindergarten zu nehmen,
- es gibt viele offene Lehrstellen, viele Chancen
- aber Qualifikationsstand entspricht nicht dem was Unternehmen brauchen, zum Teil fast gar keine oder keine Schulbildung, Menschen müssen vorher noch in die Schule oder Kurse besuchen, Schulpflicht wird dabei voll ausgeschöpft
- in der Interkulturelle Woche werden Migranten werden mit Unternehmern zusammengebracht
- verschiedene Sprachkurse, im Integrationskurs oder im Rahmen der Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen
- Träger für Integrationskurse: 4 im Landkreis, ca. 15 in Eisenach
- Arbeitssituation: vor Anerkennung Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen die über Agentur finanziert werden damit die Leute arbeiten können und auch gesehen werden

4. Wie beurteilen Sie die soziale Integration?

- läuft ziemlich gut
- Verwaltung versucht Geflüchtete sichtbar zu machen, um Vorurteile in der Bevölkerung abzubauen

- Vereine sind dabei, zum Teil auch in den Unterkünften, manche Sportvereine können sich das Spielen ohne die Asylbewerber gar nicht mehr vorstellen
- Ehrenamt ist zurückgegangen, da der „große Druck“ weg ist
- Ein Beispiel für noch vorhandenes Ehrenamt ist das Mehrgenerationenhaus in Bad Salzungen oder die vereinzelt Helferkreise in den Orten
- religiöses Angebot: kleines Angebot, Gebetsraum in Gerstungen, geringer proaktiver Fokus darauf von Seiten der Verwaltung, da schwierig Interessen zu bündeln, aber Rücksichtnahme, wenn nötig (z.B. Ramadan)
- vereinzelt Anfragen diesbezüglich von Geflüchteten, Heimleiter und Sozialarbeiter regeln das meiste (räumlicher Nähe)

5. Wie beurteilen Sie die kulturelle Integration?

- ist schwierig, aber sind langsam auf einem guten Weg
- Weg geht nur über Vereine
- nicht ganz einfach Vereine interkulturell zu öffnen, viel über das Programm „Demokratie Leben“, Selbstläufer ist es nicht, muss Initiiert werden
- Ist aber generell Inhaltsabhängig: Fußball geht schnell, Spielregeln sind klar, Feuerwehr ist schwieriger (Ausbildung benötigt), das dauert noch, da sind die Kinder und Jugendlichen der Weg
- Interkulturelle Woche verschiedene Projekte, Stadtteilstefte, nie reine Integrationsmaßnahmen, sondern immer gesellschaftliche Events
- Interkulturelle Verwaltung: Weiterbildung in der Verwaltung, interkulturelles Kochen
- Übersetzer/Dolmetscher: ein Angestellter in der Verwaltung, weitere im Willkommenscenter, Zusammenarbeit mit den Geflüchteten in den Unterkünften
- Lokale Integrationspolitik: „wir heißen die Menschen willkommen!“ sind aber realistisch, wir wollen Fördern und Fordern
- Kontakte und Konflikte: kleine Sachen, „Stellvertreterkriege“
- kleine Probleme im Zusammenleben, z.B. wenn Asylbewerber in der Nacht laut waren, Fokus speziell auf Asylbewerber unter anderem weil es dafür einen Ansprechpartner gibt wo man sich hinwenden kann
- Rassismus/Fremdenfeindlichkeit: nur Einzelfälle, generell keine Anfeindungen, kein Problem

Anlage 10

Protokoll - Interview mit Ivy Bieber, Integrationsmanagerin Altenburger Land

Freitag, 2.6.2017

0. Können Sie mir bitte zunächst Ihre Rolle als Integrationsbeauftragter (oder Ausländerbeauftragter etc.) erklären?

- Position in der Verwaltung: hat verschiedene Migrationsbeauftragte unter sich (kann man so nicht sagen, es gibt in fast allen Kommunen und Verwaltungsgemeinschaften des Landkreises Migrationsbeauftragte auch ehrenamtlicher Natur mit denen ich zusammenarbeite), selber nur der Landrätin unterstellt (Stabsstelle- findet Sie sehr gut, da schnelles und freies Handeln ermöglicht)
- Ursprünglich als vom Landkreis bezahlte Integrations- und Migrationsbeauftragte/Flüchtlingskoordinatorin, mittlerweile Integrationsmanagerin (Veränderung durch bestimmtes Programm)
- Ansprechbarkeit für Bürger, Behörden etc. im Landkreis (LK), alle Migration betreffenden Themen; Aufklärungsarbeit zwischen allen Bürgern des Landkreises
- Initiieren und halten von Fortbildungen in Themengebieten die Migration und Integration betreffen
- Gremienarbeit (z.B. Netzwerk Integration, Jugendhilfeausschuss, AG UMA (unbegleitete Minderjährige), Leitung des Beirates für Migration und Integration), Koordination und Initiierung von Projekten (interkulturelle Schnitzeljagd, Bürgerbrunch, ...)
- Koordinierung Migrationsbeauftragte des Landkreises, Menschen die in den einzelnen Städten direkte Ansprechpartner vor Ort sind
- Teilnahme an der Landesarbeitsgruppe der Migrationsbeauftragten (Treffen der IntegrationsmanagerInnen aus ganz Thüringen)
- Öffentlichkeitsarbeit, Stellungnahmen für Kreistag, Unterstützung des Ehrenamtes (mittlerweile auch Migranten für Migranten)
- arbeitet mit allen gut zusammen

1. Wie ist die allgemeine Situation der Flüchtlinge?

- insgesamt ca. 1450 Geflüchtete (mit anerkannten und geduldeten) davon 1230 in Altenburg (Stand 31.5.17) -> gerade wegen Wohnungsleerstand und guter Anbindung (Bspw. Communities in Leipzig), im ländlichen Raum schwer Mietwohnungen zu finden
- Kritik des Bürgermeisters über massiven Zuzug
- Nationalitäten nach Häufigkeit: 1 Syrer, 2. Afghanen, 3. Eritrea, 4. Somalia, 5. Irak
- viele nicht anerkannte (Afghanen – schwierige Verfahren) – 511 nicht Anerkannt oder geduldet -> über Landratsamt untergebracht
- Zahl der Geflüchteten ungefähr konstant zu letztem Jahr, durch Integrationsgesetz nur noch bei SVP-Anstellung Wegzug möglich (vorher viele in alte Bundesländer), aktuelle fast keine Neuzuwanderer,
- am Anfang viele männl. Singles – mittlerweile auch viele Familien
- sehr viele Kinder (ca. 30%), konstant ca. 60 unbegleitete Minderjährige, Mehrheit der Leute sind zwischen 0-21/22/23 Jahren (60-70%)

- gute Hilfeleistung im LK, jeder kennt jeden – einfach schnelle Wege durch ländliche Situation, Geflüchtete sind rückblickend zufriedener als in den großen Städten, wenn sie weggezogen sind
- Arbeitssituation noch unbefriedigend, etwa 15% der anerkannten haben Arbeit oder Praktikum - schwierig mit Sprache oder Anerkennung (auch von Abschlüssen)

2. Wie schätzen Sie die Wohnsituation ein?

- nur eine Gemeinschaftsunterkunft mit 105 Plätzen, ansonsten alle in Wohnungen untergebracht
- etwa 900 in eigenen Wohnungen - finanziert durch Jobcenter -> nach KdU – und auch in Sozialwohnung
- dezentrale Unterbringung wird positiv gesehen, da Menschen wieder selbstständig sein können
- Wohnungsbaugesellschaften achten auf Vermeidung von Konzentration (1-2 Wohnungen pro Hauseingang in Neubaublocks) aber Angebot gibt vor wo es möglich ist – die meisten in Altbau Nord und Süd-Ost (Plattenbauten), Wohnungen sind auf Klientel der Arbeitsuchenden ausgerichtet (KdU Richtlinien), aber Versuch der Stadt diese Konzentration zu vermeiden
- beim Wohnen manchmal Probleme, aber Lage allgemein ist gut – wenig Probleme mit Anwohnern oder untereinander
- Mieter Schulung mit Zertifikat werden Angeboten - als sehr gut bewertet – man lernt alles was wichtig zum Mieten ist – dann Prüfung -> Mieter-Zertifikat, dieses verbessert Vermietungschancen - Hilfestellung bei Suche und weiteres

3. Wie verläuft die Integration in das Bildungswesen?

- alle geflüchteten Kinder im Schulpflichtigen Alter sind untergebracht
- nicht genügend KITA-Plätze für alle
- wer nie in Schule war aber über 18 ist, für den wird es schwierig ein passendes Angebot zu finden da nicht mehr Schulpflichtig
- es gibt Berufsvorbereitendes Jahr und Sprachkurse – aber können nicht alles auffangen
- es gibt viele Projekte – Arbeitsamt ist sehr bemüht, zum Beispiel Praktika zu organisieren
- Weiterbildungssituation bessert sich, aber noch nicht Wunschsituation
- Syrer besser Gebildet, da besseres Bildungssystem, Afghanen dagegen oftmals Bildungsschwächer -> LK hat aber relativ viele Afghanen - Sprachhürde hoch – relativ viele Analphabeten
- B2 Sprachtest für berufliche Qualifikation ist wirklich schwer, mit schwierigen grammatikalischen Fragen
- Sprachkurse am Anfang viel über ehrenamtliches Engagement (mehr als 20 Kurse und 250 lehrende Personen), jetzt 4 Integrationskursanbieter – geht zügig einen Platz zu bekommen, Ehrenamt federt aber immer noch Nachfrage ab
- Integrationskurs Wartezeit höchstens 2 Monate – freie Trägerwahl -> kann dann länger dauern, wenn man einen bestimmten Anbieter will
- viele wollen Studieren aber Sprachniveau C1 ist sehr schwierig
- berufliche Ausbildung unterliegt dem Arbeitsbereich des Jobcenters

4. Wie beurteilen Sie die soziale Integration?

- Soziale Integration über das Netzwerk-Integration

- Zusammenarbeit mit dem Kreis-Sport-Bund, 15-16 Vereine mit Flüchtlingsarbeit
- Religion findet mehr Zuhause statt, es gibt kein öffentlicher Gebetsraum
- zum stillen Gebet gehen manche auch in die Kirchen
- Imam in Gera und Erfurt – wird teilweise genutzt
- Einrichtung eines Gebetsraumes wäre erstrebenswert, müsste dann aber auch drauf gucken was gepredigt wird
- sowohl Ehrenamt als auch hauptamtliche Integrationsarbeit im LK - Futura e.V mit Diakonie (70 bei der Diakonie registrierte Ehrenamtlichen im Bereich der Arbeit mit Geflüchteten) etc. mit vielen Ehrenamtlichen
- sehr viele Engagierte auf beiden Seiten (Geflüchtete und Deutsche)
- Aktionen mit vielen Freiwilligen

5. Wie beurteilen Sie die kulturelle Integration?

- „Kulturelle Integration in vollem Gange“
- Kulturcafé, Weltcafé als Anlaufstationen
- Theater und Museen (bspw. Lindenau Museum) bieten Angebote an
- viele Interessierte Geflüchtete und viel gute Arbeit – wenig Sorge
- keine völlig abgeschlossenen Communitys – viel Interesse am „deutschen Leben“
- Verwaltung öffnet sich, stehen uns aber manchmal noch im Weg – Bürokratie dauert lange und das ist manchmal schwer zu kommunizieren
- Newsletter um Bevölkerung verstärkt über Situation der Migration und Geflüchteten zu informieren
- Kurse für Verwaltung z.B. Traumatisierung – werden gut angenommen – manchmal keine Möglichkeit die Fortbildungsangebote zu nutzen, weil die Verwaltung stark ausgelastet ist
- Es gibt ehrenamtliche Dolmetscher – viele Geflüchtete
- kulturelle und soziale Integration laufen gut, trotzdem braucht das noch Zeit
- Fremdenfeindlichkeit war in der Presse aber hier nicht so schlimm, fast keine Übergriffe
- „Bürgerforum Altenburger Land“ Flüchtlingskritiker - Vorwurf Illegalität – Kritik an der Politik, keine Übergriffe gegenüber den Geflüchteten bis auf einen Brandanschlag 2015
- kein NPD Niveau - aber verhärtete Fronten – werden aber von Ihr eingeladen, Klärungsversuche, und meist kommt raus das die Probleme mehr eigene als „die Geflüchteten“ sind (z.B. Wendeverlierer in punkto Arbeitslosigkeit / lange Zeit kinderarme Viertel)

Anlage 11

Protokoll – Interview mit Frau Tina Haas, Saalfeld-Rudolstadt

Freitag, 30.06.2017

0. Können Sie mir bitte zunächst Ihre Rolle als Integrationsbeauftragter (oder Ausländerbeauftragter etc.) erklären?

- Seit Mai 2016 Integrationsmanagerin über ThILIK (Thüringer Initiative für lokales Integrationsmanagement in den Kommunen; Europäischer Sozialfond)
- Programm läuft zum Ende des Jahres aus; bis 2015 ehrenamtlicher Integrationsbeauftragter
- Zusammenarbeit u.a. mit Jobcenter, Sozialamt, Jugendhilfe, Ausländerbehörde, Ehrenamtlichen, Ehrenamtskoordinatoren, Ehrenamtskoordination des Landes, Thüringer Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge
- Aufgaben: Vernetzung der Angebote im Landkreis, regionale Netzwerke und Arbeitskreise unterstützen, Verantwortlichkeiten abgrenzen, Stadtteilprojekte und -feste, Öffentlichkeitsarbeit, Frauentreff, Koordination der Ehrenamtsstrukturen, Fortschreibung Integrationskonzept des Landkreises
- Vorstellung des überarbeiteten Integrationskonzeptes im Begleitausschuss für Partnerschaften für Demokratie, in Ausschüssen des Kreistages, Arbeitskreisen

1. Wie ist die allgemeine Situation der Flüchtlinge?

- Insgesamt 2750 Ausländer im LK
- davon 823 Flüchtlinge mit humanitären Aufenthaltsstatus, 45 durch Familiennachzug, 410 Asylbewerber
- Zahl hat abgenommen, waren schon mal mehr
- nach Erhalt des Aufenthaltstitels Wegzug vor allem nach Erfurt, Jena und Gera, aber großer Teil bleibt im LK durch Arbeit des Wohnungskoordinators
- hauptsächlich aus Syrien, Afghanistan, Irak, Eritrea, Somalia
- hauptsächlich Einzelpersonen, aber auch einige Familien; keine Übersicht wie oft Familiennachzug vorkommt
- Arbeitssituation:
 - o Kooperationen zwischen IHK, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Jobcenter, z.B. Job-speeddating
 - o Sprachniveau bisher als Problem für die Vermittlung in qualifizierte Jobs; Sprachkurse laufen aus, dauert lange Zeit für Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, jetzt Beginn der Vermittlung in Jobs
 - o Maßnahmen zum Dazuverdienen vom Jobcenter
 - o Arbeitskreis „Arbeit und Ausbildung“ zur individuellen Vermittlung in Arbeit

2. Wie schätzen Sie die Wohnsituation ein?

- Aktuell zwei Gemeinschaftsunterkünfte in Saalfeld und Rudolstadt (ursprünglich vier), sind noch stark belegt
- vereinzelt auch Einzelunterkünfte (Wohnungen im „normalen“ Wohngebiet in der Nähe der GU), aber aktuell fast gar nicht mehr

- Wohnungskoordinator hilft Wohnraum zu finden und vermittelt zwischen Flüchtlingen und Vermietern/Wohnungsunternehmen/Jobcenter -> großer Teil hat schon eigene Wohnung
- Konzentration in Saalfeld, Rudolstadt und Bad Blankenburg
- Unterbringung für Einzelpersonen und Großfamilien problematisch, Wohnraumangebot für diese Gruppen wird knapp
- Community vor Ort ist wichtig, städtisches Gebiet mit guter Infrastruktur wird bevorzugt
- Nachbarschaftsprojekt in Beulwitz, Saalfeld: Begegnungsstätte verwaltet durch LRA in der Nähe der GU -> Ehrenamtskoordination, verschiedene Projekte initiieren, IBA Sommerwerkstatt

3. Wie verläuft die Integration in das Bildungswesen?

- Bildungskordinator: Anbieter ins Gespräch bringen und Angebote abstimmen, um Wartelisten zu verkürzen und gezielt zu vermitteln
- noch nicht alle in Sprachkursen (Wartelisten), aber mittlerweile besser koordiniert
- Berufsausbildung: Projekte zur Eingliederung über die Praxis, weniger strikten Weg einschlagen, Erfolge noch nicht einschätzbar
- Sprachförderung in einigen Kitas, Anmeldung der Kinder aus GU erfolgt über Sozialarbeiter der GU; Unterstützung auch durch (Jugend-)Migrationsberatung bei anerkannten Flüchtlingen und Familiennachzug
- hoher Bedarf an Unterstützung, geringe Wartezeiten in der Vermittlung (3-monatige Frist zur Schulanmeldung kann im Großteil der Fälle eingehalten werden)
- Arbeitskreis Schule; DaF Unterricht in Schulen + Unterricht im Klassenverband

4. Wie beurteilen Sie die soziale Integration?

- Öffnung der Vereine, v.a. Sportbereich (Flüchtlingskoordinator für Sport, drei Ehrenamtskoordinatoren)
- Initiative „Neue Nachbarn Rudolstadt“: Ehrenamtliche, Patenschaften, Fahrradwerkstatt, Deutschunterricht
- Angebote der „Harfe“ in Bad Blankenburg
- Angebote werden unterschiedlich gut angenommen: Hausaufgabenhilfe immer gut besucht, arabischer und afghanischer Frauentreff als fester Termin für viele Frauen, Deutschunterricht auch gut angenommen (v.a. Von Frauen wegen Kinderbetreuung)
- Jugendfreizeiteinrichtungen öffnen sich, langsam Kontakt zu Kindern und Jugendlichen herstellen
- regelmäßiges Treffen von muslimischen Männerkreis, religiöser Austausch zum christl. Männerkreis angebahnt
- Gebetsraum in GU
- Ehrenamtliche und Paten organisieren kulturelle Veranstaltungen: Kunst, Musik, Theater; vergünstigte Eintritte für Rudolstadtfestival

5. Wie beurteilen Sie die kulturelle Integration?

- Integrationsbüro (gemeinsam geführt mit der Bildungskordinatorin) ist Ansprechpartner für alle Migranten (Geflüchtete), Ehrenamtliche und Bürger
- zwei SprachmittlerInnen, ansonsten Kommunikation auf Englisch, Flüchtlinge bringen eigene Übersetzer
- Probleme mit Einheimischen und Fremdenfeindlichkeit sind „kein Thema“
- Konflikte zwischen Menschen verschiedener Herkunftsländer, gemeinsame Projekte

- keine Tendenzen in Richtung Fremdenfeindlichkeit feststellbar
- lediglich Feedback aus direktem Wohnumfeld (Hausordnung nicht eingehalten etc.)

Anlage 12

0. Können Sie mir bitte zunächst Ihre Rolle als Integrationsbeauftragter (oder Ausländerbeauftragter etc.) erklären?

Position in der Verwaltung

- seit 2015 in diesem Amt (wegen Flüchtlingswelle) → andere Strukturen notwendig als zuvor (bisher nur Migrationsbeauftragte mit 10% Anteil an Stelle, Rest Gleichstellungsbeauftragte)
- Doppelfunktion: Integrationsmanager (ThILLIK-Programm) → Vernetzung ist dadurch gut möglich
- dadurch Vermischung der Aufgabengebiete, macht es einfacher

Aufgabenbereich

- Migrationsbeauftragte: Strukturen für kommunale Integrationskonzepte, Maßnahmen und Projekte, Netzwerkarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Integrationsprozess, Diskussionen anstoßen und am Laufen halten, Platzierung in den Medien, Kommunikationsprozess

Kontakte zu anderen Organisationen, Flüchtlingen, Politik

- Öffentlichkeitsbereich, Landrat, Hausinterne Abteilungen
- Immobilienmanagement
- Ausländerbehörde
- nach außen stark mit anderen Migrationsbeauftragten und innerhalb des Landkreises (kurzer Dienstweg)
- mit Bürgermeistern, Ehrenamtler
- Träger mit Belangen
- 2x im Monat Lagebesprechung mit Gremium, gute Zusammenarbeit
- Polizei

1. Wie ist die allgemeine Situation der Flüchtlinge?

Wie viele leben hier (Saale-Orla)?

- fast 3.000 Ausländer (nur Bruchteil sind Flüchtlinge)
 - o davon Asylbewerber 360, 39 UMAs, 400 Personen anerkannte asylberechtigte /Schutzberechtigte
 - o Rest: unterschiedlich
 - Erwerbsmigranten, EU-Bürger Arbeitssuchende, Spätaussiedler)
 - o viele 100% Abschiebungen bei Asylsuchenden aus sog. sicheren Herkunftsländern (vor allem Serbien, Kosovo etc.) → nehmen das bewusst in Kauf
- Vietnamesen → Erwerbsprozesse, Kontakt zu Einheimischen, Sprache → Auge drauf, aber dennoch Fokus auf Flüchtlingen
- Restaurants und Familie

Wie ist der Verlauf (Wegzug)?

- Ausblick:
 - o lässt sich nicht wirklich geben
 - o 200 Flüchtlinge/Jahr als – Prognose für Zukunft (Maximum war 1200/Jahr)
 - o Phase des Zurückfahrens ist schwierig → Leute eingestellt, Dinge angemietet; wollen jetzt nicht zurückstecken
 - o Gesetzlichkeiten wechseln sich monatlich ab, macht es nicht einfach

- Ehrenamtliche bekommen meistens mittlerweile wenig Verständnis, wenig Honorierung; Rechtfertigungen stattdessen
- Rückkehrmanagement ist Priorität Nummer eins bei – BAMF (war zuvor Integration)

Welche Nationalitäten Flüchtlinge?

- stärkste Gruppen: Afghanen (lange Verfahren)
- Afghanen und Russen
- Serben, Albaner, und diverse
- Syrer (mittlerweile nicht mehr Hauptgruppe), Iraker (schnelle Verfahren)

Familien/Alleinstehende?

- Struktur Flüchtlinge → vorwiegend Familien
 - mehr Aufwand, aber bessere Integration möglich
 - Gefahr von unbemerkten Konflikten
 - hier auf Wohnungen gesetzt, deswegen Einsehen vom Land vor allem Familien zu schicken
 - Männliche WGs sind ungewohnt in Neubaublöcken → schürt Ängste

Arbeitssituation/Berufsausbildung:

- Bundesagentur/Jobcenter kann hier mehr sagen (auch Zahlen)
- wenige – Auszubildende in SOK, einer sogar Medizinstudium in Uni Jena; einer mit C1
- Arbeitgebercafé für Stimmungsbild:
- schon interessiert, oftmals aber noch nicht reif (Sprache)
- anspruchsvolle Berufe sind gewünscht (z.B. Mechatroniker), Sprache und Fachvokabular muss da sitzen → Marathon
- mit Berufsausbildung:
 - gibt es sehr wenige (anders als Politik und Wirtschaft das eingeschätzt haben; großer Fehler
- ungefähr Hälfte ist nicht alphabetisiert
- Fachkräfte von morgen und übermorgen: funktioniert nur mit hoher Arbeitsdisziplin und mit Sprache, Verantwortungsgefühl; ist manchmal in Herkunftsländern anders und deswegen schwierig zu lernen
- geringes Ausbildungsgeld ist oftmals unterschätzt (schnell viel Geld für Familien zu Hause als Ziel) → oft als Grund für Wegzug angegeben
- viele Arbeitssuchende, sind noch in Integrationskursen; die ersten Kurse laufen im Sommer aus; Anschlusskurse oder Arbeitsmarkt?
- wichtig Arbeitgeber nicht zu vergraulen, weil diese sonst nicht mehr für Experimente bereit sind
- Asylbewerber → SOK zuständig
- anerkannte → Jobcenter zuständig

Wohnungssituation

- Wohnsitzauflage in Thüringen, davor starke Abwanderungstendenz nach Westen (Küste, Ruhrpott, Rhein Main), Syrer vor allem nach Essen; Afghanen nach Hamburg, selten, dass welche dableiben
- jetzt: Thüringen nach Erfurt oder Jena (schwieriger Wohnungsmarkt)
- Jena sogar mit (illegitimer) Auflage: keine weiteren Zuzüge
- Aktuell nach Gera, aus gesamt Ostthüringen
- → Community in Gera
- eigentlich im SOK bessere Bedingungen für Flüchtlinge (Kita-Plätze z.B.)
 - → ist kein Argument, das die Flüchtlinge zum Bleiben bewegt
 - lieber unter seinesgleichen

- „nicht wohnungsfähig“ bedeutet: wiederholte Ruhestörung, Gewalt gegen Mitbewohner und Nachbarn, Hausordnung, Elektrogeräte zweckentfremdet (manchmal Unwissenheit, manchmal Mutwillig) Toilette als Waschmaschine und umgekehrt (verstärkt bei jungen Männern) → Missverständnisse können ausgeräumt werden, bei Mutwilligkeit anderes Durchgreifen

2. Wie schätzen Sie die Wohnsituation ein?

(Gemeinschaftsunterkünfte, Privatunterkünfte, Sozialwohnungen, Konzentration in bestimmten Nachbarschaften, Zusammenleben untereinander/mit Deutschen, Betreuung)

- über 90% in Wohnungen untergebracht hier im SOK
 - o → Einzelwohnungen, aber nicht ohne Kontakte zu anderen, sehr gute Bedingungen
 - o → bewusst so gehalten, da viele Familien
- Wohnungssuche: Anruf: Flüchtlinge aufnehmen, nächste Woche
 - o da zunächst 7-10 Tage Gemeinschaftsunterkunft
 - o dann Weiterverteilung auf Wohnungen (-- Wohnungsgesellschaften und Privatvermieter, Landkreis als Mieter, Flüchtlinge mit Überlassung); nur Übergangszustand
 - o später kann eigener Wohnraum gesucht werden (schwierig wegen Sprache und Einkommen); deswegen kein Druck vom Landkreis, Bekennen zu Mietvertrag → Wegzug folgt in 85%
 - o in Spitzenzeiten 300 Wohnungen
 - o Abschlagszahlung für Gegenstände
 - o Unterstützung nur für SOK, bei anderem Landkreis nicht (Zuständigkeit)

3. Wie verläuft die Integration in das Bildungswesen?

(Angebote, Nachfrage, Sprachkurse, Integrationsklassen, Probleme, Erfolge, berufliche Ausbildung, Integrationskurse, frühkindliche Bildung)

- Integration in Reinform wird nicht erreicht
- dafür aber (positiv konnotierter) Assimilationsprozess
- Werte kennenlernen und akzeptieren (großer Schritt)
- → ist ein Prozess, von Erfolgen und Rückschlägen geprägt
 - o plötzliche Wegzüge dann z.B. nach Gera
- im SOK nur kleine Community (Lebensmittelhändler z.B.)
- Gera auch nur Zwischenstopp (Wohnsitzauflage, Kernziel sind trotzdem Altbundesländer)
- Bildung und so: Kita sehr gut abgedeckt, SOK bemüht sich hier sehr
- Schulplätze ähnlich: nur einzelne Schulen ohne Kapazitäten (nicht wegen Flüchtlingen, sondern wegen Geburten? Jahrgängen)
 - o in Zusammenarbeit mit staatlichem Schulamt
- Mindestsprachniveau erforderlich für Berufsvorbereitungsjahr
- 20 Ortschaften im SOK; dafür wieder einfacher mit Gruppenunterkünften
- Mobilität im Flächenlandkreis schwierig, wegen dezentraler Unterbringung → deswegen zentrale Bildung schwierig
- Afghanen können oft nicht teilnehmen, weil noch nicht anerkannt und Kurse sind Anerkannten vorbehalten
- Angebot ist gut; aber Nachfrage noch größer
- BAMS als Kontaktstelle
- überdurchschnittliche Erfolgsquote bei Sprachkursen
- Zugang für Sprachkurse in kleineren Orten → gibt es, dauert aber länger, z.B. Schulbus, wird organisiert, scheitert nicht an der Mobilität

- Schule: keine Pauschalen Erfolgsrezepte: manchmal mit Schulbegleitern wie bei Inklusion, manchmal individuelle Lösungen → DAZ-Unterricht
- Schulsituation schwierig, Leistungsträger dürfen nicht zu wenig gefördert werden, fordert viel Improvisationstalent von den Lehrern
- Sprachenfortschritte durch Vereine sind enorm
- oftmals in Heimatländern nur zwei Bildungswege (einfach und elitär) → Überforderung mit hier möglicher Bandbreite
- hier noch verbesserungsbedarf
- manchmal Lehrermangel, verstärkt aber nicht verursacht durch Flüchtlinge

4. Wie beurteilen Sie die soziale Integration?

(Angebote, ehrenamtliches Engagement, Vereine, religiöse Angebote/Bedürfnisse)

- Sozialarbeiter (erst ab 2015) → Vertrag mit Rotem Kreuz
- ab 2015 eigene Sozialarbeiter
- Betreuungspauschale 46€ pro Flüchtling und Monat für Landkreis (wer bekommt die?)
- Eigenwirkungskreis / übertragener Wirkungskreis (staatliche Mittel)

Soziale Angebote

- Vereine stellen sich drauf ein (wegen Nachwuchssorgen)
- Sport, Fußball, FFW, Judo, usw.
- Ehrenamtliche
- die aktiven sind überall → auch in ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe → sind deswegen super Ansprechpartner für Flüchtlinge
- überraschend große Sympathie und Hilfewelle
 - o nicht nur kurzfristig, sondern möglichst langfristiges Engagement gewünscht
 - o enttäuschend wenn dann Wegzug folgt
- Hälfte der Flüchtlinge sind Kinder
- Projekt „Nebenanangekommen“
- christliche Pfadfindergruppe
- manches entsteht auch aus nichtorganisierter Initiative
 - o alte Frau (70) Fahrradwerkstatt

Begegnungsstätten

- für interessierte Bürger und Flüchtlinge ab 2015
- ehrenamtlich betrieben
- →Frage: Gebetsraum einrichten? was braucht es dafür usw. → dann dagegen entschieden (nicht zwingend erforderlich, kann unkontrolliert sein, deswegen nicht in Landratsgebäuden, wo Konfessionslosigkeit herrschen soll; dafür freigestellt eigenen Raum anzumieten, dabei sogar Unterstützung. Es kam dann nicht dazu.)

Religion

- keine Gebetsstätten
- Glauben sehr hinter verschlossener Tür zelebriert (kulturell bedingt)
- SOK hat keine genaue Kenntnis, ob und wo da im Kleinen etwas passiert

5. Wie beurteilen Sie die kulturelle Integration?

(Lokale Integrationspolitik, interkulturelle Verwaltung, Kontakte und Konflikte im Zusammenleben, Fremdenfeindlichkeit/Rassismus)

- viele besorgte Bürger sorgen dafür, dass fast alles gemeldet wird
- → Furcht auch durch Medien; Zurschaustellung vom Muslimisch-sein
- äußert sich durch: Beschwerdehotline → erstmal interessiert, melden Beobachtungen/Befürchtungen
- Klagelaute für ertrunkenes Kind: schrilles Rufen, Pfeifen, ist erstmal befremdlich
- Handeln SOK: kurzer Draht zur Polizei
- Rassismus gibt es auch, auch Initiative gegen Flüchtlinge, hat Mobilisiert
- über 300 Personen von 1050 im Ort bei Infoveranstaltung → wurde von Pfeifkonzert überschattet
- Handlungsmaxime:
- Kommunikationsstrategie: Grundrecht, nicht verhandelbar, Lokal nicht direkt für Politik verantwortlich; es lässt sich nicht verhandeln wer kommt; auf Auftrag fokussiert (Unterbringung organisieren, menschenwürdig)
- Gesprächsbereit immer signalisieren, alles beantworten
- Erfolg: Flüchtlingsinitiative besteht mittlerweile nur noch auf dem Papier (aber auch durch geringen Neuzuzug)
- Wünsche:
- Politik: Einwanderungsgesetz, das Weiterhandeln regelt
 - o für mehr Weitblick → Apolitisches Handeln
 - o wen wünschen wir uns, wie soll das passieren, usw.
 - o Geld: keine Parallelstrukturen aufbauen, muss auch wirtschaftlich nachhaltig sein
 - o starke Persönlichkeit die sich nicht nach der Tagespolitik in Kreis dreht
- Gesellschaft: sich optimaler Weise nur äußern, wenn man Ahnung von etwas hat
- AUTENTIZITÄT

Anlage 13:

Protokoll – Interview mit Frau Gundermann

(Telefoninterview)

Interviewer: Hans-Jacob Reinhold, Doreen Kursawe

0. Können Sie mir bitte zunächst Ihre Rolle als Integrationsbeauftragter (oder Ausländerbeauftragter etc.) erklären?

Position in der Verwaltung

- seit 01.01.2017
- ehrenamtlich, berufen, keine Ahnung warum als einziger Landkreis ehrenamtlich
- schon davor in der Flüchtlingshilfe aktiv
- Landratsamt gibt Aufgabe vor, sie kommt nicht aus der Verwaltung
- Bindeglied zwischen LRA, Flüchtlingen, Jobcenter

Aufgabenbereich

- Flüchtlinge können auf sie zu kommen
- Sprechzeiten wurden nicht wahrgenommen, Gründe unbekannt
- Kleiderkammer und Geldspenden für Erstausstattungen von Wohnungen
- viele private Kontakte zu Flüchtlingen
- größte Schwierigkeit ist Formulare auszufüllen

Kontakte zu anderen Organisationen, Flüchtlingen, Politik

- guter Draht zur Ausländerbehörde
- Chef vom Jobcenter → kann Fragen beantworten und unterstützen

1. Wie ist die allgemeine Situation der Flüchtlinge?

- für alle zuständig, aber zu 95% für Flüchtlinge

Wieviele leben hier?

- 600 derzeit, zuvor über 1000
- Wie ist der Verlauf (Wegzug)?
- Wegzug durch Arbeit, Familienzusammenführungen,
- mittlerweile wenig Neuzugänge
- kein Überblick wohin; Mutmaßung dorthin, wo sie Arbeit gefunden haben → LRA hat diese Info

Welche Nationalitäten?

- hauptsächlich Syrer und Afghanen
- ansonsten Somalier, Eriträer, Serbien, Irak
- Familien/Alleinstehende?
- zu Beginn mehr alleinstehende Männer
- mittlerweile hält es sich die Waage

Arbeitssituation

- ein-zwei Betriebe, die sich sehr engagiert haben

- Initiative von den Betrieben
- bieten Praktika, ca. 60 Flüchtlinge sogar eingestellt von einem Betrieb (PWG, Plastikteile)

2. Wie schätzen Sie die Wohnsituation ein?

(Gemeinschaftsunterkünfte, Privatunterkünfte, Sozialwohnungen, Konzentration in bestimmten Nachbarschaften, Zusammenleben untereinander/mit Deutschen, Betreuung)

- 220 in Obhut des LRA (nicht anerkannt)
- Großteil in 3 Großunterkünften (insgesamt 395 in den Unterkünften)
- zum Teil in angemieteten Wohnungen angemietet (Zahl im Interview)
- 400 anerkannt,
- 180 davon in Unterkünften → katastrophale Unterbringungssituation
- 220 haben Wohnungen auf dem privaten Markt
- Private Unterbringungen sind sehr schwierig → keine Lust auf Ausländer, trotz Anerkennung und Jobcenter
- kein Wohnraum
- im Stadtgebiet in „Wohnungsbau“ oder VWG (Vereinigte Wohnungsbau Genossenschaft)
- → konzentriert sich hauptsächlich auf Sonneberg, wenige außerhalb
- Konzentration
- vor allem in DDR-Wohngebiet Wolkenrasen
- viele unter sich, Kontakt nach außen nur partiell
- Betreuung
- vom Amt für Migration (Sozialarbeiter)
- Security vor Ort

3. Wie verläuft die Integration in das Bildungswesen?

(Angebote, Nachfrage, Sprachkurse, Integrationsklassen, Probleme, Erfolge, berufliche Ausbildung, Integrationskurse, frühkindliche Bildung)

- Frauen haben Probleme, wenn sie Kinder haben (weniger Zeit für Schule, schlechtere Deutschkenntnisse → Arbeitssuche schwieriger)
- Anschlusskurse sind schwierig, weil die Kurse überfüllt sind
- zu wenig zertifizierte Anbieter
- → d.h. lange Wartezeiten (zum Teil 6 Monate → Fristen laufen aus, wirkt sich dann auch auf die Motivation aus)
- keine speziellen Frauenkurse (sondern gemischt)
- Treffen mit Frau Kruppa (Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge Thüringen) ist ausgefallen, weil keine Lösungsansätze vorhanden sind
- UMA werden von Dame im LRA betreut
- Schwierige Unterbringung in Arbeit und Wohnung, wenn Schulabschluss nicht geschafft wird
- Kinder: dafür aber extrem schnelles Lernen
- kein Problem mit Unterbringung und Betreuung von Kindern
- Berufsausbildung erst ab Sprachniveau B2

4. Wie beurteilen Sie die soziale Integration?

(Angebote, ehrenamtliches Engagement, Vereine, religiöse Angebote/Bedürfnisse)

- viele gehen in Vereine (Taekwondo, usw., vor allem in Sportvereine)
- Kontakt
- „Sportmeile“ (Vereine stellen sich vor)
- hat sich verselbstständigt

Religion

- viele gehen in die Moschee nach Neustadt (ca. 3km, Bayern)
- sehr viele engagierte Leute in z.B. Kleiderkammern mit 10-12 Ehrenamtlichen; Einzelpersonen, die im Alltag begleiten

5. Wie beurteilen Sie die kulturelle Integration?

(Lokale Integrationspolitik, interkulturelle Verwaltung, Kontakte und Konflikte im Zusammenleben, Fremdenfeindlichkeit/Rassismus)

- LRA hat ein-zwei Veranstaltungen im Heim
- Weihnachtsfest
- Diakonie mit Flüchtlingen, die über Flucht erzählt haben
- Deutsche und Flüchtlinge zusammen
- ist immer eine Geldfrage, viel Papier
- Projekt im LRA eingereicht und dann auch bewilligt
- Annahme durch Deutsche, vor allem durch die, die sowieso schon immer dabei sind

Konflikte

- keine größeren Konflikte
- zum Teil Aufblähung eines Polizeieinsatzes, sobald das Wort „Ausländer“ fällt
- Kleinigkeiten
- Sauberkeit
- Laute Musik
- usw.
- nur kleinere Konflikte

Ausblick

- mehr Offenheit für das Flüchtlingsthema (in BRD und natürlich auch im Landkreis Sonneberg)
- Wohnungsfindung soll weitergehen
- Unterstützung ist aktuell ok
- Probleme sind vor allem die Wohnungssituation, das allerdings in ganz Thüringen

Anlage 14:

Protokoll – Interview mit Michael Orf, Landkreis Schmalkalden-Meiningen

Dienstag, 27.06.2017

0. Können Sie mir bitte zunächst Ihre Rolle als Integrationsbeauftragter (oder Ausländerbeauftragter etc.) erklären?

- Da erst seit einer Woche im Amt muss noch etwas sortiert werden welche Aufgaben anstehen werden und was in der Vergangenheit schon initiiert wurde etc.
- Erstellen einer Orientierungshilfe vom Landkreis für Neuzugewiesene
- Enge Zusammenarbeit mit Bildungskordinator und Armutsbeauftragten
- Erstellung eines praktisch anwendbaren Integrationskonzeptes
- Das Integrationsnetzwerk (2015 vom Landkreis initiiert: verschiedene Institutionen, Träger und Ehrenamtliche) mit verschiedenen Arbeitskreisen zur Integration von Neuzugewanderten soll wiederbelebt und koordiniert werden, Ehrenamtliche sollen verstärkt eingebunden werden
- Ist innerhalb der Verwaltung der Ausländerbehörde zugeteilt

1. Wie ist die allgemeine Situation der Flüchtlinge?

- etwa 800 Geflüchtete in Unterkünften des Landkreises
- davon 300 Personen die nicht mehr in den Unterkünften des Landkreises wohnen müssten (schon anerkannte Asylbewerber, die im Bereich des Jobcenters sind) – da sie anerkannt sind, dies passiert aber aus verschiedenen Gründen noch, zum Beispiel da Familien manchmal keinen entsprechenden Wohnraum finden, andere wollen ihren Sprachtest noch beenden usw.
- Minderjährige sind wenige im Landkreis, laufen wenn dann auch über Jugendamt
- Familien überwiegen gegenüber den Alleinstehenden
- Die am stärksten vertretenden Nationalitäten, von sich um Asyl bewerbenden und bereits anerkannten Geflüchteten, sind Afghanistan (239), Syrien (136), Irak (118), Anzahl der vom Balkan kommenden hat sich im letzten Jahr verringert, kaum noch Personen, dafür verstärkt Personen aus Eritrea

2. Wie schätzen Sie die Wohnsituation ein?

- Landkreis hat 145 Wohnungen und 10 Gemeinschaftsunterkünfte, diese haben im Schnitt ca. 50-70 Plätze, ist aber sehr unterschiedlich; 4 größere, andere kleiner
- Wohnungen sind meist Drei-Raum Wohnung die entweder mit Familien belegt sind oder als WG mit 4 Personen in 2 Schlafräumen und einem Wohnzimmer
- die Meisten Wohnen in den Städten Schmalkalden (208) und Meiningen (368), sonst vereinzelt in kleinen Orten
- in Meiningen Konzentration im Wohngebiet am Kiliansberg – dort alle Wohnungen in einem Wohnblock untergebracht, einige Wohnungen aber auch in der Innenstadt
- in Schmalkalden auch überwiegende Konzentration in Wohnblocks, in einem Gebiet mit Wohnsiedlungsbau
- Kontakt zu Deutschen sehr Unterschiedlich – Beispielsweise in Breitungen viele Angebote durch Freiwillige

- Am Kiliansberg eher schwierig, bleiben da oft unter sich
- In Gemeinschaftsunterkünften Kontaktaufnahme einfacher – in privaten Wohnungen oft schwierig, weil weiter verteilt
- Suche nach privaten Wohnungen gestaltet sich oft schwierig (deshalb auch 300 Personen in Unterkünften, die anerkannt sind und dort eigentlich nicht mehr wohnen müssten) schwierig für große Familien und Singles da nicht so viel Angebot von den großen Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsmarkt auch insgesamt ausgelastet
- ganz guter Kontakt zur Wohnungsbaugesellschaft in Meiningen
- Leute wollen in der Stadt wohnen, auf dem Land könnten aber eher Wohnungen gefunden werden
- Sozialarbeiter unterstützen anerkannte und Asylsuchende Geflüchtete bei der Wohnungssuche – für diese gibt es 4 Träger und der angedachte Schlüssel ist ein Sozialarbeiter auf 100 Asylbewerber/Anerkannte, der kann auf Grund der Schwankungen der Zahlen aber nicht immer eingehalten werden

3. Wie verläuft die Integration in das Bildungswesen?

- Hauptsächlich Aufgabe des Bildungskoordinators, dieser ist für alle Fragen des Bildungswesens zuständig
- Es gibt Nachholbedarf beim Angebot – zu oft müssen die Menschen noch zu lange sinnlos rumsitzen – besonders Deutschkurse müssten schneller und für alle angeboten werden
- Diese erleichtern den Aufenthalt auch für die welche später abgelehnt werden
- Kitas können nicht genügend Plätze anbieten (generell zu wenig Plätze) – teilweise Wartezeiten von einem halben Jahr, in ländlichen Gebieten geht es vielleicht etwas schneller
- Verschiedene Träger führen Integrationskurse im Landkreis durch
- Junge Erwachsene sollen verstärkt den Hauptschulabschluss nachholen um in eine Ausbildung zu kommen
- Für die Geflüchteten gibt es die Möglichkeit, Freiwillige Arbeiten (wie etwa dem Hausmeister zu helfen) zu leisten
- Seit einem Jahr erhöht sich die Zahl derer die eine Ausbildung anfangen oder einen Beruf aufnehmen, da sind auch alle Nationalitäten vertreten – wie viele das sind lässt sich aber nicht einschätzen, es sind einige, aber nicht die Mehrzahl
- Viele sind willig zu Arbeiten aber schaffen es aufgrund der Deutschkenntnisse nicht
- Im Moment gibt es dafür noch zu wenige Deutschkurse, gerade im ländlichen Raum, das ist sowohl ein personelles als auch finanzielles Problem
- In der Stadt mehr Angebot – aber Geflüchtete die auf dem Land untergebracht sind können aus Kostengründen nicht immer hinfahren
- es gibt Bemühungen Dozenten verstärkt in die Unterkünfte zu bringen

4. Wie beurteilen Sie die soziale Integration?

- es gibt eine Willkommens- und Begegnungsstätte in Meiningen im Wohngebiet am Kiliansberg, mit verschiedenen Angeboten wie Theater oder Kochen, damit Geflüchtete und Deutsche in Austausch treten können
- dieses wird von einem über das Landratsamt beauftragten Träger geführt
- es gibt das Integrationsnetzwerk, welches allen Menschen offensteht und wo verstärkt Freiwillige eingebunden werden sollen
- dieses besitzt die Arbeitskreise Soziales & Gesundheit, Kultur & Freizeit, Bildung & Sprache, Ausbildung & Beruf
- es gibt Engagement seitens einer katholischen wie auch einerer freikirchlichen Gemeinde (im Wohngebiet Am Kiliansberg)

- -einen Gebetsraum gibt es nicht, wurde bis jetzt aber auch nicht erfragt
- Vereine und Ehrenamtliche sind im Netzwerk vertreten
- es gibt verschiedene Angebote damit Kinder an Sportvereinen teilnehmen können
- diese Funktioniert soweit gut, ist aber noch Ausbaufähig

5. Wie beurteilen Sie die kulturelle Integration?

- es gibt verschiedene Projekte der Volkshochschule und der Begegnungsstätte um die verschiedenen Kulturen einander näher zu bringen
- generell noch ausbaufähig
- es gab ein Fest der Kulturen – das ist aber noch ausbaufähig, da der Zuspruch von Deutschen sehr gering war
- an einen Dolmetscher für die Verwaltung ist schwierig ranzukommen, aber durch die Teilnahme an einem Programm gibt es im Landkreis die Möglichkeit für Ämter, über einen Livestream dolmetschen zu lassen
- Keine Aussage zur lokalen Politik – aber es läuft nirgendwo perfekt
- Wo Leute zusammenleben, gerade auf kleinen Raum, gibt es immer Konflikte, aber grundsätzlich sehr ruhig und kaum Konflikte
- es kam vor einem Jahr zu Konflikten in der Innenstadt, bei denen Geflüchtete die in der Innenstadt wohnen bedroht wurden – aber insgesamt Situation ziemlich gut, auch vor den Gemeinschaftsunterkünften keine rassistischen Versammlungen – Situation ruhig

Anlage 15:

Protokoll – Interview mit Ursula Günther, Landkreis Ilmkreis

Dienstag, 20. Juni 2017

0. Können Sie mir bitte zunächst Ihre Rolle als Integrationsbeauftragter (oder Ausländerbeauftragter etc.) erklären?

- mehrere Funktionen – Gleichstellungs-, Behinderten- sowie Ausländerbeauftragte
- Zusammenarbeit mit verschiedenen Stellen, Einmischung in alles
- Ansprechpartnerin in Einzelfällen
- als Gleichstellungsbeauftragte direkt der Landrätin untergeordnet

1. Wie ist die allgemeine Situation der Geflüchteten?

- Aktuell etwa 1000 Geflüchtete
- Mehrheit Syrer (etwa 700 Menschen mit unterschiedlichem Status), größte Gruppe aller Ausländer
- Keine genauen aktuellen Zahlen, aber bis 2015 überwiegend Familien – war so mit der Landesverwaltung abgesprochen – ab Herbst 2015 auch vermehrt Einzelpersonen
- Arbeitssuche oft schwierig wegen Sprachbarriere und Anerkennung der Abschlüsse
- die Wirtschaft bemüht sich Wege zu finden Geflüchteten einen Job oder Ausbildung anzubieten – Arbeitssuche funktioniert aber trotzdem noch nicht wie es sollte
- Bis erstes Halbjahr 2015 häufig schneller Wegzug seit dem neuem Integrationsgesetz Wegzug schwieriger und seltener
- Wegzug in die Ballungszentren in ganz Deutschland – wo Kontakt und Community vorhanden (Beispiel Dortmund)
- Kommunale Verwaltungsarbeit zum Teil durch fehlende Dolmetscher erschwert, da es nicht genügend finanzielle Mittel für diese gibt

2. Wie schätzen Sie die Wohnsituation ein?

- Etwa 1100 Plätze in Gemeinschafts- und Einzelunterkünften – genügend Plätze vorhanden
- Geflüchtete kommen zuerst für ca. ¼ Jahr in eine von vier Gemeinschaftsunterkünften
- Danach wenn gewünscht und möglich in eine von ca. 200 Wohnungen
- Mehrzahl der Anerkannten leben noch in Unterkünften, weil der Wohnungsmarkt angespannt ist
- Konzentration fast Ausschließlich in Arnstadt, viele auch in Ilmenau, in beiden Städten meist in Großwohnsiedlungen
- Es gibt Probleme genauso wie auch gutes Zusammenleben – manche Leute beschwerten sich andere gehen Patenschaften mit den neuen Bewohnenden ein
- 5 Sozialarbeiter im Landkreis, einer für jede Gemeinschaftsunterkunft – Geflüchtete können sich an diese mit allen Problemen, auch bei der Wohnungssuche, wenden

3. Wie verläuft die Integration in das Bildungswesen?

- Integration ins Bildungswesen durchaus schwierig
- KITAS können nicht genügend Plätze bereitstellen – unmittelbar vor der Schule bekommen alle Kinder aber einen Platz
- Integration der Geflüchteten Kinder stellt einen Mehraufwand für die Betreuer da
- Nicht in jeder Schule freie Plätze – dadurch oft längere Anreise – erschwert die Integration in den Alltag (z.B. Freunde nach der Schule treffen)
- Sehr viele engagierte Lehrer – beispielsweise im Programm „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ) wo nicht-deutschsprachige Schüler geförderten Sprachunterricht bekommen
- Personalsituation in Schulen oft schwierig – erschwert durch Mehraufwand durch Integration und Inklusion
- Für Erwachsene jede Menge Integrations- und Sprachkurse – es gibt 4 oder 5 Träger, Volkshochschule bietet viele Angebote an
- Nachfrage ist sehr groß – wenn bleibe Chance der Nationalität hoch ist, ist es einfach, sonst schwierig (Bsp. Afghanistan) einen Kursplatz zu bekommen, aber es gibt immer eine Chance – mittlerweile gibt es da auch etwas mehr Bewegung
- Sorge besteht, dass die Frauen mit den Kindern daheimbleiben – dadurch kein Spracherwerb und erschwerte Integration
- Ausbildungssuche besonders durch Sprache (vor allem Fachvokabular) und fehlendes Fachwissen gegenüber deutschen Auszubildenden erschwert

4. Wie beurteilen Sie die soziale Integration?

- Viele sind mit Engagement und Herzblut dabei, es gibt viele Patenschaften und Netzwerke in Arnstadt und Ilmenau
- viel Integration findet über Vereine statt, aber irgendwann sind die Fußball Vereine voll
- es gibt an allen Regelschulen Schulsozialarbeiter
- große Offenheit von den Kirchen
- es gibt Gebetsräume in den Gemeinschaftsunterkünften, sonst aber keine Aussagen über die Religiösen Bedürfnisse da nicht Statistisch erfasst und keine Anfragen an die Gesprächspartnerin von Seiten der Geflüchteten

5. Wie beurteilen Sie die kulturelle Integration?

- es gibt sehr Unterschiedliche Reaktionen, viele sind offen aber es gibt auch laute Kritik
- Rassismus ist kein eigenes Problem, steht nicht an vorderster Stelle
- die meisten Menschen haben sich mit dem Thema noch nicht beschäftigt und eine Distanz zum „Fremden“, öffnen sich aber in den meisten Fällen schnell, wenn es einen Kontakt mit den Geflüchteten gibt
- Es gibt Nachbarschaftsprobleme aber nicht unbedingt wegen der Kultur
- Geflüchtete können Sozialpass, und damit vergünstigten Eintritt in verschiedene Institutionen, erhalten
- Insgesamt ist das Miteinander gut
- Manchmal fehlt das Verständnis für deutsche Kultur oder das Grundgesetz, z.B. bezogen auf die Rolle der Frau